

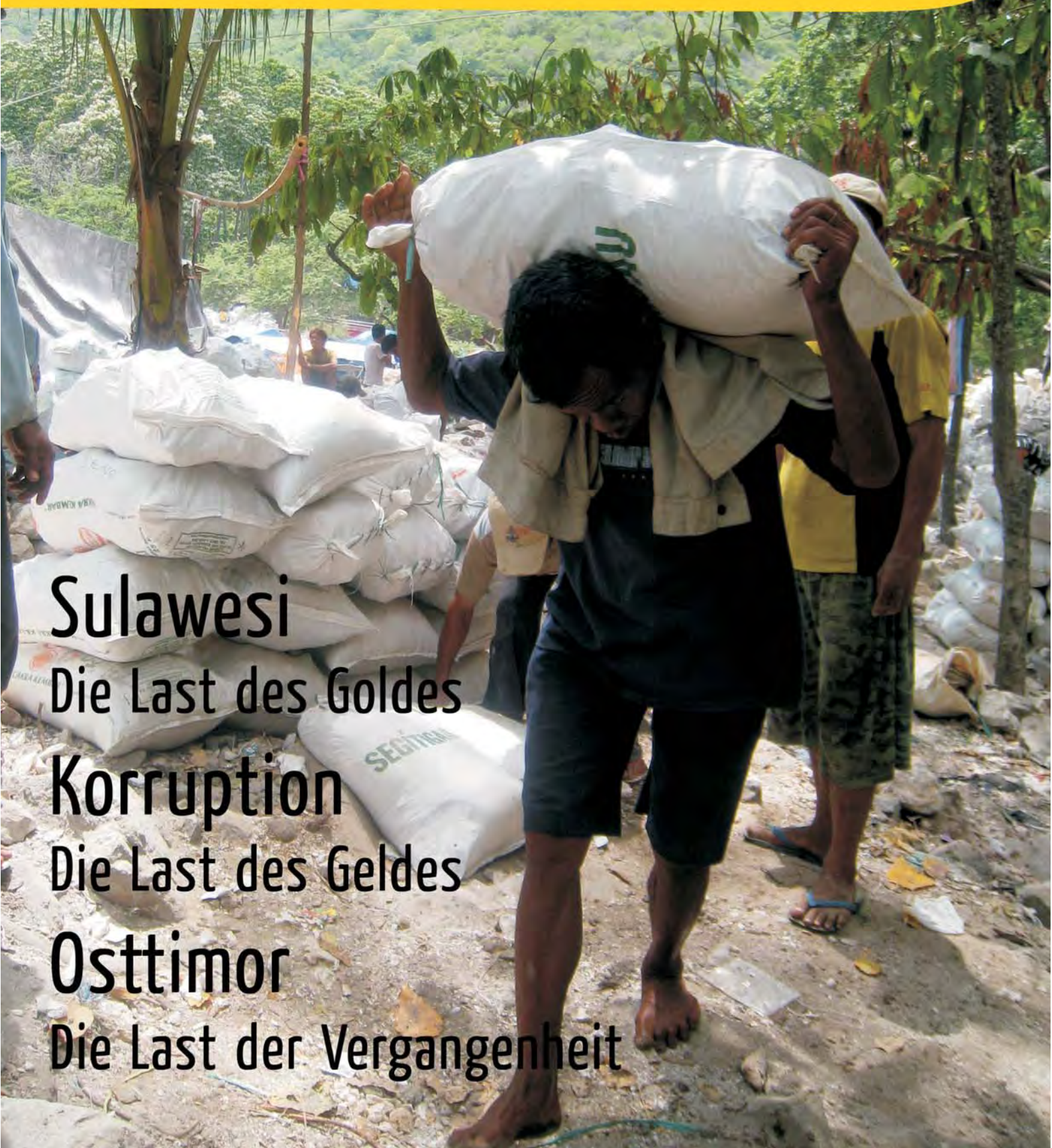
SUARA

Watch
INDONESIA!

1/2010 | Jahrgang 19

3,00 Euro

Zeitschrift für Indonesien und Osttimor



Sulawesi

Die Last des Goldes

Korruption

Die Last des Geldes

Osttimor

Die Last der Vergangenheit

Politik	Sex, Lies and Audios. Skandale um die Anti-Korruptionsbehörde und die Bank Century <i>von Alex Flor</i>	3
	Wiedersehen mit dem General. Prabowo Subianto und seine Partei GERINDRA <i>von Timo Duile</i>	9
	Statt eines Nachrufs: Beschwört die Forderung, Gus Dur zum Helden zu ernennen, eine neue SARS-Epidemie? <i>von Boryano Rickum</i>	13
Demokratie	Bücherverbot und Filmzensur: Das Ende der Offenheit <i>von Fabian Junge</i>	15
Menschenrechte	Im Klammergriff der Straflosigkeit. Suciwati Munir über ihren ermordeten Mann und den Kampf für Gerechtigkeit <i>Interview: Anett Keller</i>	20
Aceh	Scharia in Aceh. Allheilmittel mit heiklen Nebenwirkungen <i>von Kristina Großmann</i>	23
Papua	Recht und Gewalt. Interview mit Mitarbeitern von LP3BH <i>Interview: Marianne Klute</i>	27
Soziales	Kein Einzelfall. <i>Selbstorganisation indonesischer ArbeitsmigrantInnen</i> <i>von Samia Dinkelaker</i>	30
Umwelt	Kleinschürfer ebnen den Weg. Im Goldgräberlager in Sulawesi <i>von Marianne Klute</i>	35
	In den Krallen des Goldes. Sozio-ökonomische Veränderungen in Poboja <i>von Andika</i>	39
	Bedrohte Rechte. Arbeiterinnen auf Ölpalmlantagen <i>von Vinka Siregar</i>	42
Katastrophen	G30/S im Supermarkt der Naturkatastrophen. 100 Tage nach dem Erdbeben in Padang <i>von Alex Flor</i>	45
Osttimor	Ninjas, Machos und Hahnenkämpfe. Von Unsicherheit und dem Sicherheitssektor in Osttimor <i>von Henri Myrttinen</i>	49
	Verurteilungen, Begnadigungen und eine begrabene Wahrheit. Der Prozess gegen die Attentäter auf Ramos-Horta und Xanana <i>von Monika Schlicher</i>	53
Aktivitäten	Angesagt. Aus der Arbeit von Watch Indonesia!	56
Impressum		60

Sex, Lies and Audios

Skandale um die Anti-Korruptionsbehörde und die Bank Century

von Alex Flor

Das Thema ist in aller Munde. Seit Monaten beherrscht ein Skandal rund um die Antikorruptionsbehörde KPK und die Bank Century die Öffentlichkeit, dem es an nichts zu fehlen scheint, was eine Story für die Medien interessant macht. Es geht um Sex und Mord, um Korruption und Machtspielchen, um Bankenkollaps, Wirtschafts- und Regierungskrise.

Alle nur denkbaren politischen Kräfte, deren Interessen unterschiedlicher nicht sein könnten, versuchen auf diesem Skandal ihr Süppchen zu kochen. Doch viele Köche verderben den Brei. Am Ende der Story drohen eine ganze Reihe von Personen und Institutionen schwer beschädigt worden zu sein, ohne dass sich an der grundsätzlichen Problematik etwas Wesentliches geändert haben wird. Wäre Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) nicht gerade durch einen überwältigenden Wahlsieg im Amte bestätigt, sondern stände im Gegenteil kurz vor Neuwahlen, müsste er sich ernsthafte Sorgen machen, im Strudel der Ereignisse seine Macht zu verlieren.

Viel Feind, viel Ehr: die Antikorruptionsbehörde KPK

Im Mittelpunkt des Geschehens steht die Antikorruptionsbehörde KPK (*Komisi Pemberantasan Korupsi*). Die Einrichtung dieser Behörde war eines der wohl wichtigsten Ergebnisse der *Reformasi*-Politik nach dem erzwungenen Rücktritt von Diktator Suharto 1998. Die KPK verfügt nicht nur über ein imposantes Gebäude in Kuningan, dem modernen Geschäftsviertel im Süden des Stadtzentrums, sondern auch über weitreichende Befugnisse. Die KPK kann eigenständig Korruptionsfälle untersuchen und Ermittlungen vornehmen, die zur Anklageerhebung führen. *Pengadilan Tipikor* (*pengadilan tindak pidana korupsi*), ein eigens eingerichteter Gerichtshof für Korruptionsvergehen, der im indonesischen Justizwesen bislang weitgehende Autonomie genießen konnte, verhandelt die zur Anklage gebrachten Fälle.

KPK und Tipikor eroberten sich durch ihren Mut,

auch vor prominenten und einflussreichen Personen nicht Halt zu machen, die Herzen vieler Beobachter. Eine beachtliche Reihe ehemaliger Gouverneure, Abgeordneter, Staatsanwälte, Polizisten und anderer Personen in führenden Positionen wurden der Korruption überführt und zu teilweise empfindlichen Haftstrafen verurteilt.

Man mag sich leicht vorstellen, dass insbesondere innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes nicht alle glücklich über den Erfolg der KPK sind. Insbesondere Staatsanwaltschaft und Polizei, die sich durch die Befugnis der KPK zur eigenständigen Ermittlung in ihren Kompetenzen beschnitten sehen, zeigten sich schockiert, als die Antikorruptionsbehörde mit Staatsanwalt Urip Tri Gunawan einen leitenden Mitarbeiter aus ihren Reihen zur Strecke brachte. Ebenso wird gemunkelt, dass Staatspräsident SBY „*not amused*“ darüber war, dass der Schwiegervater seines Sohnes, der ehemalige stellvertretende Gouverneur der Zentralbank, Aulia Pohan, zu einer Haftstrafe verurteilt wurde.

Doch auch von anderer Seite gibt es Kritik. Die Arbeit der KPK scheint der These zu folgen, dass der Fisch vom Kopf her stinkt. So konzentrierte sich die Behörde bislang auf einige besonders eklatante Fälle. Dabei gibt es jedoch mindestens zwei Wermutstropfen: nämlich erstens, dass all die Verhaftungen und Verurteilungen bislang keine abschreckende Wirkung entfalten konnten, in dem Sinne, dass die Korruption auf höchster Ebene abgenommen hätte. Im Jahre 2008 rangierte Indonesien im Korruptionsindex von Transparency International auf einem abgeschlagenen 126. Platz. 2009 konnte sich Indonesien lediglich auf Platz 111 vorarbeiten, gleichauf mit Algerien, Djibouti, Kira-

bati, Mali, Sao Tome und Principe, den Salomonen und Togo.

Es ist zum Zweiten nicht erkennbar, dass die KPK der alltäglichen systematischen Korruption im Kleinen begegnen würde. Häufig als eine als „Teil der Kultur“ übliche Zahlung von Gefälligkeiten oder alternativ als Bearbeitungsgebühr verbrämt, ist es in vielen Bereichen weiterhin üblich, dass Beamte für ihre Dienstleistung finanziell vergütet werden müssen. Insbesondere werden vielerorts noch junge Leute zur Kasse gebeten, die sich um eine Stelle im öffentlichen Dienst bewerben. Attraktiv sind solche Stellen weniger aufgrund der vergleichsweise geringen Beamtensolde und Pensionszahlungen, sondern aufgrund der Möglichkeit der zusätzlichen Bereicherung durch Amtsmissbrauch. Und selbst diejenigen, die sich nicht von vornherein in der Hoffnung auf Teilhabe am Korruptionskuchen um eine solche Stelle bewerben, sehen sich gegenüber ihren Kreditgebern – häufig Familie und Bekannte – in der Verpflichtung. Die getätigte Investition muss sich schließlich amortisieren, denn die Freunde und Verwandten warten darauf, ihr geliehenes Geld zurückzubekommen. Für ihre oft unverzinsten Darlehen erwarten sie darüber hinaus häufig noch weitere Vorteile. Der neue Jobinhaber hat somit meist gar keine Wahl, sauber zu bleiben, selbst wenn er es denn wollte. So pflanzt sich die alltägliche Korruption beständig fort. Und es scheint keinen Ausweg zu geben.

Daten des indonesischen Rechnungshofes BPK (*Badan Pemeriksa Keuangan*) zeigen eine Zunahme verdächtiger Finanzberichte aus den Regionen, seit die KPK 2003 ins Leben gerufen wurde, schrieb die Jakarta Post am 18. April 2009 unter Berufung auf die NGO *Indonesia Corruption Watch* (ICW). „Die KPK war ungeachtet all der Verhaftungen ineffektiv, das Problem der Korruption in den Regionen an der Wurzel anzupacken“, sagte ICW-Sprecher Adnan Topan Husodo.

Mord an einem Golfspieler: Chef der KPK unter Tatverdacht

Der bereits seit längerem gärende Streit der Korruptionsermittler erreichte einen Höhepunkt, als Susno Duadji, Chefermittler der Polizei, gewahr wurde, dass die KPK im März 2009 seine Handy-Gespräche abhören ließ, weil sie in verdächtige, dem Geschäftsmann Boedi Sampoerna gegen Zahlung von 18 Mio. US\$ angeboten zu haben, seine Einlagen bei der in Schwierigkeiten geratenen Bank Century in Sicherheit zu bringen.

Kurz darauf, am 14. März 2009, wurde Nasrudin Zulkarnaen auf dem Heimweg vom Golfplatz in seinem Auto erschossen. Nasrudin Zulkarnaen war 41 Jahre alt und Direktor des staatlichen Unternehmens PT Putra Rajawali Banjaran.

Es sollte nicht lange dauern, bis die Polizei einen der Tat Verdächtigen präsentieren konnte: Antasari Azhar,

der oberste Chef der KPK, der vor Jahren, noch in der Staatsanwaltschaft tätig, in einem ähnlichen Fall erfolgreich gegen Tommy Suharto, den Sohn des früheren Diktators, ermittelt hatte. Tommy Suharto hatte mittels gedungener Mörder einen Richter auf offener Straße erschießen lassen. Sollte sich nun ausgerechnet der mutige Saubermann Antasari Azhar zu einer ähnlichen Tat haben hinreißen lassen?

Wie es hieß, hatte Antasari Azhar ein intimes Verhältnis zu einer jungen Frau. Rani Julianti, 22, arbeitete als Caddy auf dem Golfplatz, wo Nasrudin Zulkarnaen noch kurz vor seiner Ermordung gespielt hatte. Nasrudin hatte Rani Julianti in einer islamischen Express-Heirat (*kawin siri*) zu seiner dritten Frau genommen. Irgendwann im Jahre 2008 will er ein geheimes Stelldichein zwischen seiner Drittfrau und Antasari in einem Hotelzimmer aufgedeckt haben. Er ließ Rani Julianti sogar Aufnahmen dieses angeblichen Schäferstündchens machen, die allerdings von schlechter Qualität waren und lediglich belegten, dass sich Rani und Antasari in dem Hotelzimmer getroffen hatten. Intimitäten konnten durch die gescheiterten Porno-Aufnahmen nicht nachgewiesen werden.

Dennoch soll Nasrudin Zulkarnaen seinem mutmaßlichen Nebenbuhler per SMS damit gedroht haben, die Affäre an die Öffentlichkeit zu bringen. Verschiedene Quellen berichten, die Drohung sei mit einer Geldforderung verbunden gewesen. Die Indizien schienen erdrückend. Binnen kurzem verhaftete die Polizei den mutmaßlichen Todesschützen: wie es zunächst hieß ein ehemaliger osttimoresischer Milizkämpfer, der „im Schießen geübt“ sei. Als weitere Tatbeteiligte wurden unter anderem der als Finanzier der Tat verdächtige Zeitungsverleger Sigit Haryo Wibisono sowie der ehemalige Polizeichef des Distrikts Süd-Jakarta, Williardi Wizar, genannt. Williardi soll die gedungenen Mörder ausgesucht und beauftragt haben. Selbstverständlich wurde Antasari Azhar als Hauptverdächtiger vorübergehend vom Dienst suspendiert. Die Angelegenheiten der KPK wurden kommissarisch in die Hände seiner vier Stellvertreter gelegt, unter ihnen Chandra Hamzah und Bibit Samad Rianto.

Leitmotiv der Ermittlungen: Mordverdacht oder Rache an der KPK

Trotz der scheinbar erdrückenden Indizienlage, die Antasari Azhar belastete, wurden Zweifel an dieser Tatversion laut, da die Ermittler nicht nur dem Verdächtigen selbst, sondern auch vielen Beobachtern als befangen erschienen. Hatten da möglicherweise ein paar Leute, die sich von der Tätigkeit der KPK gestört fühlten, einen Fall konstruiert? Oder nutzten sie nur die Gunst der Stunde, um nun zu einem Gegenschlag auszuholen und die KPK in Misskredit zu bringen? Während Antasari, dem nach späterer Anklageerhebung gar die Todesstrafe drohen sollte, von

einem konstruierten Szenario sprach und sämtliche Schuld von sich wies, bemühten sich seine Verteidiger um Ablehnung der Ankläger wegen von Befangtheit.

Eine schrille Note bekam der Strafprozess durch die Aussage des mutmaßlichen Tatbeteiligten Williardi Wizar. Mit seiner Zeugenaussage im November 2009 überraschte er das Gericht und die gesamte Öffentlichkeit. Er widerrief sämtliche zuvor in Verhörprotokollen festgehaltenen Aussagen und erklärte, der Fall beruhe auf der Konstruktion einiger führender Polizeikräfte, die Antasari gerne kalt stellen wollten. Möglicherweise diene diese Aussage lediglich der eigenen Verteidigung, aber sie reichte allemal aus, um die öffentlichen Zweifel an der „Justizmafia“, vornehmlich bestehend aus Polizei und Staatsanwaltschaft, zu schüren.

Es sollte nichts nützen. Im Februar 2010 wurde Antasari zu 18 Jahren Haft verurteilt, Williardi zu 12 Jahren. Weitere Angeklagte erhielten hohe Haftstrafen von 15 und 5 Jahren. Fünf Personen, die als ausführende Täter angesehen werden, wurden bereits im Dezember 2009 zu Haftstrafen von 17 bzw. 18 Jahren verurteilt.

Antasari als Kronzeuge: KPK gerät ins Schussfeld

Einer der letzten großen Korruptionsfälle, an deren Aufdeckung Antasari maßgeblich beteiligt war, war der Fall Masaro. Die Firma PT Masaro Radiocom ist Vertragspartner der Polizei, des Militärs und der Geheimdienste im Bereich Telekommunikation. Vertreten durch den Unternehmer Anggoro Widjojo, soll PT Masaro infolge korrupter Praktiken in Zusammenspiel mit dem Forstministerium dem Staat einen Schaden von rund 13 Mrd. Rupiah (1,31 Mio. US\$) zugefügt haben.

Im Rahmen der Vernehmungen wegen des gegen ihn erhobenen Mordverdachts gestand Antasari, dass er sich mit Anggoro, dem flüchtigen Hauptverdächtigen im Fall Masaro, heimlich in Singapur getroffen hat. Bei dem Treffen habe Anggoro ihm eröffnet, dass er über Mittelsmänner leitende Mitarbeiter der KPK geschmiert habe, um das gegen ihn anhängige Verfahren zu stoppen.

Diese Aussage gab den Startschuss zu einer regelrechten Hexenjagd auf die KPK. In vorderster Linie der nun erhobenen Anschuldigungen standen zwei der vier Stellvertreter von Antasari: die kommissarischen Geschäftsträger Chandra Hamzah und Bibit Samad Rianto.

Anwälte machten darauf aufmerksam, dass die schriftliche Aussage zu ungewöhnlicher nächtlicher Zeit im Polizeigewahrsam verfasst worden sei. Wurde hier Druck ausgeübt? Wurde möglicherweise ein die KPK belastendes Geständnis im Tausch für eine mildere Anklage erpresst?

Zum Beweis wurde ein von den kommissarischen Geschäftsführern der KPK unterzeichnetes Schreiben angeführt, welches das gegenüber dem Verdächtigen Anggoro verhängte Ausreiseverbot außer Kraft setzte.

Die KPK wies diese Behauptungen zurück und bekräftigte, dass es weder eine Aussetzung der Reisebeschränkungen noch sonst eine Abstandnahme von der laufenden Untersuchung im Fall PT Masaro gegeben habe. Die vorgelegten belastenden Dokumente seien gefälscht.

Sollte sich Antasari von seiner Aussage versprochen haben, mit einer milderen Anklage davonzukommen, so könnte sich dies zum Bumerang erweisen. Wegen des geheimen Treffens mit einem flüchtigen, von seiner Behörde gesuchten mutmaßlichen Täter, drohen ihm bis zu fünf Jahren Haft – zusätzlich zu dem wegen Mordes verhängten Urteils.

Der Kampf des Geckos gegen das Krokodil

Zunächst schien jedoch alles ganz im Sinne der gegen Antasari Ermittlenden zu laufen. Chandra Hamzah und Bibit Samad Rianto, zwei der vier kommissarischen Geschäftsträger der KPK, wurden verhaftet.



Cintai Indonesia Cintai KPK (CICAK)

Doch die Festnahme der beiden führte zu einem öffentlichen Aufschrei.

Schnell machten nun die von Susno Duadji, dem von der KPK abgehörten Chefermittler der Polizei, geäußerten

Worte der Empörung die Runde: „Ich bin

der Großmeister des Abhörens!“ Süffisant merkte er an, wenn die KPK richtig abhören wolle, ohne dabei aufzufliegen, dann könne sie bei ihm einige Nachhilfestunden nehmen. „Wie kann es sein, dass ein kleiner Gecko ein Krokodil herausfordert?“, fragte er.

Das Gleichnis Gecko (*cicak*) gegen Krokodil (*buaya*) sollte sich zum Markenzeichen des Kampfes der Zivilgesellschaft gegen die korrupte Elite entwickeln. Schnell war *Cicak* übersetzt in „Cinta Indonesia, Cinta KPK“ (*liebe Indonesien, liebe die KPK*). Der Wirkung von modernen Medien wohl bewusst, sammelten die *Cicaks* über eine Facebookgruppe binnen weniger Tage mehr als eine Million Anhänger, die sich mit Bibit und Chandra solidarisch erklärten. Das allgemeine Misstrauen begründete sich maßgeblich auf eine angeblich vorhandene Tonbandaufnahme eines Treffens des gesuchten Anggoro Widjojo und dessen Bruder Anggoro Widjojo mit führenden Köpfen der Polizei und der Generalstaatsanwaltschaft.

Das indonesische Verfassungsgericht – wie die KPK ebenfalls eine Errungenschaft der *Reformasi*-Politik seit

1998 – entschloss sich dazu, einer öffentlichen Anhörung dieser Tonbandaufnahmen Raum zu geben. Die Anhörung am 3. November 2009 wurde auf mehreren Kanälen *live* im Fernsehen übertragen. Interessierte im Ausland konnten der Anhörung ganz *high-tech*-mäßig per *Livestream* im Internet folgen, wobei sie auf ihrem Computer die Auswahl zwischen drei verschiedenen Saalkameras hatten.

Aus den öffentlich abgespielten Bändern wurde eindeutig klar, dass hier zwischen zwei Tatverdächtigen, der Polizei und der Generalstaatsanwaltschaft ein Komplott geschmiedet worden war, um die kommissarischen Geschäftsträger der KPK, Bibit und Chandra, fälschlicherweise eines Vergehens zu belasten.

Mehr noch als das: in diesen Tonbändern fiel auch mehrfach der Begriff „*RI-1*“ – ein Kürzel, das ohne jeden Zweifel für den Staatspräsidenten SBY steht. Sollte auch er in den Fall verwickelt sein?

Die Spekulationen nahmen nun freien Lauf. War Polizeermittler Susno von SBY gedeckt? Er gilt als enger Vertrauter von SBYs Frau Ani und Minister Hatta Radjasa, der wiederum einer der engsten Vertrauten von SBY ist.

Hat möglicherweise SBY selbst die KPK auf dem Kieker, weil sie Aulia Pohan, den Schwiegervater seines Sohnes, zur Strecke brachte? Und stimmt es, dass bestimmte Anleger der mit staatlichen Mitteln vor der Pleite geretteten Bank Century vor Verlusten bewahrt werden sollten, weil sie SBY auf die ein oder andere Art im Wahlkampf behilflich waren? Wahr ist auf jeden Fall, dass der Präsident sich äußerst zurückhaltend zeigte, der KPK den Rücken zu stärken, bis er sich schließlich dazu entschloss, eine unabhängige Untersuchungskommission einzurichten. Entsprach seine Zögerlichkeit nur der neutralen Haltung eines überparteilichen Staatspräsidenten? Versuchte der Regierungschef hier Probleme durch Aussitzen zu lösen? Oder war die zögerliche Haltung von SBY ein Merkmal seiner Halbherzigkeit, wie viele Kritiker behaupten?

Die unabhängige Untersuchungskommission legte pünktlich 14 Tage nach Konstituierung ihren Abschlussbericht vor. Die wichtigsten Empfehlungen des 32 Seiten starken Werkes, das Watch Indonesia! vorliegt, lauten: der Vizegeneralstaatsanwalt Ritonga sowie der Polizeichefermittler Susno Duadji sollen vom Dienst suspendiert und die Anklage gegen Bibit und Chandra solle fallen gelassen werden. Die Kommission unterstrich des weiteren die Notwendigkeit einer umfassenden Justizreform.

Bibit und Chandra sind wieder auf freiem Fuß und versehen wie gewohnt ihren Dienst. Abdul Hakim Ritonga und Susno Duadji mussten einstweilen ihren Hut nehmen und Anggodo, der jüngere Bruder des flüchtigen Anggoro, welcher den Komplott gegen Bibit und Chandra eingefädelt hatte, wurde festgenommen, obgleich ein Polizeisprecher bekräftigte, es liege nichts gegen ihn vor.

Auch das Parlament versuchte das Gecko zu zähmen

Interessant ist, dass sich die KPK zur selben Zeit nicht nur von Seiten der Polizei und Staatsanwaltschaft, sondern auch vom Parlament unter Beschuss sah. Ein Urteil des Verfassungsgerichtes hatte beanstandet, dass der Korruptionsgerichtshof *Tipikor* nicht ausreichend in das staatliche Justizwesen eingebunden war. Die relative Unabhängigkeit der Richter, die bislang als maßgeblicher Teil des Erfolgs im Kampf gegen die Korruption angesehen wurde, stehe nicht in Einklang mit der Verfassung. Regierung und Parlament sahen sich veranlasst, das Gesetz entsprechend zu überarbeiten.

Die folgende Debatte beschränkte sich jedoch keineswegs auf eine Neuordnung der Berufung von Richtern am *Pengadilan Tipikor*. Verschiedene Kräfte versuchten vielmehr, die Gelegenheit zu nutzen, um noch weitere Kompetenzen der KPK zu beschneiden, darunter insbesondere das Recht zur eigenständigen Ermittlung, welches wieder der Staatsanwaltschaft zugesprochen werden sollte. Die Ende September 2009, kurz vor Ende der vorigen Legislaturperiode noch eilig verabschiedete Gesetzesnovelle beließ es dann schließlich aber doch bei den Neuregelungen bezüglich des Korruptionsgerichtshofes.

Ungeachtet der zuvor geübten Kritik verteidigte Indonesian Corruption Watch die KPK standhaft: „Das große Szenario ist, dass die Regierung versucht, die KPK zu schwächen“, erklärte Teten Masduki, der Generalsekretär von ICW am 25.09.2009 gegenüber der Nachrichtenagentur AFP. Bereits im Mai hatte Teten Masduki in einem Interview mit dem Jakarta Globe geäußert: „Wir sehen in der KPK weiterhin eine glaubwürdige Einrichtung im Kampf gegen die Korruption. Der beste Weg, der Öffentlichkeit diese Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen, wäre es einige große Fälle anzugehen, an deren Eröffnung die KPK bisher gescheitert ist.“ Unter anderem nannte Teten Masduki den Fall der Bank Century, der den Staat Millionen von Dollar gekostet habe.

Der Staat rettet die Bank Century vor der Pleite

Indonesien gilt international als eines der Länder, welche die Finanzkrise 2008/09 am besten gemeistert haben. Dies war jedoch nicht immer so klar wie heute in der Nachbetrachtung. Zu Beginn der Krise herrschte Nervosität. Die Folgen der Asienkrise 10 Jahre zuvor sind noch nicht vergessen.

Auf dem Höhepunkt der Krise im November 2008 – in den USA war gerade Lehmann Brothers kollabiert – meldete die indonesische Bank Century Liquiditätsprobleme. Kunden, vornehmlich viele Kleinanleger, hatten in Panik begonnen ihre Einlagen abzuziehen und brachten Bank Century an den Rande eines Kollaps. Weder in Indonesien, geschweige denn im internatio-

nenal Vergleich, wurde der mittelgroßen Bank Century besondere Bedeutung zugeschrieben. Dennoch reagierten der Einlagensicherungsfonds, die Zentralbank und schließlich auch die Finanzministerin alarmiert. Man befürchtete einen auf andere Banken übergreifenden Dominoeffekt, sollte Bank Century kollabieren.

In einer schnell angelegten Rettungsaktion, für die maßgeblich der frühere Chef der indonesischen Zentralbank, Bank Indonesia, und heutige Vizepräsident Boediono sowie Finanzministerin Sri Mulyani verantwortlich waren, gab der Staat eine Finanzspritze in Höhe von 700 Mrd. Rp. (70,9 Mio. US\$). Undurchsichtig bleibt, wie sich dieses Hilfspaket schließlich auf stolze 6,76 Billionen Rupiah (677,4 Mio. US\$) aufblähen konnte.

Verdächtigungen wurden laut, der Staat habe so viel Geld in die Bank gepumpt, um das Kapital einiger politisch bedeutsamer Großanleger zu sichern, denen Einbußen drohten, wenn die Kleinanleger die Tresore leergeräumt hätten. Genannt wurden unter anderem die Großunternehmer Boedi Sampoerna und Arifin Panigoro, die staatliche Versicherung PT Jamsostek und das Bergbauunternehmen PT Timah. Für Bestürzung sorgte auch, dass die Bank offenbar keineswegs unverschuldet von der Krise erfasst wurde. Robert Tantular, der einen größeren Teil der Anteile der Bank Century hielt, soll die Bank durch Unterschlagung und andere kriminelle Machenschaften um fast eine Milliarde US\$ erleichtert haben. Robert Tantular wurde bereits im November 2008 festgenommen und mittlerweile zu vier Jahren Haft verurteilt.

Zum Jahreswechsel machte der prominente Wissenschaftler und Regierungskritiker George Junus Aditjondro (siehe Junge, Fabian: Bücherverbot und Filmzensur; in diesem Heft auf Seite 16) durch ein Buch von sich reden, in dem er noch eine andere Fährte legte. *Gurita Cikeas*, so der Titel seines Werkes, beschreibt einige Aspekte der Geschäfte von Staatspräsident SBY und seinem direkten familiären und politischen Umfeld. Das Buch versucht den Schluss nahelegen, dass SBY selbst tief in die Affäre um Bank Century verwickelt ist, bleibt diesen Beweis jedoch letztlich schuldig. Dennoch erschien der direkte Angriff auf SBY den beiden wichtigsten indonesischen Bücherketten *Gramedia* und *Gunung Agung* zu heiß. SBY kann mit Kritik nicht sonderlich gut umgehen und man erwartete, dass er juristische Schritte unternehmen würde. In vorausseilendem Gehorsam nahmen die beiden Ketten daher *Gurita Cikeas* aus dem Sortiment. Folge davon war, dass es in Jakarta im Januar kaum einen fliegenden Zeitungs-händler gab, der nicht sein Glück versuchte, sich durch den Verkauf dieses vermeintlich sensationellen Werkes ein paar Rupiah hinzuzuverdienen. Die erwartete Klage SBYs blieb dagegen aus.

„Neoliberale“ werden zum Rücktritt aufgefordert

Obleich die KPK bereits zuvor erste Untersuchungen angestellt hatte, wurde die Kampagne um die Bank Century letztlich vom scheidenden Vizepräsidenten Jusuf Kalla losgetreten. Der grandiose Wahlsieg von SBY und die mittlerweile erfolgte Regierungsbildung sorgten bei vielen, die sich zu kurz gekommen fühlten, für Neid und Missgunst. Auch in der Bevölkerung machte sich die Auffassung breit, dass es nichts schaden könne, wenn SBY, der nach der Wahl vor Kraft kaum noch laufen konnte, wieder ein wenig auf Normalmaß zurückgestutzt würde. Und der letztlich gute Ausgang der *Cicak*-Affäre reichte vielen nicht aus, um ihre aufgestaute Unzufriedenheit zu mildern. Ein neues Ventil wurde gesucht.

Wer auch immer, mit welcher Motivation auch immer SBY, seinem Vize Boediono, Finanzministerin Sri Mulyani oder allen dreien gemeinsam schaden wollte, schürte die Stimmung und thematisierte die Affäre um die Bank Century.

Da war zunächst der neu gewählte Parteivorsitzende von Golkar, Aburizal Bakrie, Großunternehmer und einer der reichsten Männer Indonesiens. In der letzten Legislaturperiode bekleidete er das Amt des koordinierenden Sozialministers. Doch im neuen Kabinett war kein Platz mehr für ihn. Es ist ein offenes Geheimnis, dass er sich durch die Steuerpolitik von Sri Mulyani empfindlich in seinen Geschäften gestört fühlte.

Da war die islamistische PKS (*Partai Keadilan Sejahtera*), die sich stets loyal gegenüber SBY gezeigt hatte, sich dafür aber erhofft hätte, bei der Kabinettsbildung gewichtigere Posten abzubekommen. Besonders durch die Ernennung des parteilosen Boediono zu SBYs Vize fühlte sich die PKS düpiert. Der Kampf gegen die Korruption und neoliberale Tendenzen sind wichtige Imagebausteine dieser Partei.

Auch aus anderen Koalitionsparteien wurde Kritik geübt, und natürlich erst recht von den Oppositionsparteien. Welche unheilige Allianz da geschmiedet wurde, zeigt sich vielleicht noch deutlicher anhand der außerparlamentarischen Opposition. Diese reichte, über das verbindende Glied der Ablehnung des Neoliberalismus und der Globalisierungskritik, vom islamistischen über das nationalistische Lager bis hin zu tendenziell linken, studentisch geprägten Gruppen. Die Forderung nach Rücktritt von Boediono und Sri Mulyani überwog dabei häufig die Erörterung der komplizierten Materie um die Rettung der Bank Century. Als Parteilose verfügen die beiden TechnokratInnen in der Bevölkerung über keine Hausmacht. Berechtigt oder nicht gelten sie vielen als ExponentInnen des Neoliberalismus und damit des Ausverkaufs der wirtschaftlichen Interessen Indonesiens an das Ausland. Dass die beiden auf internationalem Parkett hohes Ansehen genießen, der Wirtschaft als Hoffnungsträger gelten und von internationalen Medien stets wohlwollend als „Reformer“ betitelt werden, verstärkt eher das Misstrauen und die Ableh-

nung im eigenen Land.

So notwendig eine lückenlose Aufklärung des Sachverhaltes auch sein mag, so wurde doch deutlich, dass einige Seiten in Wirklichkeit ganz andere Interessen verfolgten. Nicht immer stand die Wahrheitsliebe dabei an vorderster Stelle. Die in verschiedenen Medien lancierte Information, dass der Unternehmer Arifin Panigoro zum Kreis der durch die Finanzspritze begünstigten Kunden der Bank Century gehörte, stellte sich beispielsweise als Falschmeldung heraus. Sollte dahinter die Absicht gesteckt haben, Ministerin Sri Mulyani, die Arifin Panigoro bekanntermaßen nahe steht, zusätzlich in Misskredit zu bringen?

Am 4. Dezember 2009 wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt, dessen Sitzungen auf reges Medieninteresse stießen. Alle Sitzungen wurden live im Fernsehen übertragen. Auf Grundlage des drei Monate später vorgelegten Abschlussberichtes stimmte das Parlament mehrheitlich dafür, ein Strafvermittlungsverfahren gegen Boediono und Sri Mulyani einzuleiten. Der für seine bissigen Bemerkungen bekannte Staranwalt Ruhut Sitompul, Fraktionsmitglied der *Partai Demokrat* (PD) und Mitglied im Untersuchungsausschuss kommentierte das Abstimmungsverhalten der beiden größten Koalitionspartner mit den Worten: „Golkar zeigt noch immer nicht ihr wahres Gesicht, während die PKS in unserer Koalition zu haben dem Besitz eines Tigerbabies gleichkommt.“

Wenn alles zu spät ist: die Gewinner und Verlierer des Skandals

„*Nasi sudah menjadi bubur*“ (der Reis ist schon verkocht), lautet eine geläufige indonesische Redensart, deren sinngemäße deutsche Entsprechung in etwa lautet: „*das Kind ist schon in den Brunnen gefallen*“.

Ausgerechnet der mittlerweile geschasste Polizeiermittler Susno Doadji, dessen abgehörte Telefongespräche ihn ins Visier der Antikorruptionsbehörde brachten und einen wichtigen Ausgangspunkt der Skandalgeschichte darstellten, versucht sich nun als Kronzeuge.

Derselbe Susno Doadji, dessen abwertende Bemerkungen über Geckos und Krokodile dem Skandal seinen Namen gaben, versucht sich nun als „*whistle blower*“ (Aufdecker eines Korruptionsskandals), indem er ehemalige Kollegen bei der Polizei anschwärzt. Es scheint mehr als offensichtlich, dass Susno Doadji damit versucht, seine eigene Haut zu retten. Was freilich nicht ausschließen soll, dass seine



Anschuldigungen gegenüber anderen „Krokodilen“ durchaus der Wahrheit entsprechen könnten.

Am anderen Ende der Skala stand Finanzministerin Sri Mulyani im Rampenlicht der Kritik. Sie muss sich jedoch nicht länger den Niederungen der indonesischen Politik aussetzen. Am 5. Mai 2010 wurde bekannt, dass die Ministerin eine Offerte der Weltbank angenommen hat. Im Juni wird Sri Mulyani einen Direktorenposten bei der Weltbank antreten. Prestige und Einkommen (Jahresgehalt ca. 350.000 US\$) übersteigen um ein Vielfaches ihre bisherige Tätigkeit.

Koalitionskrise. Und wie weiter?

Vielleicht muss die Opposition noch üben. Das Timing der Angriffe auf die Regierung war nicht gut gewählt. Neuwahlen liegen in weiter Ferne, und vorsichtshalber erläuterte SBY dem Parlament kürzlich noch einmal die Verfassung, um zu verdeutlichen, dass auch ein Misstrauensvotum keineswegs ansteht. SBY wird bis auf weiteres im Amt bleiben.

Aber wie kann der Präsident in seiner verbleibenden Amtszeit effektiv regieren, wenn Teile seiner Koalition im Eifer der Gefühle mal eben mit der Opposition stimmen? Ein erster Versuch des gewieften Taktikers SBY schlug ins Leere. Der offene Flirt seiner Partei PD (*Partai Demokrat*) mit der oppositionellen PDI-P (*Partai Demokrasi Indonesia – Perjuangan*) in Richtung der Bildung einer großen Koalition, war ein Schuss vor den Bug gegen die kleineren Koalitionsparteien.

Taufik Kiemas, der einflussreiche Drahtzieher der PDI-P und Ehemann der früheren Präsidentin Megawati Sukarnoputri, sprach sich für einen solchen Lagerwechsel aus. Doch erwartungsgemäß unterlag er auf dem jüngsten Parteitag der PDI-P den AnhängerInnen seiner Frau, die sie erneut zur Parteivorsitzenden wählten und sich für einen Verbleib in der Opposition aussprachen. Die frühere Präsidentin hat es SBY noch immer nicht verziehen, dass er ihr seinerzeit als Minister in ihrem Kabinett die Treue brach, um schließlich im Präsidentschaftswahlkampf gegen sie anzutreten – und klar zu gewinnen.

Der Karrieresprung seiner ehemaligen Finanzministerin zur Weltbankdirektorin war ein immenser Imageerfolg der Regierung SBY. Eine bessere Lösung aus der scheinbar verfahrenen Situation hätte es nicht geben können. Aber dennoch steht SBY vor gewichtigen Problemen:

Durch wen kann die hochprofessionelle wie gleichermaßen umstrittene Ministerin Sri Mulyani ersetzt werden?

Wie kann er die zersplitterte Regierungskoalition wieder einen oder neu aufstellen?

Und vor allem: wie kann es SBY schaffen, seine Popularität auf eine NachfolgerIn zu übertragen, um bei den nächsten Wahlen – zu denen er Kraft der Verfassung nicht antreten darf – bestehen zu können? <>

Wiedersehen mit dem General

Prabowo Subianto und seine Partei GERINDRA

von Timo Duile

Kaum ein Wort war in den westlichen Medien von der neuen Partei Gerindra (*Partai Gerakan Indonesia Raya*) des ehemaligen Generals Prabowo Subianto zu lesen. Dies lag sicherlich daran, dass die Partei bei den Parlamentswahlen 2009 nur 4,5% der Stimmen erhielt; auch Prabowo und seine Anhänger hatten sich da mehr erhofft.

Dennoch sollten Prabowo und seine Partei als Sammelbecken für nach wie vor wichtige, einflussreiche und wohlhabende Teile des *ancien regime* weiterhin kritisch und aufmerksam beobachtet werden. Als in Indonesien am 9. April letzten Jahres ein neues Parlament gewählt wurde, war die Aufmerksamkeit der nationalen und internationalen Medien vorrangig auf den Wahlsieg von Yudhoyonos *Partai Demokrat* (PD) gerichtet, der es gelang, ihren Stimmenanteil von gut 7 auf fast 20% beachtlich zu vergrößern und stärkste politische Kraft zu werden. Dies galt in der Presse als Vertrauensbeweis der indonesischen Wählerinnen und Wähler in die junge Demokratie: Vom Westen wurde auch das relativ schwache Abschneiden der islamischen Parteien freudig wahrgenommen. Golkar und PDI-P (Demokratische Partei Indonesiens-Kampf) erlitten Verluste, blieben aber mit ihren jeweils gut 14% der Wählerstimmen für das politische System des Landes



„Prabowo – ein Schatz aus Suhartos Erbe?
Auf der Suche nach neuen Führern in
Dürrezeiten“

maßgebliche Parteien. Doch Golkar schlug schon seit der *Reformasi*-Zeit oft leisere Töne an, und an das Rumpoltern der PDI-P-Vorsitzenden Megawati hatte man sich anscheinend schon gewöhnt. Vielleicht mag dies, neben der Tatsache, dass es den beiden Parteien nicht gelang, den Charakter von Volksparteien auszubilden, eine Erklärung dafür sein, dass sie im Wahlkampf wenig spektakulär erschienen und wenig Aufmerksamkeit auf sich zogen.

Die relativ stabile ökonomische Situation und die Beliebtheit des Präsidenten machten es anderen Parteien, besonders wenn sie eine solch oppositionell-reaktionäre Haltung wie Gerindra einnahmen, dieses Mal schwer, bei den Wählerinnen und Wählern zu punkten. Die Frage ist aber auch, wie sich die Zusammensetzung der Wähler- und Anhängerschaft unter anderen öko-

Im Militär zu Hause

Geboren wurde Prabowo Subianto am 17.10.1951 in der Hauptstadt der damals noch sehr jungen Republik Indonesien. Deren Experimente mit der parlamentarischen und konstitutionellen Demokratie in den chaotischen Anfangsjahren endeten mit Sukarnos Ausrufung der „*demokrasi terpimpin*“, der „Gelenkten Demokratie“ im Jahre 1957. Dies war nicht im Sinne der Familie. Sie emigrierte ins Ausland, und der junge Prabowo musste zunächst fernab der Heimat in Singapur, Malaysia und Europa aufwachsen.



Prabowo Subianto im Wahlkampf

Foto: Guntur Aga Tirtana

Die Regimekoalition unter Sukarno erwies sich als instabil. Erst nachdem Suharto die Macht 1965 übernommen und seine Diktatur der „Neuen Ordnung“ (*Orde Baru*) etabliert hatte, kehrte die Familie Subianto zurück. Die politische Stabilität muss dem jungen Prabowo damals als ein großer Verdienst Suhartos, als ein maßgeblicher politischer Wert erschienen sein, erlaubte sie ihm doch, endlich in der Heimat Fuß zu fassen, und das tat er in der Neuen Ordnung wie kaum ein Zweiter: Er schlug eine Militärlaufbahn ein, diente zunächst bei einer Vorgängerorganisation der berüchtigten Kopas-

sus-Einheit und knüpfte dort Kontakte zu den politischen Eliten. 1983 heiratete er Suhartos Tochter Siti Hediati Harijadi („Titik“), was ihm schließlich auch privat an Suharto und dessen Schicksal schweißte. Suharto setzte auf größtmögliche Elitenrotation und -fluktuation, um zu verhindern, dass sich innerhalb der Regimekoalition und besonders im Militär unabhängig von ihm ein zweites Machtzentrum entwickeln könnte. Prabowo aber war eine Ausnahme. Ihn ließ Suharto gewähren, was auf ein immenses Vertrauen Suhartos zu seinem Schwiegersohn hindeutet.

Prabowo machte bei den Kopassus-Truppen Karriere, anfangs in Osttimor. Als Kommandeur werden ihm unzählige Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen: Folter, Mord und Verschwindenlassen von Aktivisten (1997/98). Am Vorabend der *Reformasi* wurde er Oberbefehlshaber von Kostrad, wusste aber auch bei Kopassus alte Freunde hinter sich.

Um die *Reformasi*-Bewegung, die kurz darauf das Regime in Indonesien unter Druck setzte, zu diskreditieren, provozierten und schürten Einheiten unter Prabowos Führung Unruhen. Wie zuvor wurden auch diesmal schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen von seinen Truppen verübt, so beispielsweise die Ermordung von vier Studenten nach einer Demonstration an der Trisakti-Universität am 12. Mai 1998. Auch heuerte er zur Zeit der Studentenproteste Schlägertruppen an, um gezielt Unruhe zu stiften und die Studenten als chaotische Unruhestifter zu diskreditieren.

Prabowo setzte in dieser Zeit auf Eskalation, um die Fraktion innerhalb ABRI (*Angkatan Bersenjata Republik Indonesia*, Bezeichnung für die Indonesischen Streitkräfte bis 1999) zu schwächen, die sich für moderate Reformen offen zeigte: diese wollte er als ineffektiv und unfähig darstellen. So suchte er zwischenzeitlich den Schulterchluss mit konservativen und teils auch radikalen islamischen Gruppen wie der KISDI (*Komite Indonesia untuk Solidaritas Dunia Islam*, militante Organisation, um 1999 in den Molukken, Lombok und Madura aktiv, mit dem Ziel, einen Kreuzzug gegen Christen zu führen).

Prabowo wollte innerhalb der Regimekoalition ein gegen die moderaten Reformer gerichtetes Machtzentrum, namentlich gegen seinen Gegenpol innerhalb der ABRI, General Wiranto, aufbauen. Dieser Versuch scheiterte bekanntlich. Das Regime musste sich dem Druck der Straße beugen, und die moderaten Reformer in Golkar und Militär setzten sich durch; Prabowo wurde schließlich Ende Mai 1998 entlassen.

Die Zeit unmittelbar nach dem Abtritt Suhartos war für Prabowo ebenso unruhig wie für andere ranghohe Entscheidungsträger der *Orde Baru* und Suharto-Cronies, die sich nicht beizeiten vom Ex-Präsidenten distanziert hatten. Prabowo zog sich zurück, lebte eine Zeit lang im Ausland und wartete, bis sich die Wogen des politischen Umbruchs geglättet hatten. Heute, wo sich der vorbestrafte und durch Korruption schwerreiche Tommy Suharto ungeniert in indonesischen *cele-*

brity shows präsentieren kann und gar um den Vorsitz von Golkar kandidierte – wenngleich erfolglos, so bemerkenswerterweise doch auch widerspruchlos...-, ist auch Prabowo wieder salonfähig. Als politisches Vehikel gründete er 2008 seine Partei Gerindra, die, ähnlich wie die *Partai Demokrat* auf Yudhoyono oder die PDI-P auf Megawati, ganz auf seine Person zugeschnitten ist.

Das *Comeback* war von langer Hand vorbereitet. Bereits ein Jahr zuvor wurden Fernsehspots gesendet, in denen Prabowo als Vorsitzender der indonesischen Bauernvereinigung auftrat und zum Kauf nationaler Produkte aufrief. Der spätere Wahlwerbespot setzte deutlich erkennbar auf den Wiedererkennungseffekt (gleicher Stil, ähnliche *Message*).

Der lange Schatten der *Orde Baru*

Im Wahlwerbespot der Gerindra-Partei breitet ein mächtiger Adler seine Flügel über Indonesiens Meere und Inseln aus. Genau betrachtet kann der Werbespot der Partei schon Aufschluss über deren antipluralistischen Charakter und Prabowos politisches Denken geben. Zunächst wird die Vielfalt Indonesiens angesprochen, Indonesien wird in seiner Diversität als ein Land der vielen Inseln, Kulturen und Religionen dargestellt. Dann wird die Einheit beschworen, verstanden als Einheit unter dem großen Gerindra-Adler, der im Werbespot kreischend über Meeren und Reisfeldern schwebt. Als Losung wird ausgegeben „*satu bangsa, satu visi, satu suara*“ (Ein Volk, eine Vision, eine Stimme – ein Slogan, der dem „Schwur der Jugend“ nachempfunden ist, welcher 1928 den indonesischen Kampf für die Unabhängigkeit einleitete). Die eine Stimme, die sprechen soll, ist nur die Prabowos, ist die eines geeinten, starken Volkes, das sich der Vision eines starken Führers anvertraut.

Die Botschaft ist: Alle Indonesierinnen und Indonesier sollen sich unter ihm vereinen, und diese Botschaft verkündet er manchmal so offen, dass sich gelegentlich das Bild eines indonesischen Leviathan aufdrängt. So gab sich Prabowo auch im Wahlkampf visionär und hob sich damit vom Pragmatismus der anderen Parteien ab. Zwar führten auch die Vertreter anderer Parteien immer wieder ihren Idealismus in Talkrunden an, doch konnte das nicht über eine pragmatischere Ausrichtung insbesondere der islamischen Parteien in diesem Wahlkampf hinwegtäuschen. Pragmatismus war Trumpf, weil sich der Großteil der Indonesierinnen und Indonesier nach Stabilität sehnten und weil sich die relativ stabile politische und wirtschaftliche Lage des Landes als Argument für Yudhoyono und dessen pragmatischen Kurs zu sprechen schien. Nur Prabowo wollte anders, wollte visionär sein.

Im Privaten hatte Prabowo nie von Demokratie und Pluralismus profitiert. Als Kind machten sie ihn heimatlos, als General entmachteten sie ihn. Stabilität ver-

bindet er hingegen mit Autoritarismus, mit der *Orde Baru* Suhartos und seinem Lebensumfeld im Militär, wo nicht der demokratische Diskurs, sondern Befehl und Gehorsam gelten. So sieht sich Prabowo als Hüter und Führer einer starken, einheitlich auftretenden und geführten indonesischen Nation. In einem Interview wies Prabowo den Vorwurf des Autoritarismus zurück. Nein, er orientiere sich lediglich an Staatsmännern wie Lee Kuan Yew und Mahathir. Das könne man ja wohl kaum autoritär nennen (!).

Er hat dabei gezeigt, dass es ihm nicht an Machtinstinkt mangelt. Er ist bereit, unmoralisch zu handeln und Menschenrechtsverletzungen zumindest zu billigen wie in Osttimor oder zur Zeit der *Reformasi*, und er hat gelernt, wie wichtig es ist, weite Netzwerke mit einflussreichen Eliten zu schmieden. Auch hier ist er ganz im Denken der *Orde Baru* verhaftet. Sein Ziel ist offensichtlich ein neopatrimoniales Netzwerk einer Regimekoalition unter seiner Führung, mit politischen Werten und Einstellungen wie Nationalismus und Militarismus als Grundlage der politischen Kultur einer ansonsten depolitisierten *massa mengambang* (*floating mass*, ein Konzept, das zurzeit der Neuen Ordnung die Bevölkerung als politisch passive Masse annahm; red). In diesem Sinne sucht Prabowo Anknüpfungspunkte an die Zeit der *Orde Baru*. Symbolisch ist das Fünfeck des Parteilogos als Verweis auf die Pancasila, auf die fünf Prinzipien der Staatsphilosophie, die besonders während Suhartos „*Demokrasi Pancasila*“ von Bedeutung waren, zu verstehen.



Prabowo im Fernsehinterview

Foto: Ruby Goes

Prabowo Subianto präsentiert sich als ein indonesischer Machiavelli. Weder an das nur Gute noch an das Schlechte im Menschen glaubend, gilt sein erstes Augenmerk dem Streben nach Macht und der Macht-sicherung. Die Wahl der dazu nötigen Mittel scheint er ganz nach Effizienzgesichtspunkten zu treffen: Bei rebellierenden Studenten und Sezessionsbewegungen

ist es die militärische Gewalt, im Wahlkampf ist es das soziale Versprechen und die „Vision eines besseren Indonesiens“. Prabowo scheut auch nicht davor zurück, Ressentiments für seine Machtzwecke zu gebrauchen, und das macht ihn als öffentlichen Menschen mitunter zur Gefahr. In seinem Fokus stand in der Zeit der *Reformasi*-Bewegung bereits die chinesischstämmige Minderheit Indonesiens. Das Ressentiment gegen den „Sündenbock“, gegen die ethnischen Chinesen, sollte der Reintegration der Mehrheit unter die Führung der Suharto-Koalition dienen. Die Liste möglicher Feindbilder in Indonesien ist lang, und so darf man gespannt sein, welche Gruppe als nächstes dafür herhalten muss, die indonesische Einheit zu stärken.

Erste Entwürfe seiner *ekonomi kerakyatan*, der „volks-basierten Ökonomie“, die sich insbesondere gegen ausländische Großbetriebe richtet, müssen in diesem Zusammenhang dann auch als Instrument der funktio-nalen Stimmungsmache gesehen werden, nicht als ökonomische Emanzipation der armen Mehrheit in Indonesien. Sein Konzept der *ekonomi kerakyatan* zeigt einmal mehr: Er will anders sein. Prabowo präsentiert dieses Konzept als Gegenentwurf zur jetzigen, als *ekonomi neoliberal* verschrieenen Wirtschaftspolitik Yudhoyonos.

Prabowos Konzept mag im ersten Anblick durchaus sympathisch erscheinen. Die Stärkung der traditionellen Märkte und Verdrängung ausländischer Groß-unternehmen würden aber weiterhin indonesischen Firmen und damit seinen potentiellen mächtigen Verbündeten (und Gegenspielern...; red) innerhalb des Landes freie Hand lassen (und nicht zuletzt ihm selbst als erfolgreicher Geschäftsmann in den Sparten Tropenholz, Zellstoff, Kohle und Agroindustrie; red). Die Brandmarkung des Neoliberalismus als ausländisches, fremdes Phänomen zielt darauf ab, sich diffuse Ängste und Unbehagen in der Bevölkerung nutzbar zu machen und den eigenen Nationalismus zu stärken. Um die ökonomische Emanzipation der Ärmsten scheint es Prabowo mit seiner *ekonomi kerakyatan* dagegen kaum zu gehen. Auch die Sozialprogramme, auf die er im Wahlkampf rekurrierte, versteht er demnach nicht als

Teil der eigentlich so dringend benötigten ökonomischen Emanzipation der verarmten Bürgerinnen und Bürger, sondern als Mittel seiner Armutsverwaltung, die die Loyalität und Abhängigkeit der Bevölkerung zum starken Staat gewährleisten sollen.

Sein großes Ziel ist die politische Stabilität und deren Gewährleistung. Und um dieses Ziel zu erreichen, so muss auch seine Biographie vermuten lassen, wird er sich nicht auf ein demokratisch-partizipatives System verlassen. Prabowos Chance könnten seine als visionär und alternativ dargestellte Politik und eine eventuelle Legitimationskrise der jungen Demokratie sein. 1998 hat eine Wirtschaftskrise zumindest dazu beigetragen, ihn für eine Zeitlang loszuwerden, als sie wie ein Katalysator für die Demokratiebewegung wirkte. Wer weiß, ob die nächste Wirtschaftskrise, die Unzufriedenheit mit demokratischen Verfahren und dessen vermeintliche Ineffizienz hervorrufen könnte, ihn der Macht wieder näher bringt? Nicht ausgeschlossen, dass die nationalistisch-autoritären Antworten Prabowos auf die Fragen der Moderne, nicht zuletzt auf die wirtschaftsliberale Politik, bei breiteren Schichten in Indonesien Gehör finden könnten. <>



Literatur zum Weiterlesen:

Budiman, Arief u.a.(Hrsg.): Reformasi. Crisis and change in Indonesia, Clayton 1999

Forster, Georry; May, R.J.(Hrsg.): The Fall of Soeharto, Barthurst 1998

Mietzner, Marcus: Military Politics, Islam and the State in Indonesia, Singapur 2009

Prabowo Subiantos Website: <http://prabowosubianto.info/v2/>

Die Website der Partei Gerindra: <http://www.partaigerindra.or.id/>

Der Wahlwerbespot kann angeschaut werden unter: <http://www.youtube.com/watch?v=m7HBjvEpMds>
(alle Websites zuletzt aufgerufen am 28.3.2010)

Statt eines Nachrufs:

Beschwört die Forderung, Gus Dur zum Helden zu ernennen, eine neue SARS-Epidemie?

von Boryano Rickum

Vieles ist schon über Abdurrahman Wahid alias Gus Dur nach seinem Tod geschrieben worden. Mehrheitlich wurde sein politisches, gesellschaftliches und religiöses Wirken in der indonesischen Gesellschaft gewürdigt. Obschon politisch häufig umstritten, so der Tenor, habe er viele demokratische und tolerante sowie pluralistische Werte in der Post-Suharto-Ära implementieren können.

In der Tat war er mit vielen seiner Vorstöße dem Geschmack des übrigen politischen Regimes allzu häufig und weit vorausgeilt. Man bedenke alleine seine offene Haltung gegenüber der Frage außenpolitischer Beziehungen Indonesiens mit Israel. Und nun hatte die Parlamentsfraktion seiner ehemaligen Partei PKB mit Marwan Ja'Far an der Spitze zu Beginn des Jahres von der Regierung gefordert, Gus Dur posthum den Status des Nationalhelden (*Pahlawan Nasional*) zu verleihen. Dies evozierte prompt den Golkar-Fraktionsvorsitzenden Setya Novanto zu der Gegenforderung, den gleichen Status nun endlich auch Suharto zu geben. Schon nach seinem Tod Ende Januar 2008 hatte dessen alte Partei diese Forderung erhoben.

Gefahr einer weiteren SARS-Epidemie?

Dieser kurze Artikel will sich nicht über die Motive des Pro-Suharto-Lagers auslassen. Sie sind vergleichbar mit dem enorm hohen Ungerechtigkeitsempfinden eines kleinen Jungen, der es nicht ertragen kann, wenn sein Sandkastenkamerad eine Eiskugel mehr als er selbst im Hörnchen hat. Er will umgekehrt auch nicht noch einen weiteren Nachruf auf die Leistungen Gus Durs formulieren. Dies haben, wie bereits bemerkt, schon viele Kommentatoren in wunderbarer Weise vor mir getan.⁽¹⁾ Vielmehr stehen hier Gedanken über die Debatte im Vordergrund, die durch die genannten Forderungen der Golkar-Fraktion ausgelöst wurde. Es geht um mögliche Auswirkungen auf das politische Bewusstsein Indonesiens. Diese in die Öffentlichkeit geworfene Forderung nach einer symbolischen Rückkehr Suhartos als Nationalheld macht einmal mehr deutlich, wie es um die Aufräumarbeiten im Gedäch-

nis Setya Novantos und so manch anderer politischer Akteure (Wiranto & Co.) steht, welche das Anliegen seiner Partei unterstützen. Das ist zugegebenermaßen keine überraschend neue Erkenntnis. Hätte man wirklich eine andere Reaktion des ehemaligen politischen Vehikels des Kleptokraten Suharto oder von jüngeren Parteien wie PKS und Hanura erwartet? War nicht schon einmal eine spezielle Form der SARS-Epidemie („*Sindrom Aku Rindu Suharto*“ – ich-sehne-mich-nach-Suharto-Syndrom) in Indonesien diagnostiziert worden?⁽²⁾

Anlass zur Freude und Hoffnung

Dennoch gibt es Anlass zur Freude und Hoffnung. Freude, weil Golkar mit ihren wenigen kleinen Mitstreiterparteien in dieser Sache nach mehrheitlicher Meinung der Öffentlichkeit allein auf weiter Flur steht. Die Indonesier haben sich entschlossen dieser absurd erscheinenden Forderung entgegengestellt. Insofern scheint auch die Gefahr einer erneuten SARS-Epidemie erst einmal gebannt. Dies dürfte auch ein beruhigendes Signal für die chinesischstämmige Minderheit im Lande sein, die mehr als genug traumatische Erinnerungen an die ‚*Orde Baru*‘ besitzt, nicht zuletzt an die Pogrome von 1998. Gemeinsam mit den Anhängern indonesischer Minderheitsreligionen – wie etwa den Christen – verloren die Sino-Indonesier mit dem Tod Gus Durs einen großen Protegé ihrer Rechte und gesellschaftlichen Stellung. Dabei bleibt gegenwärtig noch ungewiss, welche Persönlichkeit - oder vielleicht besser: welche politische Bewegung oder Institution diesen freigewordenen Platz einnehmen wird.

Es besteht darüber hinaus jedoch auch Hoffnung,



Hero status? Gus Dur, yes..... „

Foto: KontraS

sicht in Indonesien darstellt. Seit 1998 sind schon mehrmals Rufe laut geworden, Menschen aufgrund ihres Einsatzes für Demokratie und Menschenrechte zu Nationalhelden zu ernennen. Tatsächlich hatte Präsident Susilo Bambang Yudhoyono anlässlich der Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag 2005 vier *Reformasi*-Aktivisten (Elang Mulya Lesmana, Hafidin Royan, Hery Hartanto und Hendriawan Sie), die 1998 auf dem Campus der Trisakti-Universität erschossen worden waren, posthum die Ehrenmedaille verliehen. Hier geht es aber nicht um die ehrenvolle Absicht des Präsidenten, sondern um seine Wahrnehmung.

weil man diese Helden-Debatte auch als Indiz dafür nehmen kann, dass das (ultra-)nationalistische Element der politischen Kultur Indonesiens allmählich überwunden wird. Dieses Indiz lässt sich an Bemerkungen wie jener von Arbit Sanit der *Universitas Indonesia* (UI) festmachen, der im Zusammenhang mit Golkars Forderung gegenüber der Jakarta Post bemerkte:

“Granting the status of national hero has nothing to do with economic achievement or nationalism. It is a matter of how the leader behaves with respect to democracy and human rights.” (‘Hero status? Gus Dur, yes, Soeharto, no’; 04.01.10)

Über seine Ansicht, die eine deutliche Erwiderung auf die Golkar-Forderung darstellt, lässt sich, gemessen an der Auswahl der bisherigen Nationalhelden, durchaus streiten. Die meisten von ihnen – genaugenommen alle – waren gerade aufgrund ihres Einsatzes für die Unabhängigkeit, Nationalismus und Wahrung der nationalen Einheit sowie Entwicklung des Landes ausgewählt worden. Es ist kein Zufall, dass im postkolonialen Indonesien die meisten Nationalhelden militärische Wurzeln besitzen.

Die wenigsten – genaugenommen keiner – wurden aufgrund von Menschenrechts- oder Demokratietarbeit zu Nationalhelden ernannt. Die asiatische Wertediskussion hatte der Welt noch in den 1990er Jahren sehr deutlich gezeigt, was neben Suharto auch die übrigen asiatischen Entwicklungsdiktatoren von den ‚westlichen Luxusgütern‘ Demokratie und Menschenrechten hielten.

Sanits Aussage kann somit schon verwundern. Aber gerade deshalb ist sie mehr als nur bemerkenswert – auch wenn sie ebenfalls keine bahnbrechend neue An-



„... Soeharto, no“

Diese Ehrung der erschossenen Aktivisten ist zunächst nicht mit der hohen Bedeutung des Heldenstatus in Indonesien vergleichbar. Zudem lässt sich ihr tragisches Schicksal ohne große Schwierigkeiten mit dem altbekannten Duktus politischer Mythen über nationale Märtyrer des Unabhängigkeitskampfes von 1945 erzählen. Mit anderen Worten: Der Präsident begreift diese vier Aktivisten als Vorbild für Opferbereitschaft und Kampfgeist (im indonesisch-nationalistischen, nicht im sozialistischen Sinne von Revolution). So begründete er die Verleihung damit, dass diese Akti-



„Gus Dur ist cool“

visten ‚Kämpfer‘ der *Reformasi* gewesen seien, die sich für die Bewegung ‚geopfert‘ hätten (siehe hierzu nochmals Jakarta Post, Susilo honors reform heroes, 16.08.05). Dieser militärisch-nationalistische Duktus überlagert die Tatsache, dass diese Studenten sich damals friedlich und ganz unmilitärisch für demokratische Reformen eingesetzt hatten. Ferner ist es fraglich, ob sie dafür *freiwillig* ihr Leben ließen, was in der Tat

ein Martyrium gewesen wäre.

Gus Durs Namen wird in der besagten Debatte jedoch nicht oft im Zusammenhang mit Begriffen wie ‚nationale Opferbereitschaft‘ erwähnt, noch wird er häufig als Kämpfer (wiederum im indonesisch-revolutionären Sinne) bezeichnet. Vielmehr geben die Befürworter des Titels für Wahid seinen Einsatz für Demokratie und Pluralismus als Grund an. Zu denen gehört zugegebenermaßen auch die Golkar. Genau hier liegt die erwähnte Hoffnung begraben. Sanits Bemerkung macht klar, dass sich die Vorbildfunktion des Nationalheldentums ändern muss: Nicht mehr länger militaristische und nationalistische Tugenden, sondern demokratische, pluralistische sowie menschenrechtliche Werte sollten künftig an die jüngeren Generationen zwecks Identifikation weitergegeben werden - wenn diese Tradition der politischen Heldenverehrung überhaupt noch einen Sinn machen soll. Wird der Präsident (und seine künftigen Amtsnachfolger) sich zwar für die Ernennung Gus Durs, aber gegen jene Suhartos zum Nationalhelden entscheiden, könnte man diesen Schritt durchaus als eine Abkehr des politischen Regimes von der ‚*Orde Baru*‘ betrachten, das sich bisher trotz Demokratisierung noch immer in einer Traditionslinie mit Suhartos Herrschaft sieht. Freilich bleibt jedoch abzuwarten, wie sich Susilo Bambang Yudhoyono tatsächlich zum Anliegen Golkar verhält. Sein Amt bildet die letzte Entscheidungsinstanz, wenn es um die Frage geht, wer in die heiligen Hallen der bisher etwa 140

Nationalhelden eintreten darf. Aber meiner beschriebenen Hoffnung geht es letztlich gar nicht um die Frage, wer zum Nationalhelden ernannt wird und wer nicht – sie will nichts weniger als einen (längst überfälligen) Paradigmenwechsel der politischen Kultur in Indonesien. Und das wäre wahrscheinlich auch ganz im Sinne Abdurrahman Wahids gewesen. <>

(1) Siehe etwa die Reflexionen und Würdigungen von Max Lane (Abdurrahman Wahid: contradictions of an unsuccessful democrat, http://directaction.org.au/issue19/abdurrahman_wahid_contradictions_of_an_unsuccessful_democrat/);

oder von Wimar Witoelar (Insight: Personal reflections on Gus Dur, a national hero, <http://www.thejakartapost.com/news/2010/01/02/insight-personal-reflections-gus-dur-a-national-hero.html>).

(2) Siehe Flor, Alex: Wahlen 2004 - Die Neue SARS-Epidemie in Indonesien. In: Indonesien-Information 1/2004

Bücherverbot und Filmzensur:

Das Ende der Offenheit

von Fabian Junge

Indonesiens Demokratie mag ihre Schwächen haben, aber in einem sind sich die Beobachter einig: In Sachen Meinungsfreiheit liegt der Inselstaat innerhalb Asiens mit ganz vorn. Doch seit einigen Jahren arbeiten die Behörden mit Buch- und Filmzensuren hartnäckig daran, die erzielten Fortschritte rückgängig zu machen.

Menschenrechtler, Verleger und Autoren kritisieren die Verbote als willkürlich und intransparent. Insgesamt fünf Titel waren es, deren Verbot Iskanto, seines Zeichens stellvertretender Generalstaatsanwalt für nachrichtendienstliche Aufgaben (*Jaksa Agung Muda Intelijen*) am 23.12.2009 anlässlich einer parlamentarischen Anhörung bekanntgab. Begründung des Verbots: Der Inhalt der Bücher störe die öffentliche Ordnung und stifte Unruhe in der Bevölkerung. Nicht alle diese Bücher sind im wissenschaftlich-objektiven Stil verfasst. Doch keines ruft offen zu Hass und Gewalt auf. Gemein ist den Werken

nur, dass sie Themen kontrovers diskutieren, die das politische Establishment lieber unter den Teppich kehrt: eins der Bücher beschäftigt sich mit den Ereignissen von 1965, eines mit der Geschichte der linksgerichteten Autorenvereinigung Lekra, deren Mitglieder nach 1965 als Kommunisten verfolgt wurden. Zwei Titel behandeln das Thema Religion, und einer die politische Gewalt in Papua. Was genau an ihrem Inhalt die öffentliche Ordnung stört, darüber hält sich die Staatsanwaltschaft bedeckt.

In die gleiche Kerbe schlug im letzten Dezember die Filmzensurbehörde (*Lembaga Sensor Film, LSF*) mit einem Vorführungsverbot für den australischen Spielfilm *Balibo*. Der Film stellt die Geschichte des Todes von fünf australischen Journalisten während der indonesischen Invasion in Osttimor als Ermordung durch die Armee dar. Er widerspricht damit der offiziellen indonesischen und australischen Linie, laut derer die „*Balibo Five*“ bei einem Gefecht im Kreuzfeuer umkamen. Die Zensur des Films in Indonesien kam drei Monate, nachdem die australische Bundespolizei eine Neuuntersuchung des Falls wegen Verdachts auf Kriegsverbrechen eröffnet hatte. Die australische Polizei brach damit die Politik des Schweigens über die Toten von Balibo, die von Seiten der Regierung der guten Beziehungen zu Indonesien wegen gepflegt wird.

Im Januar gab zudem das Justizministerium bekannt, es untersuche derzeit den Inhalt von ca. 200 weiteren Büchern. Mindestens 20 dieser Bücher stuft das Ministerium als gefährlich ein und werde sie der Staatsanwaltschaft zur Prüfung eines möglichen Verbots empfehlen.



Autoren der verbotenen Bücher

Foto: Arip

Geheimniskrämerei der Zensoren

„Ich war wütend und schockiert, als ich von dem Buchverbot erfahren habe“, sagt Rinto Tri Hasworo vom Indonesischen Institut für Sozialgeschichte (*Institut Sejarah Sosial Indonesia*, ISSI). Der Jurist und Historiker sitzt im Foyer des Verfassungsgerichtshofs, wo er gerade Klage gegen das Gesetz eingereicht hat, auf dem die Verbote basieren. Sein Institut verlegt die indonesische Ausgabe des Buches „*Dalih Pembunuhan Massal: Gerakan 30 September dan Kudeta Suharto*“ (Vorwand für einen Massenmord: Die Bewegung 30. September und Suhartos Staatsstreich) des Historikers John Roosa. Die Studie behandelt die Hintergründe der Machtergreifung Suhartos und der darauffolgenden schweren Menschenrechtsverletzungen gegen Hunderttausende angeblicher Kommunisten. „Am meisten ärgert mich die Intransparenz, mit der die Staatsanwaltschaft die Zensur ausübt.“

Hätte nicht ein befreundeter Journalist zufällig von den Verboten erfahren und die Information an ISSI weitergegeben, wüssten Hasworo und sein Institut möglicherweise bis heute nicht davon. „Wir haben vom Staatsanwalt nie eine offizielle Benachrichtigung über die Zensur erhalten“, beklagt sich der Jurist. Den Autoren und Verlegern der vier anderen verbotenen Bücher ging es ebenso. Eine Kopie des Verbotsbeschlusses bekam ISSI nur auf informellem Wege. Die Anwälte, die das Institut in dem Fall vertreten, mussten das Dokument über persönliche Kontakte in der Staatsanwaltschaft erbitten.

Laut dem Beschluss basiert das Verbot auf einem Gesetz, das aus der autoritären Phase der Herrschaft des ersten Präsidenten Sukarno stammt, der Gelenkten Demokratie. Unter Suharto wurden Hunderte von Büchern auf dieser Grundlage zensiert. Nach dem Ende der Neuen Ordnung Suhartos hob das Parlament eine Reihe von repressiven Bestimmungen auf. ‚Gesetz 4/PNPS/1963 über die Überwachung von Drucksachen, deren Inhalt die öffentliche Ordnung stören könnte‘ blieb jedoch in Kraft.

Was sie unter öffentlicher Ordnung versteht, hat die Staatsanwaltschaft bis heute nicht ausreichend erklärt. Anhaltspunkte bietet das internationale Menschenrechtsregime. Indonesien hat den Internationalen Pakt über Zivile und Bürgerliche Rechte (Zivilpakt) 2005 ratifiziert und sich damit zu seiner Umsetzung in nationales Recht und staatliche Praxis verpflichtet. Anders als zum Beispiel beim Folterverbot, das absolut gilt, erlaubt der Zivilpakt Einschränkungen der Meinungsfreiheit im Interesse bestimmter kollektiver Güter wie der nationalen Sicherheit oder eben der öffentlichen Ordnung. Eine Definition von öffentlicher Ordnung findet sich in den „Siracusa Prinzipien bzgl. der Einschränkung und Beeinträchtigung der Bestimmungen im Internationalen Pakt über Zivile und Bürgerliche Rechte“: Öffentliche Ordnung sei „die Summe von Regeln, die das Funktionieren der Gesellschaft sichern,

oder die Summe von fundamentalen Prinzipien, auf die die Gesellschaft gegründet ist“. Auch diese Bestimmung ist vage und erlaubt Staaten, den Begriff entsprechend dem nationalen Kontext zu interpretieren. Jedoch muss die Einschränkung das Prinzip der Verhältnismäßigkeit wahren.

Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit ist die Frage danach, ob eine Maßnahme ein angemessenes und das mildeste Mittel zu Erreichung eines bestimmten Ziels darstellt. In unserem Fall ist das vorgebliche Ziel der Erhalt der öffentlichen Ordnung, die Maßnahme das Verbot. Nach Ansicht von Hasworo hat letzteres mit Verhältnismäßigkeit nichts zu tun: „Alle fünf Bücher sind seit mehr oder weniger zwei Jahren auf dem Markt. Ich sehe nicht, dass die öffentliche Ordnung seitdem durch sie gestört wurde. Schließlich hat ihre Rezeption in dieser Zeit zu keinerlei Unruhen geführt.“

Das Internationale Komitee für Menschenrechte, eines der zentralen Organe internationaler Rechtsprechung im Menschenrechtsbereich, bestätigt die Siracusa-Prinzipien und betont, dass eine Beschränkung der Meinungsfreiheit dieses Recht nicht in seiner Gesamtheit gefährden darf. Akzeptable Limitierungen wären in diesem Sinne z.B. Aufrufe zur Gewalt gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen. Andere Stimmen vertreten die Auffassung, eine reife Gesellschaft sollte mit solchen Erscheinungen auf andere Art umgehen können als mit plumpen Verboten. Man erinnert sich an die in Deutschland regelmäßig aufflammenden Debatten über das Für und Wider eines Verbots von Neonazi-Aufmärschen. Die Hintergründe der Buchverbote in Indonesien scheinen jedoch andere zu sein, sind doch Aufrufe zu Hass und Gewalt frei auf dem Markt zu haben: Hitlers „Mein Kampf“ steht in vielen großen Buchläden ebenso im Regal wie antisemitische Publikationen über eine angeblich jüdische Weltverschwörung oder Bücher, welche die Anschläge vom 11. September als einen gerechten Kampf darstellen.

Wie aber verhält es sich mit den jüngsten Verboten in Indonesien? Ein Blick auf die Prozedur, nach der über Buchzensuren entschieden wird, gibt Aufschluss: Die Kompetenz zur Kontrolle von Drucksachen liegt seit der Gründung der Republik einseitig bei der Staatsanwaltschaft. Die Überwachung von Drucksachen wird von einem als *Clearing House* bezeichneten Gremium wahrgenommen, das auf eigene Initiative, öfter aber auf Grundlage von Hinweisen aus der Bevölkerung oder von anderen Behörden, bestimmte Titel untersucht. Das *Clearing House* besteht aus Vertretern von Polizei, Militär, dem staatlichen Geheimdienst BIN (*Badan Intelijen Negara*), dem Religions- und dem Erziehungsministerium; geleitet wird es vom Untergeneralstaatsanwalt für geheimdienstliche Aufgaben, einer Instanz, die scheinbar aus einer anderen Zeit stammt: Neben einem Subdirektorat für die Überwachung von Massenmedien und Drucksachen verfügt der Untergeneralstaatsanwalt über Subdirektorate für Sicherheit und politische Ideologie, für öffentliche Ruhe

und Ordnung, und für die Überwachung religiöser Strömungen. Die Existenz einer Abteilung, die die Überwachung der ideologischen und religiösen Ausrichtung der Bevölkerung zur Aufgabe hat, weist auf den hohen Reformbedarf innerhalb der Staatsanwaltschaft hin.

Die Filmzensurbehörde stammt noch aus der Kolonialzeit und setzt sich zusammen aus Mitarbeitern von neun Ministerien, dem Militär, der Polizei, BIN und religiösen Organisationen. Beide Institutionen treffen ihre Zensurenentscheidungen auf intransparente Weise und müssen über ihre Beweggründe keinerlei Rechenschaft ablegen. Mechanismen von *Checks and Balances*, etwa die Verhandlung von Verbotsanträgen vor Gericht unter Beteiligung der Betroffenen, existieren nicht.

Von öffentlicher Ordnung zu öffentlicher Debatte und zurück

Auffällig ist, wie die Art der zensierten Schriften sich mit der ideologischen Ausrichtung des herrschenden Regimes ändert. Während der von linkspopulistischer und anti-imperialistischer Rhetorik geprägten Herrschaft Sukarnos galt die Zensur vor allem liberalen Denkern. Unter Suharto zielten die Verbote auf linksgerichtete Bücher, das Regime setzte auf Antikommunismus und Entwicklungsideologie.

In den ersten Jahren der *Reformasi*-Ära standen militärische und zivile Eliten, die an der Aufrechterhaltung bestimmter Tabus interessiert waren, im Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit und Kritik. Ihr Machtverlust ermöglichte ein neues Klima der Offenheit, indem zuvor beschwiegene Themen ohne Angst diskutiert werden konnten. Zahlreiche Publikationen behandelten die bis heute ungeklärten Hintergründe der Machtergreifung Suhartos. Zeitzeugen stellten mit ihren Erfahrungsberichten die offizielle Geschichtsschreibung in Frage, Opfer von Menschenrechtsverletzungen klagten Militär und Regierung öffentlich an. Vorschläge zur Lösung regionaler Konflikte oder der präferierten Staatsform wurden geäußert, ebenso konnte man Fragen religiöser Vielfalt relativ frei diskutieren.

Innerhalb weniger Jahre kam es jedoch zu einem Wiedererstarken anti-reformistischer Kräfte innerhalb der neuen demokratischen Spielregeln. Das Militär gab zwar formale Machtpositionen auf, übt aber weiterhin großen Einfluss auf Parteien, Bürokratie und Unternehmen aus. Konservative islamische Kräfte konnten mittels der neuen Parteien- und Organisationsfreiheit, des offenen Diskurses und der regionalen Autonomie an Bedeutung gewinnen. Beispielsweise dominieren sie den einflussreichen Rat der Islamischen Gelehrten (*Majelis Ulama Islam*, MUI) und haben dadurch disproportional hohen Einfluss auf politische und administrative Entscheidungen (siehe: Dinkelaker, Samia:

Islamisierung von Politik und Gesellschaft in Indonesien. Moralisierung, Akteure und Gegenstrategien; In: *Suara* 1/2008).

2006 grub die Staatsanwaltschaft das antiquierte Gesetz 4/PNPS/1963 wieder aus und läutete das Ende der Offenheit ein. Seitdem hat die Behörde in zehn Beschlüssen insgesamt 22 Bücher verboten, ein Autor wanderte für drei Jahre ins Gefängnis. Vor dem umrisenen politischen Hintergrund und der Zusammensetzung des *Clearing House* aus reformresistenten Kräften überrascht die Themenauswahl der Zensoren kaum: Unter den verbotenen Titeln sind 13 Schulbücher, die angeblich der offiziellen Geschichtsschreibung des 30. September 1965 widersprechen. Staatsanwälte konfiszierten 2007 Zehntausende Exemplare und verbrannten sie öffentlich (siehe: Junge, Fabian: Barbarei und Paranoia. Indonesiens Staatsanwalt verbrennt Geschichtsbücher; In: *Suara* 2/2007). Andere „Unruhe stiftende“ Inhalte waren der Konflikt in Papua und „falsche“ oder „abweichende“ religiöse Abhandlungen. Es handelt sich um Bereiche, für die Militär und Islamisten Deutungshoheit und Kontrolle über die verfügbaren Informationen beanspruchen, wohl wissend, dass allzu große Offenheit ihre Legitimität und damit ihre reale Machtposition gefährdet.

Trotz der Zunahme von Verboten ist Indonesiens Buchmarkt weit offener als während der Neuen Ordnung. Längst nicht alle progressiven oder provokanten Titel gelangen in das Radar der Behörden, und so ist das Bild der Zensur in Indonesien alles andere als schwarz-weiß. Neben den fünf verbotenen sind unzählige weitere Bücher auf dem Markt, die ähnlich Themen behandeln oder deren Inhalt den Auffassungen der konservativen Elite widerspricht – neben Berichten über die humanitäre Situation und den Konflikt in Papua sind dies z.B. vom Marxismus inspirierte Werke oder Übersetzungen linker Autoren wie Albert Camus oder Hannah Arendt.

Neben der fehlenden Rechenschaft ist es jedoch gerade die Beliebigkeit der Verbote, die Autoren und Verleger verunsichert. Was bleibt, ist ein Gefühl der Willkür. Nicht selten führt dieses auch zur Selbstzensur. So nahm Indonesiens größte Buchladenkette, Gramedia, kürzlich George Junus Aditjondros Buch „*Mem bongkar Gurita Cikeas: Di Balik Skandal Bank Century*“ (Die Offenlegung der Krake von Cikeas: Hinter den Kulissen des Bank-Century Skandals) aus ihrem Sortiment. Der Autor beschäftigt sich mit dem Korruptionsskandal im Zusammenhang mit Finanzhilfen für die angeblich durch die internationale Wirtschaftskrise angeschlagene Bank Century. Aditjondro erhebt hier schwere Vorwürfe gegen die Familie von Präsident Yudhoyono und dessen Demokratische Partei. Zwar steht der Titel auf keiner Verbotsliste, doch Gramedia eilte gehorsam voraus; anscheinend will man sich möglichst nicht mit den Mächtigen des Landes anlegen.

Ob sich die Verbote rigoros durchzusetzen lassen, bleibt zweifelhaft. Außerhalb Gramedias verkauft sich

die Studie Aditjondros fast besser als zuvor (siehe Flor, Alex: Sex, Lies and Audios; in diesem Heft Seite 3). Auch der verbotene *Balibo*-Film ist weiterhin auf dem florierenden Markt für Raubkopien zu haben. *Pretext for Mass Murder* wurde, nachdem ISSI das *Copyright* auf das Buch fallen ließ und eine elektronische Version kostenlos ins Internet stellte, mehrere tausend Male heruntergeladen. „Mit Verboten erreichen die Behörden das Gegenteil ihres Ziels. Das Interesse an den zensierten Informationen sinkt nicht, sondern es steigt“, so Rinto Tri Hasworo. Autoren, Verleger und Filmemacher zeigen sich dennoch verunsichert ob der Beliebigkeit der Entscheidungen, sind doch neben den kürzlich verbotenen Werken noch viele weitere auf dem Markt, die kontroverse Themen wie Geschichte, Religion oder regionale Konflikte in ähnlich kritischer Weise behandeln. „Ich glaube, dass Kulturschaffende und Intellektuelle dadurch vorsichtiger werden mit ihren Veröffentlichungen, weil immer die Möglichkeit besteht, dass sie zensiert werden.“

Es ist diese Unsicherheit, die die Meinungsfreiheit in Indonesien über die jüngsten Verbote hinaus in ihrer Gesamtheit bedroht. Von besonderer Bedeutung sind deshalb die zur Zeit laufenden Verfassungsklagen gegen die gesetzlichen Grundlagen der staatsanwaltlichen Verbote. ISSI klagt gemeinsam mit Rhoma Dwi Aria Yullantri, Co-Autor des ebenfalls verbotenen *„Lekra Tak Membakar Buku: Suara Senyap Lembar Kebudayaan Harian Rakjat 1950-1965“* (Lekra hat keine Bücher verbrannt: die stumme Stimme der Kulturseiten der Volkstageszeitung, 1950-1965) gegen ‘Gesetz 4/PNPS / über die Überwachung von Drucksachen’, das die substantielle Grundlage für Buchverbote bietet, also z.B. die verschiedenen Gründe festlegt, die eine Zensur rechtfertigen. Darmawan, dessen Buch *„Enam Jalan Menuju Tuhan“* (Sechs Pfade zu Gott) ebenfalls der Zensur zum Opfer fiel, klagt gegen ‘Gesetz 16/2004 über die Staatsanwaltschaft’, welches die Behörde für die Überwachung von Drucksachen zuständig erklärt. Ungleich ihres Ausgangs bieten die Verfahren den Betroffenen die Gelegenheit, ihre Sicht der Dinge zu vertreten und zwingen die Behörden erstmals, Rechenschaft abzulegen. Auf die Frage eines Verfassungsrichters nach den Kriterien für eine Störung der öffentlichen Ordnung weiß der Vertreter der Staatsanwaltschaft erst keine klare Antwort und gibt dann Altbe-



Ausstellung gegen die Bücherverbote

Foto: Arip

kanntes zum Besten: „Die Kriterien werden vom Generalstaatsanwalt definiert. Das Gesetz definiert eine Störung der öffentlichen Ordnung als jede Handlung, die dem Gesetz oder den allgemeinen Normen der Gesellschaft widerspricht. Es verbietet auch die Verbreitung von Kommunismus, Marxismus-Leninismus und Atheismus“ (Jakarta Post, 15.04.2010).

Die Verfassungsrichter verlangen nach Transparenz und klar nachvollziehbaren Kriterien für eine Zensur. Die Kläger hoffen deshalb auf einen Verfahrensausgang, der sich an der Verhältnismäßigkeit und dem Recht auf freie Meinungsäußerung orientiert. Das wäre ein Zeichen, dass das indonesische demokratische System trotz aller Schwächen in der Lage ist, die erreichten Erfolge in Sachen Meinungsfreiheit zu verteidigen.

Im Klammergriff der Straflosigkeit

Suciwati über ihren ermordeten Mann Munir und den Kampf für Gerechtigkeit

Interview: Anett Keller

Sie waren bereits Aktivistin, haben Arbeiter organisiert, als sie Munir kennen lernten. Wie kam es, dass Sie sich für Arbeiterrechte stark machten?

Ich arbeitete damals als Lehrerin. Und viele meiner Schüler wurden später Arbeiter in einer Lederjackenfabrik in der Nähe, die für den südkoreanischen Markt produzierte. Die Frauen dort hatten keine Rechte, sie wurden schlecht bezahlt, durften sich nicht organisieren, und das war auch noch ganz normal für sie. Ich fing dann an, auch in der Produktion zu arbeiten, um genau zu erfahren, was dort vor sich ging. Drei Monate lang habe ich dann eine Gewerkschaft aufgebaut. Im Oktober 1990 hatte ich angefangen zu arbeiten, im März darauf haben sie mich rausgeschmissen, weil ich die Arbeiter organisiert hatte. Vorher hat das Management noch auf die übliche Art versucht, mich zu überzeugen, sie boten mir an, dass ich in die Personalabteilung kann und eine Weiterbildung machen. Ich lehnte ab, und das war's dann. Ich hab dann mit Arbeitern aus anderen Bereichen weitergemacht, sie organisiert, Diskussionsrunden veranstaltet. Bei einer dieser Diskussionen habe ich Munir kennen gelernt.

Was hat Sie besonders beeindruckt, als Sie Munir kennen lernten?

Er hat niemals einen Unterschied gemacht zwischen der Welt der Aktivistinnen und der der Arbeiter. Er hat nie auf Menschen herabgeschaut. Für die Verteidigung der Rechte der Arbeiter gab er einfach alles. Er ging voll-



Suciwati

Foto: Monika Schlicher

ständig in dieser Arbeit auf, ein Privatleben gab es so gut wie nicht. Ich weiß noch, wie wir manchmal nach Diskussionsveranstaltungen im Büro übernachtet haben. Als ich einschlief, saß er noch vor dem Computer, als ich aufwachte auch. Ich hab mal zu ihm gesagt, „wenn Du so weitermachst, wirst Du sein wie eine zu starke Neonröhre: sehr, sehr hell und sehr schnell kaputt“. Aber er war wirklich ein Mensch, der nach zwei Stunden Schlaf wieder frisch daher kam und wei-

termachte.

Neben seiner Begeisterung für die Sache der Arbeiter hat mich sein Durchhaltevermögen beeindruckt. Auch als er nach Jakarta versetzt wurde und sich neuen Themen widmete und anfangs das Gefühl hatte, er passt dort gar nicht hin, ging er diese Aufgaben mit extremer Wissbegier an. Halbe Sachen hat er einfach nicht gemacht.

Sein Engagement hat Munir schon früh sehr viele Drohungen eingebracht. Wie sind Sie damit umgegangen?

Schon bevor wir 1996 heirateten, gab es Drohungen. Munir hatte ja Rechtsberatung im Fall Marsinah geleistet, hatte viele Arbeiter in großen Unternehmen vertreten.

Als er in Jakarta dann Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch das Militär untersuchte, wurde es noch heftiger. 1998, ich war gerade im fünften Monat schwanger, wurde uns angedroht, wir würden entführt. Auch eine Bombe wurde mal in unserem Haus platziert. Wenn wir über diese Bedrohungen sprachen, hat er immer Witze darüber gemacht. Auch das unterschied ihn von anderen. Wir waren uns einig darin, dass wir uns nicht einschüchtern lassen dürfen. Dass jeder seine Wahl treffen muss, über das Risiko, das er für seine Überzeugung eingehen will. Wir haben ein glückliches, ein erfülltes Leben gelebt, mit der Wahl, die wir getroffen hatten.

Haben Sie nie gedacht, jetzt wird es zu gefährlich, das ist die Sache nicht wert?

Unsere Familien haben das gefordert. Munirs Mutter hat immer gesagt, er solle sein Engagement aufgeben, es sei zu gefährlich. Aber Munir zu zwingen, etwas anderes zu tun, hätte ihn gezwungen, sich selbst aufzugeben. Natürlich war er selbst auch manchmal erschöpft. „Wann werden wir uns ausruhen?“, hab ich manchmal gefragt. „Später, wenn wir 42 sind, gehen wir in Rente.“, hat er dann gesagt. „Wenn unser Land eine Demokratie ist.“

Heute wird Indonesien die drittgrößte Demokratie der Welt genannt.

Was wir haben, ist eine Pseudo-Demokratie, eine rein formale Demokratie. Bis zu einer Demokratie, der

die Menschenrechte wirklich etwas wert sind, ist es noch ein weiter Weg.

War Ihnen sofort klar, dass Mord dahinter steckt, als Sie die Nachricht von Munirs Tod bekamen?

Ja. Er war gesund vor der Abreise, wir waren vorher die ganze Zeit zusammen. Ich war sicher, da stimmte etwas nicht. Deshalb forderte ich Erklärungen, zunächst von Garuda, da taten sich bereits viele Fragezeichen auf. Dann kam der Autopsiebericht. Nach und nach kam ans Licht, wie lang dieser Mord offenbar vorbereitet worden war und dass es Hintermänner geben muss. Es war klar, dass Pollycarpus den Mord nicht allein verübt haben kann, und es war klar, dass Garuda kein Motiv hatte, Munir umzubringen.

Wie haben Sie sich gefühlt, als Sie schließlich dem Mörder ihres Mannes und den mutmaßlichen Hintermännern gegenüberstanden?

Die Wut, die ich damals empfand, ist sicher eine zutiefst menschliche Regung. Aber eigentlich tun sie mir leid. Jede Sünde bleibt an dem Schuldigen haften, sie werden ihre Strafe bekommen. Und wenn sie es nicht zugeben, wird es sie bis ins Grab verfolgen. Als ich Muchdi traf, hab ich ganz ruhig zu ihm gesagt, „gib es doch einfach zu“. Ich hasse sie nicht. Sie

tragen eine Last mit sich herum, nicht ich. Dass ich möchte, dass die Täter strafrechtlich verfolgt werden, hat nichts mit Rache zu tun, sondern mit der Suche nach Wahrheit. Ich möchte nicht, dass meine Kinder, wenn sie später einmal genau so für ihre Rechte eintreten wir ihr Vater, dafür einfach umgebracht werden können.

Pollycarpus Budihari Priyanto, der Garuda-Pilot, der Munir, das tödliche Gift verabreichte, wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt. Muchdi Purwoprandjono, der ehemalige Vizechef des indonesischen Geheimdienstes BIN, wurde schließlich vom Tatverdacht freigesprochen, er sei der Drahtzieher. Haben die Behörden alles getan, um die Schuldigen zu finden und zu verurteilen?

Ich habe den Richtern von Anfang an misstraut. Sie wollten nicht für Gerechtigkeit sorgen. Der Fall wurde wie ein normaler Mord behandelt, die Konspiration



**Munir 1965 – 2004
„Gerechtigkeit für Munir
Gerechtigkeit für alle“**

dahinter und die Rolle des Geheimdienstes wurden nicht genügend untersucht. Das Verfahren warf mehr Fragen auf, als es beantwortete. Wichtige Beweismittel, wie die Aufnahmen von über 30 Gesprächen zwischen den Anschlägen von Muchdi und Pollycarpus, gingen nicht ins Verfahren ein. Deswegen kämpfen wir dafür, den Fall noch einmal neu aufzurollen. Der Generalstaatsanwalt könnte das veranlassen. Viel Hoffnung habe ich aber nicht. So lange wir in einem Justizsystem leben, das von Mafiosi beherrscht wird, wird es keine Gerechtigkeit geben.



Suciwati bei der Konferenz „Zehn Jahre Reformasi“, 2008 in Berlin

Foto: Marianne Klute

Der amtierende Präsident hat gesagt, es sei ein historischer Test für Indonesien, den Fall Munir aufzuklären. Er hat damals eine spezielle Untersuchungskommission eingesetzt. Hat er genug getan?

SBY hat gute erste Schritte unternommen, doch er war halbherzig. Er hat doch selbst die besten Beziehungen in die höchsten militärischen Kreise. Wenn er sich an seinem Wort messen lassen wollte, hätte er nicht wieder kandidieren dürfen. Wenn der Oberste Richter es nicht schafft, Verbrecher zu bestrafen, dann muss er

abgesetzt werden. Wenn der Geheimdienstchef es nicht schafft, aufklären zu helfen, wer seine eigene Institution diskreditiert, weil er sie für die finstersten Verbrechen benutzt, dann muss er entlassen werden. Der Präsident könnte vieles tun, zum Beispiel könnte er eine weitere Untersuchungskommission einsetzen, die die zahlreichen Ungereimtheiten in den Prozessen untersucht.

Wie kämpfen Sie für Strafverfolgung im Fall Munir?

Neben den Versuchen, auf juristischem Wege etwas zu erreichen, habe ich mich mit anderen Opferfamilien zusammengeschlossen und 2006 die Organisation „Solidaritätsnetzwerk der Opfer für Gerechtigkeit“ gegründet. Wir haben uns von der argentinischen Opferorganisation „*Madres de la Plaza de Mayo*“ inspirieren lassen - jeden Donnerstag demonstrieren wir in Jakarta vor dem Präsidentenpalast und erinnern an die vielen ungelösten Fälle von Menschenrechtsverletzungen und daran, dass die Täter in unserem Land ungestraft herumlaufen. Sie kandidieren sogar für die höchsten Ämter im Staat. Daran sieht man, wie stark die Hegemonie des Militärs über die Zivilgesellschaft noch immer ist.

Was bedeutet die Lösung des Falls Munir für die Menschenrechtsslage insgesamt in Indonesien?

Munir hat die Rechte derer vertreten, deren Stimme sonst niemand hört: Bauern, Arbeiter, die Mütter von Entführten. Munir war seit der Ehrung mit dem alternativen Nobelpreis in der ganzen Welt bekannt. Wenn jemand wie er einfach so ermordet werden kann und die Täter straffrei ausgehen, ist hier niemand seines Lebens sicher. Vor allem jene nicht, die keine landesweite und internationale Aufmerksamkeit bekommen. Wenn dieser Fall gelöst ist, werden sich auch andere Fälle lösen lassen. Und Indonesien käme endlich heraus aus dem Klammergriff der Straflosigkeit. Wir wären endlich nicht mehr ein Land, wo schwerste Menschenrechtsverletzungen nicht verfolgt werden, weil die Täter ranghohe Militärs sind. <>

Anett Keller lebt als Journalistin in Indonesien

Literatur zum Weiterlesen:

- Junge, Fabian: Geheimdienst vor Gericht. Ausländische Intervention, Angst und Amnesie; In: Suara 3/2008
 Flor, Alex: Die Magie hat nicht gewirkt, weil Munir einen Kris hatte; In: Suara 2/2007
 Flor, Alex: Arsen und Spitzenhäubchen. Die Suche nach den Hintermännern des Mordes an Munir. In: Indonesien-Information 1/2005
 Watch Indonesia! Watch Indonesia! fordert transparente und lückenlose Aufklärung des Mordes an Munir. Presseerklärung, 15. November 2004
 Watch Indonesia! Alternativer Nobelpreis für den indonesischen Menschenrechtsanwalt Munir: Ein Zeichen gegen Willkür und Gewalt. Pressemitteilung, 5. Oktober 2000

Scharia in Aceh

Allheilmittel mit heiklen Nebenwirkungen

von Kristina Großmann

Die Art und Weise, WIE die Scharia in Aceh derzeit umgesetzt wird (nicht, DASS sie umgesetzt wird), stößt bei vielen Teilen der Bevölkerung und innerhalb zivilgesellschaftlicher und religiöser Organisationen auf Unzufriedenheit.

Aceh, Indonesiens westlichste Provinz, erregt seit 2004 regelmäßig nationales und internationales Interesse. Aceh gilt zum einen als Vorzeigemodell eines erfolgreichen Friedensprozesses, der nach fast 30 Jahren secessionistischem Kampf und, katalysiert durch den Tsunami am 26.12.2004, mit der Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding* (MoU) zwischen der Bewegung Freies Aceh (GAM, *Gerakan Aceh Merdeka*) und der Regierung Indonesiens (RI) seinen Anfang nahm. Seitdem befindet sich Aceh auf dem Weg in eine ungewisse Zukunft. Der Kampf um Einfluss zwischen konkurrierenden politischen und religiösen Interessengruppen nach der Beendigung des Konflikts und der Einzug massiver finanzieller Ressourcen und ideologischer Normensysteme durch Hilfsprogramme meist westlicher Organisationen nach dem Tsunami stärkt die Verhandlungsposition von konservativen religiösen Gruppen und Institutionen, deren Rückhalt in der Bevölkerung momentan stetig wächst. Aceh erregte nicht nur in der christlich-westlichen Welt, sondern auch innerhalb Indonesiens in letzter Zeit vermehrt negative Schlagzeilen, in der die Angst einer zunehmenden „Islamisierung“ Acechs kommuniziert wird. Am 14.9.2009 zum Beispiel, zwei Wochen vor der Neubesetzung des Provinzparlamentes, wurde ein Gesetzesentwurf bezüglich islamischen Strafrechts (*jinayat*) vom damaligen Provinzparlament verabschiedet, in dem die Todesstrafe durch Steinigung bei Ehebruch beschlossen



Schülerinnen in einer Moschee in Aceh

Foto: Marianne Klute

wurde. Der amtierende Gouverneur Irwandi Yusuf hat die Unterzeichnung dieses Gesetzesentwurfes jedoch verweigert und versucht das Gesetz als unbedeutendes Papier abzutun. Damit ist der Gesetzesentwurf jedoch noch nicht vom Tisch.

Scharia in Aceh - Die Suche nach politischen und sozio-kulturellen Referenzrahmen

Acehische Identität ist eng mit islamischem Glauben verknüpft. Andere Aspekte, wie Acehs starker Ethno-Nationalismus, der aufgrund der ökonomischen Ausbeutung durch Indonesien und der Militarisierung von Acehs Unabhängigkeitskampf starken Aufwind erfuhr, spielten in Acehs Vergangenheit eine durchaus wichtigere Rolle als Religion. Im secessionistischen Kampf der GAM ging es nie um die Errichtung eines Gottesstaates, geschweige denn ist eine vollständige (*secara kaffah*) Einführung der Scharia Teil des MoU gewesen.



Rani und Erny -Frauen aus Aceh

Foto: Monika Schlicher

Die Einführung und Durchsetzung der Scharia in Aceh seit 2001 ist hauptsächlich Ergebnis einer Wechselwirkung zwischen politischen und religiösen Autoritäten der nationalen und acehischen Eliten, zivil-gesellschaftlichen und religiösen Institutionen und westlichen Organisationen, die nach dem Tsunami nach Aceh kamen. Der Erfolg in der Implementierung von islamischem Recht basiert zum einen auf der Empfänglichkeit einiger Teile der acehischen Bevölkerung. Große Teile der acehischen Gesellschaft haben vor dem Hintergrund von fast 30 Jahren Krieg, in dem Rechtsstaatlichkeit so gut wie nicht existent war, jegliches Vertrauen in den Nationalstaat verloren. Weiterhin fühlen sich viele von der rasanten Öffnung der zuvor isolierten Provinz nach dem Tsunami und dem MoU überrannt. Auf der Suche nach Moralsystemen, Handlungsrahmen und Rechtsstaatlichkeit scheint das Angebot eines islamischen Rechtssystems eine annehmbare Lösung, die ihren Wünschen nach einem gerechten und sicheren

Aceh zumindest ein Stück weit Erfüllung versprechen. Zum anderen sind sich einige Verantwortliche in Führungspositionen der Auswirkungen ihrer Entscheidungen schlichtweg nicht bewusst. In diesem Zusammenhang wird oft zynischerweise von einem „Labor Aceh“ gesprochen. Viele Regierungsmitglieder, Richter und Abgeordnete bekleiden zum ersten Mal ein Amt, und ihnen und ihren Beratern mangelt es oft an spezifischer Ausbildung und Erfahrung.

Im Zuge der allgemeinen Dezentralisierungspolitik Indonesiens seit 1999 wurde den Provinzen mehr Verfügungsgewalt im Bereich des Zivilrechts und der Verwaltung gegeben. Aceh erhielt eine darüber hinaus reichende Autonomie im Bereich des Strafrechts. In Folge dessen konnte die rechtliche Grundlage der Einführung der Scharia ab 1999 mit der Verabschiedung einer Reihe von Gesetzespaketen gelegt werden. Seit 2001 werden auf dem islamischen Recht basierende lokale Gesetze (*Qanun*; Plural *Qawanin*) erlassen, die die Institutionalisierung der Scharia festlegen. Seitdem sind ein Provinzministerium für Scharia-Angelegenheiten, Scharia-Gerichte, die Beratende Versammlung der Ulama (MPU), sowie eine Scharia Polizei installiert worden. Gesetze wurden erlassen, die zusätzlich zum nationalen Strafrecht weitere Straftatbestände definieren. In der Hauptsache betreffen diese Alkoholkonsum, Glücksspiel, Nicht-Einhaltung islamischer Pflichten und unmoralisches Verhalten zwischen Nicht-Verheirateten verschiedenen Geschlechts.

Bei der Analyse der Gründe für die Einführung der Scharia in Aceh wird oftmals die These vertreten, dass die Scharia ein ungewolltes Geschenk Jakartas an Aceh gewesen wäre. „Aceh wollte Unabhängigkeit, Indonesien gab die Scharia“ (Dr. Hasballah, ehemaliger Minister für Menschenrechte unter Präsident Wahid, Interview 23. 2. 2010). Die Rolle, die Acehs politischen und religiösen Eliten und der Zivilgesellschaft bei der oben genannten Argumentation zugewiesen wird, erscheint mir jedoch zu passiv. Die Einführung islamischen Rechts mag anfangs wohl nicht intendiert gewesen sein, wurde dann aber schnell und rigide umgesetzt. Nachdem 1999 die ersten Regelungen auf Provinzebene (*Peraturan Daerah*) erlassen waren, gab es zum Beispiel Razzien, bei denen Frauen aufgrund der Beschuldigung, nicht züchtig gekleidet zu sein, öffentlich die Hosen zerschlitzt und die Haare abgeschnitten wurden. Die inhaltliche Ausrichtung und Durchsetzung der *Qawanin* wurde in Aceh durch acehische Autoritäten festgelegt und von großen Teilen der Bevölkerung mitgetragen oder sogar eigenmächtig durchgesetzt.

Im Jahre 2005, also kurz nach der „Invasion fremder“ Hilfsorganisationen im Zuge der Tsunami-Katastrophe, kam es zu ersten öffentlichen Auspeitschungen. Die Zahl von Auspeitschungen nahm seit 2007 wieder kontinuierlich ab, was mit mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz, schlechtem internationalen Ruf und fehlendem Budget erklärt wird. Diese plakative Art der Bestrafung ist auch vor dem Hintergrund massiver Prä-

senz und Einflussnahme von westlichen Hilfsorganisationen zu sehen, deren Arbeit, neben der willkommenen Hilfe, auch als Bedrohung des acehischen Moral-systems empfunden wurde.

Die Art und Weise, WIE die Scharia derzeit umgesetzt wird (nicht, DASS sie umgesetzt wird), stößt bei vielen Teilen der Bevölkerung und innerhalb zivilgesellschaftlicher und religiöser Organisationen auf Unzufriedenheit. Kritische Stimmen, die organisiert, lautstark und öffentlich wirksam ihre Meinungen vertreten, bewegen sich entlang zweier Argumentationslinien. Die einen fordern Sensibilisierung, die anderen Verschärfung. Zivilgesellschaftliche und nichtstaatliche Gruppen, die sich auf eine progressive und humanistische Auslegung des Islam beziehen und meist von westlichen NGOs, nationalstaatlichen Entwicklungsinstitutionen oder der UN gefördert werden, klagen an, dass Teile der Scharia-Gesetze und deren Umsetzung gegen die Menschenrechte verstoßen. Sie fordern die Neuformulierung der Gesetzestexte und eine humane und gerechte Durchsetzung der Scharia. Auf der anderen Seite fordern Mitglieder konservativer Studentenverbände und Zweige fundamentalistischer, die meist von privaten Spenden indonesischer oder arabischer Länder und durch Mitgliedsbeiträge finanziert werden, eine rigidere Durchsetzung der Scharia. Prinzipiell wird von keiner Seite ein auf der Scharia basierendes Rechtssystem öffentlich in Frage gestellt. Kritische Stimmen, die die Sinnhaftigkeit der Einführung der Scharia anzweifeln und somit eine weitestgehende Trennung von Politik und Religion fordern, werden auch von den meisten progressiven zivilgesellschaftlichen Organisationen durch Ausgrenzung und Diffamierung mundtot gemacht.

Steinigungsgesetz – Politischer Schachzug

Obwohl Inhalte und die Art und Weise der Durchsetzung der Scharia in Aceh von vielen Seiten kritisiert werden, beinhaltet der neue Gesetzesentwurf zum islamischen Strafrecht *Qanun Jinayat* eine härtere Bestrafung von Vergehen (z.B. Steinigung bei Ehebruch), eine Ausweitung von Straftatbeständen (z.B. Ehebruch, falsche Anschuldigung, Homosexualität und Vergewaltigung außerhalb der Ehe) und die Gültigkeit islamischen Rechts auch für Nicht-Muslime in Aceh.

Die Initiative zur Erweiterung des *Qanun Jinayat* und speziell der Einführung von Steinigung ist unter anderem auf den Einfluss von konservativ-islamischen Beratern der Legislative zurückzuführen. Der Gesetzesentwurf wurde in den letzten Jahren schon mehrmals in Gremien und Ausschüssen diskutiert, revidiert und umgeschrieben. VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden nur sporadisch eingeladen und hatten wenig Einfluss auf die Inhalte. (Interview mit Khairani Arifin, 13.2.2009) Im Gegensatz zu Diskussionen über Handamputation, die 2005 geführt

und wieder fallengelassen wurden, erhielt dieses Mal der Vorschlag der Verschärfung des Strafmaßes in Form der Todesstrafe durch Steinigung Einzug in den Gesetzesentwurf. Bei einem Experten-Treffen am 9.10.2009, also kurz vor der Verabschiedung des *Qanun Jinayat* am 14.9.2009, an dem Mitglieder des zuständigen speziellen Komitees der Legislative, Universitätsprofessoren, religiöse Autoritäten und muslimische Intellektuelle teilnahmen, wurde deutlich, dass es keinen Konsens für die Einführung der Todesstrafe durch Steinigung gibt, sondern dass es noch einige Probleme vor einer eventuellen Umsetzung gebe, die von der Legislative vorbereitet werden müssten. (Salim 2009:15) Kurz darauf wurde der *Qanun* dennoch verabschiedet. Parlamentsmitglieder der konservativen islamischen Partei PKS waren die vehementesten Befürworter, aber nicht die einzigen Unterstützer des Gesetzesentwurfs.



Moschee in Banda Aceh nach dem Tsunami

Foto: Marianne Klute

Die Verabschiedung des *Qanun Jinayat* ist dementsprechend hauptsächlich als politischer Schachzug zu deuten, mit dem das scheidende Provinzparlament noch ein letztes Mal seine Autorität beweisen und dem Gouverneur Irwandi Yusuf ein „Abschiedsgeschenk“ bereiten wollte. Es ist weniger der Versuch, islamisches Recht in Übereinstimmung mit führenden religiösen Autoritäten zu implementieren, wie es durchaus in vorherigen Gesetzesentwürfen und Verabschiedungen der Fall war. Der Konsens zwischen politischen und religiösen Autoritäten ist eine Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Implementierung von islamischen Gesetzen, weil diese über staatliche und religiöse Institutionen vollzogen wird.

Irwandi Yusuf, der amtierende Gouverneur, lehnt die Einführung der Steinigung vehement ab und verweigerte den *Qanun* zu unterschreiben. Seiner Meinung nach ist durch den *Qanun Jinayat* die eigentliche Idee der Scharia verfehlt. Es müssten vielmehr gesellschaft-

liche Bedürfnisse und Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut adressiert werden. Außerdem fürchtet er eine negative Wirkung auf ausländische Investitionen. (Vgl. Interview im Magazin Bungöng, November 2009)

Wie ein Gespenst spukt der Gesetzesentwurf nun durch die Gänge von Acehs Regierungsinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie vor allem durch die Medienlandschaft. Internationale und nationale Medien verstärken durch einseitige und unzureichende Berichterstattung das Bild eines islamistischen Aceh. Auf nationaler Ebene ist dies eine schon bekannte Taktik. Dienen doch Destabilisierungskampagnen der Rechtfertigung zum Eingreifen indonesischer Polizei oder militärischer Truppen zur Verhinderung der Ausbreitung des islamischen Terrors. Eine Erhöhung der Präsenz von indonesischen Sicherheitskräften in Aceh führt zwangsläufig zu einer stärkeren Bezugnahme auf die besondere „acehisch-islamische“ Identität.

Der Diskurs um die Verabschiedung des *Qanun Jinayat* zeigt deutlich, dass politischer Islam als eine Strategie innerhalb des Kampfes um Macht und Einfluss in Acehs politischem und sozio-kulturellem Transformationsprozess eine wichtige Rolle spielt. Politische, religiöse und traditionelle Autoritäten kämpfen um die Durchsetzung IHRER Konzepte eines neuen Acehs, wobei die Bezugnahme auf Religion als argumentativer Totschläger und somit als Freifahrtschein dienen kann, um persönliche oder klientelistische Interessen durchzusetzen.

Ausblick

In dem Bestreben, konservative und fundamentalistische Kräfte in Aceh einzudämmen, wird viel Hoffnung auf die nicht-religiöse Partei Aceh gesetzt. Die Partei Aceh setzt sich fast ausschließlich aus Mitgliedern der KPA (*Komite Transisi Aceh*), der offiziellen Nachfolgeorganisation der ehemaligen GAM, zusammen und erhielt in der letzten Parlamentswahl 48% der Stimmen und dementsprechend 33 von 69 Sitzen im Provinzparlament. Der Gesetzesentwurf zum *Qanun Jinayat* muss

vom derzeitigen Parlament neu diskutiert werden, und vielfach geäußelter Hoffnung nach zu urteilen wird der Gesetzesentwurf in der Schublade verschwinden. Damit stünde die Einführung der Todesstrafe durch Steinigung, zumindest für diese Legislaturperiode (2009-2014), nicht mehr zur Diskussion.

Zudem verlieren derzeit religiöse Institutionen, wie zum Beispiel der MPU, an Einfluss. Diese wurden in den Anfangsjahren nach der Einführung der Scharia durch die indonesische Zentralregierung gestärkt, weil sie sich als Gegengewicht zur ehemaligen GAM etablieren sollten. Diese Strategie ist seit dem MoU und der Übernahme der acehischen Legislative durch die Partei Aceh hinfällig. Die Bedeutung des MPU nimmt durch interne Schwäche und der Etablierung von anderen informellen Ulama Organisationen ab. Auch bezüglich der Scharia-Gerichtshöfe ist die Tendenz zu beobachten, dass die Zahl der Rechtsprechungen an religiösen Gerichten über die letzten Jahre abnimmt, weil Rechtsstreitigkeiten öfter innerhalb anderer Rechtssysteme, wie dem nationalen Recht oder dem traditionellen (*adat*)- Recht ausgetragen werden.

Nichtsdestotrotz hat die schon seit 10 Jahren rigide formelle und informelle Durchsetzung islamischen Strafrechts Wirkung erzielt. Öffentlicher Raum zur kritischen Diskussion der Scharia ist nicht vorhanden, Gesetzesüberschreitungen werden durch die Scharia-Polizei und vigilante Gruppen verfolgt und teilweise unrechtmäßig geahndet. Im Vergleich zu Zeiten während des Konflikts sei die Situation jedoch wesentlich entspannter, so die allgemeine Auffassung. Die Angst und Unsicherheit des früheren Kriegsalltags ist, zumindest in der Hauptstadt Banda Aceh, verschwunden. Die Vielzahl neu eröffneter und sehr gut besuchter Kaffeehäuser, in denen sich seit 2005 auch vereinzelt Frauen treffen, ist ein Beispiel des Entstehens neuer Freiräume. *Facebook* und Mobiltelefone werden zunehmend fester Bestandteil der Kommunikation, des Austauschs und der Vernetzung. Diese neuen Medien bieten einen Ausweg, um den restriktiven Kontrollen, denen der zwischengeschlechtliche Umgang unterworfen ist, zumindest virtuell zu entgehen. <>

Literatur zum Weiterlesen:

Salim A. (2009): *Politics, Criminal Justice and Islamisation in Aceh. Islam, Syari'ah and Governance. Background Paper Series.* Melbourne: University of Melbourne
<http://www.lindseyfederation.law.unimelb.edu.au>

Recht und Gewalt

Interview mit Mitarbeitern von LP3BH

Die Rechtshilfeorganisation LP3BH in West-Papua, engagiert sich für die Grundrechte der indigenen Bevölkerung. Marianne Klute sprach in Manokwari mit Yan Christian Warinussy und seinen MitarbeiterInnen A, S und Y. über die alltägliche Arbeit von LP3BH.

Watch Indonesia!: Was sind die Aufgaben von LP3BH?

Yan Christian Warinussy: LP3BH (Institut für Forschung, Analyse und Entwicklung von Rechtshilfe – *Lembaga Penelitian, Pengkajian dan Pengembangan Bantuan Hukum*) leistet Rechtshilfe. Wir informieren die Bevölkerung über ihre Rechte und setzen uns auf der politischen Ebene dafür ein, dass diese respektiert werden. Neben *Advocacy* und *Lobbying* konzentriert sich LP3BH auf Ermittlungen in Fällen von Rechtsbruch und Menschenrechtsverletzungen. Aber wir bringen uns auch in Bildungsarbeit zu Recht und traditionellem Recht ein.

Was sind aktuelle Rechtsprobleme oder Schwerpunkte?

YCW: So gut wie alle Fälle, in die wir derzeit involviert sind, haben mit der Ausbeutung der Naturressourcen zu tun, und diese geht so gut wie immer mit der Verletzung von Gesetz und Menschenrechten einher. Ja, umgekehrt kann man sagen, dass in Papua zurzeit alle Fälle von Menschenrechtsverletzungen im Umfeld von Holzeinschlag, Plantagen und Bergbau stattfinden.

Trifft dies auch für Manokwari zu?

YCW: Das größte Problem derzeit in Manokwari ist Palmöl und die damit verbundene Landnahme, welche die Indigenenrechte und das Recht auf Nahrung verletzt. Das sind nicht nur Einzelfälle, sondern sehr viele. Daher befassen wir uns in Manokwari hauptsächlich mit dem komplexen Thema der Landrechte.

S: Manokwari wirbt heftig um Investoren, und sie kommen. Die meisten unserer Fälle stehen daher in engem Zusammenhang mit ungeklärten Landnutzungsrechten.

Y: Auf politischer Ebene kommt es dabei zu Konflikten zwischen unterschiedlichen Interessen. Der Bupati (Distriktvorsteher) setzt voll auf die Expansion, wäh-



Die Wahrheit stirbt nie.

Mitarbeiter von LP3BH mit Munir-T-Shirt

Foto: Marianne Klute

rend der Gouverneur zwar für die wirtschaftliche Entwicklung ist, gleichzeitig aber die Expansion von Palmöl beschränken will.

YCW: Die indonesische Regierung spielt dabei eine wichtige Rolle. Sie vergibt Land an die Investoren, ohne dass die Bevölkerung informiert, geschweige denn beteiligt wird. Hier wird dauernd das Prinzip des *Free,*

Prior and Informed Consent gebrochen. Außerdem kommt es in Zusammenhang mit der Vergabe von Landnutzungsrechten zu Betrug.

Sie sprechen die geplante 45.000 Hektar Ölpalm-plantage von Medco Energy an? 6.000 Hektar hat Medco bereits gekauft, über die nächsten 20.000 Hektar wird derzeit verhandelt.

A: Um die Medco-Plantage gibt es viele Probleme, nicht nur Verletzung der traditionellen und der Indigenenrechte. Es gibt auch Konflikte mit den Transmigranten. Einer unserer Fälle betrifft die Transmigrantensiedlung SP6 innerhalb der geplanten Plantage. Da geschieht derzeit Landraub. Oder wenn die indigene Bevölkerung letztendlich zustimmt, ist die Kompensation für das Land zu gering oder fehlt ganz.



Dorfvorsteher der Arfak-Papua im Kahlschlaggebiet für die Medco-Plantage

Foto: Rita Sastrawan

Y: LP3BH ist sehr besorgt, dass die Palmölinteressen durchgesetzt werden können. Die alte Generation ist im Allgemeinen vorsichtig, doch die Jüngeren lassen sich nach anfänglichem Zögern überreden.

S: Mehrheitlich lehnt die indigene Bevölkerung die Landnahme und den Kahlschlag für die Plantage ab. Sie will, dass die Entscheidung zurückgenommen wird. Doch nur in manchen Orten sagt die Bevölkerung offen „Nein“, aber auch dort kann sie die ablehnende Haltung nicht durchhalten. Die Investoren kommen mit Regierungsvertretern und „überreden“ einige Leute. Dann gibt es neue Konflikte zwischen denjenigen, die sich Hoffnungen machen, und denen, die die Mega-plantage von Medco ablehnen.

Wie äußern sich diese Konflikte? Kommt es zu Gewalt gegen Einrichtungen des Staates, der Wirtschaft oder ist es eher Gewalt innerhalb der Gemeinden?

YCW: Wie gefährlich Gewalt gegen vitale Interessen des Staates sein kann, zeigt das international bekannte Beispiel des Falles Wasior aus dem Jahr 2001. Als damals die Bevölkerung zu Gewalt griff, interpretierte die Regierung dies als Tat von Separatisten. Der Fall Wasior ist bis heute ungelöst; unsere Eingaben bei der Menschenrechtskommission KomnasHAM und der Prozess vor dem Menschenrechtsgerichtshof blieben ohne Ergebnisse.

In Wasior haben Papua eine Polizeistation überfallen und Polizisten getötet, worauf die Sicherheitskräfte mit massiver Gewalt geantwortet hat. Vermutlich hat LP3BH in den meisten Fällen jedoch mit horizontaler Gewalt zu tun?

S: Wir haben sehr oft mit Fällen von Gewaltausbrüchen auf horizontaler Ebene zu tun. Wir sehen, dass die unsichere politische Situation dazu führt, dass die Menschen gewalttätig werden. Alle paar Tage ändert sich die Politik und damit die wirtschaftliche Lage der Menschen. Das macht sie gereizt und unsicher.

Y: Auch häusliche Gewalt ist sehr häufig. Bei der einfachen Bevölkerung ist oft die schwierige ökonomische Situation ein Grund, dass die Männer zu Gewalt greifen. Gewalt ist daher eine Begleiterscheinung von Armut. Andererseits ist häusliche Gewalt ein Phänomen, das in allen Schichten auftritt, nicht nur bei den Menschen, die wirtschaftliche Sorgen haben, sondern auch in reichen Familien, bei Beamten und Politikern.

Welche Rolle spielt tradiertes Verhalten?

Y: Ein der Ursachen für häusliche Gewalt ist das Adat, denn die Tradition benachteiligt Frauen. Zum Beispiel haben sie in vielen Gemeinschaften keinen Zugang zu Geld. Wenn sie Geld brauchen oder über eigenes Geld verfügen, kommt es zu familiären Spannungen, mit denen die Männer nicht umgehen können. Ein weiterer Grund für Gewalt ist Eifersucht und das sexuelle Verhalten der Männer. Auch Alkoholisierung spielt eine Rolle.

Befasst sich LP3BH auch mit Fällen häuslicher Gewalt?

Y: Ja, LP3BH hat bereits 26 Fälle von häuslicher Gewalt in Manokwari vor Gericht gebracht.

YCW: Ob es sich um Menschenrechtsverletzungen wie im Fall Wasior oder um horizontale Gewalt handelt: Wir sind der Überzeugung, dass das Recht die Basis des Staatswesens sein muss, *justice has to take lead*. Bisher jedoch sieht es so aus, dass die Justiz ein Instrument der Machthaber ist, wie der aktuelle Fall *cicak versus buaya* zeigt. (siehe dazu: Flor, Alex: „Sex, Lies and Audios“ in diesem Heft auf Seite 3)

A: Methoden der Instrumentalisierung sind zum Beispiel scheinbar spontane, bezahlte Demonstrationen, Bedrohungen, Telefonterror und dergleichen. Gezielt gesteuert. Solche Methoden gehören nicht in eine Demokratie.

Welche Chance geben Sie der Demokratie in Papua?

S: In Papua findet ein Wettbewerb der Wirtschaftsinteressen statt, ein Machtkampf von Parteien und Militär, der in Papua ausgetragen wird. Zugeständnisse wie die Quoten für Sitze im Nationalparlament werden von Jakarta genutzt, indem man sagt: okay, ihr sitzt schon im Parlament, was wollt ihr noch?

A: Das Militär sichert die Wirtschaftsinteressen. In Manokwari wird eine neue militärische Kommandostelle eingerichtet. LP3BH protestiert strikt dagegen. Aus diesem Grund werden wir bedroht, uns wird der Strom abgestellt, wir haben keinen Zugang zum Internet und überall sind Spitzel.

Eine neue militärische Kommandostelle allein für den Schutz der Holz- und Palmölgeschäfte? Geht es um auch um die Kohlevorkommen?

S: Manokwari wird zum Kampfplatz von Bakrie und Prabowo um Land und Kohle.

Internationale Investoren könnten einen Gegenpol zu einer Machtpolitik werden, die in Papua ausgetragen wird?

Y: Internationale Investoren spielen eine große Rolle. Wir fordern, dass sie Umweltbelange berücksichtigen, den Schutz der Indigenen und die mit Palmöl und REDD - Projekten verbundenen Probleme. Denn Papua hat für das Weltklima und den Waldschutz globale Bedeutung.

A: REDD (*Reduced Emissions from Deforestation and Degradation*, Modell der Weltbank zur Finanzierung von Projekten zum Erhalt des Waldes) ist bereits ein Riesenproblem in Manokwari, obwohl es noch kein Projekt gibt. Verschiedene Verträge sind bereits unterschrieben, aber niemand weiß, um welchen Wald es sich handelt.

Y: Die Grundlagen fehlen, es gibt keine rechtlich gültige Definition von „Indigenen“. Auch im Entwurf des neuen Forstgesetzes, das relevant für REDD-Verträge wird, sind nirgendwo Indigene erwähnt. Das Forstministerium spricht in diesem Zusammenhang von *masyarakat hukum adat* (die Bevölkerung, deren Rechtssystem auf dem Adat beruht). Das greift aber nicht, es geht beim Adat ja nicht nur um Recht und Gesetz, sondern in erster Linie um Kulturelles.

Auch wenn die Sonderautonomie als gescheitert bezeichnet wird, bietet sie nicht doch Möglichkeiten, die Interessen der Indigenen zu schützen?

Den Erhalt der Kultur und Beteiligung an der wirtschaftlichen Entwicklung?

A: Mit der Sonderautonomie hätte Papua die Möglichkeit gehabt, für Verbesserungen zu sorgen. Dies ist nicht geschehen. Seit den acht Jahren der Sonderautonomie hat sich für die Bevölkerung nichts verändert. Papua bekommen noch nicht einmal eine Genehmigung für den Betrieb einer Werkstatt.

S: Gute Ideen wie landwirtschaftliche Kooperativen oder eigene Stromversorgung im Dorf, z.B. mit Palmöl, sind sogar gefährlich, da auch sie den Stempel „separatistisch“ bekommen.



„Der Papua-Konflikt kann nur durch Dialog gelöst werden.“

Foto: JASOIL

Umso wichtiger ist die Arbeit von LP3BH. Aber reicht die Unterstützung durch NGOs? Reicht Rechtshilfe?

S: Das reicht nicht. Es muss Alternativen geben. Die Bevölkerung muss auf ihre sich verändernde politische und wirtschaftliche Rolle vorbereitet werden, auch mit neuer Technologie. Wir suchen einen Durchbruch. Das würde auch der Regierung helfen.

YCW: Unser großes Problem ist die mangelnde Infrastruktur in Manokwari, mit sehr begrenztem Zugang zu Telefon und Internet. Die weiten Entfernungen und der schwierige Transport machen unsere Arbeit nicht leicht. Das kostet viel Geld, und daran fehlt es uns. <>

(1) Aburizal Bakrie war im vorherigen Kabinett Koordinierender Sozialminister und ist jetzt Vorsitzender der Golkar Partei. Die Bakrie-Gruppe ist eine der führenden Wirtschaftskräfte. Siehe zu Bakrie auch: Klute, Marianne: Die Bakrie Gruppe; In: SUARA 1/2009;

Prabowo Subianto, Gründer der Partei Gerindra, früherer Kopassus-General, ist wirtschaftlich aktiv in den Sektoren Zellstoff, Energie und Kohle. Zu Prabowo Subianto siehe Duile, Timo: Wiedersehen mit dem General; in diesem Heft auf Seite 7

Kein Einzelfall

Selbstorganisierung indonesischer ArbeitsmigrantInnen

von Samia Dinkelaker

SMS Ultah Buat Negeriku

oleh: Mega Vristian

Mbah, uang devisa dariku dan saudara-saudaraku sudah lumayan banyakkan? cukuplah untuk membeli obat gosok buat penyakit encok makanya jangan genit-genit ah usia 64 seharusnya sudah bisa mapan dan menyediakan rumah yang nyaman buat anak cucu, lihat aku dan saudaraku masih diperantauan karenamu ohya jangan menambah hutang lagi ya, mbah kelak masak itu yang kau wariskan pada kami "Selamat ulang tahun, bagaimanapun aku sangat mencintaimu"

„Geburtstags-SMS an mein Land

von Mega Vristian

Großvater, die Devisen von mir und die meiner Geschwister sind doch schon ziemlich hoch, nicht? Genug, um Medizin gegen Rheuma zu kaufen. Daher zier Dich nicht. Mit 64 müsstest Du doch schon genug haben und ein schönes Haus für Deine Enkel gebaut haben, schau, ich und meine Schwestern müssen immer noch Deinetwegen in die Ferne ziehen. Bitte mache nicht noch mehr Schulden, Großvater. Großvater. Denn es sind Schulden, die du uns später vererbst. „Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag, ich habe Dich trotzdem gern.“

ArbeitsmigrantInnen werden in der indonesischen Öffentlichkeit stark wahrgenommen, meist jedoch als Opfer von Gewalt und Betrug. Welche Ansätze der Selbstorganisierung gibt es? Unter welchen Bedingungen organisieren sich die ArbeiterInnen? Und wie versuchen sie, ihre Situation zu verbessern?

Die nationale Behörde zur Vermittlung und zum Schutz indonesischer Arbeitsmigranten (*Badan Nasional Perlindungan dan Penempatan Tenaga Kerja Indonesia*, BNP2TKI) wirbt mit ‚der Natur‘ indonesischer ArbeiterInnen als ‚fügsam‘, ‚gehorsam‘, ‚motiviert‘, ‚kooperativ‘ und ‚diszipliniert‘, um mit anderen Entsendestaaten wie den Philippinen zu konkurrieren. Dabei werden zum Großteil Frauen rekrutiert, um im Nahen Osten, Südost- und Ostasien zu arbeiten. Das erinnert an die exportorientierte Entwicklungsstrategie der Neuen Ordnung, bevorzugt Frauen in Textilfabriken und anderen arbeitsintensiven Sektoren zu beschäftigen. Fabrikarbeiterinnen treten in der offiziellen Genderideologie als Zuverdienerinnen

(*pencari nafkah tambahan*) auf. Als Zuverdienerinnen brauchten sie keinen anständigen Lohn, so die Argumentation, die die Beschäftigung der unterbezahlten Arbeiterinnen legitimieren soll. Heute arbeiten indonesische Billiglohnarbeiterinnen auch in Haushalten im Nahen Osten, Malaysia, Singapur, Taiwan, Hong Kong und Süd-Korea. Seit den 1980er Jahren bewirbt die indonesische Regierung aktiv die Emigration indonesischer HausarbeiterInnen in Konkurrenz mit anderen Entsendestaaten. Hausarbeiterinnen aus Indonesien, den Philippinen, Vietnam und vielen anderen Ländern tragen dazu bei, dass sowohl die Gesellschaften, in denen sie arbeiten, als auch die, die sie für eine Zeit lang verlassen, „funktionieren“ können. Denn Haus-

und Pflegearbeit – Arbeit, die notwendig ist, damit Gesellschaften überleben – wird in den Zielländern zunehmend an MigrantInnen abgegeben. Gleichzeitig sichern die Rücküberweisungen das Überleben der Angehörigen in ihren Herkunftsorten.

So war die Entsendung von ArbeitsmigrantInnen zunächst eine Strategie zur Reduzierung der hohen Arbeitslosigkeit. Nur wer als arbeitslos gemeldet war, durfte über den formalen Weg ins Ausland migrieren (Kep. 02/Men/1987). Die Arbeitsmigration stellt heute aber nicht nur eine Strategie für einzelne Familien dar, ihr Überleben zu sichern, sondern sie ist Teil der makroökonomischen Politik der Regierung. Internationale Finanzinstitutionen oder auch internationale Foren wie das *Global Forum on Migration and Development* haben in den letzten Jahren Arbeitsmigration als „Entwicklungsstrategie“ entdeckt. Armen Ländern wird empfohlen, ArbeiterInnen zu entsenden, um Devisen zu mobilisieren. In der Migrationspolitik Indonesiens spiegelt sich diese Strategie vereinfacht gesagt folgendermaßen wieder: So viele Migrantinnen wie möglich entsenden und dabei so wenig Rechte und Schutz wie möglich gewährleisten.

Nach Ende des Reform- und Anpassungsprogramms, das Teil der Auflagen des IWFs für die Finanzhilfen in der Asienkrise war, berät der IWF die indonesische Regierung weiterhin im Rahmen des „*Post Program Monitoring*“. In dem Monitoringprogramm spielt die Entsendung von Arbeitskräften eine wichtige Rolle, um der indonesischen Regierung die Devisenbeschaffung zu erleichtern. Die Gläubiger der Regierung riefen dazu auf, die Gesetzgebung zur Vermittlung und zum Schutz von ArbeitsmigrantInnen zu revidieren, um Investitionen in die Vermittlung von Arbeitskräften zu erleichtern. Entsprechend sieht der Präsidialerlass Inpres 3/2006 zur Verbesserung des Investitionsklimas vor, dass die Errichtung von Vermittlungsagenturen erleichtert, die Entsendung von Arbeitskräften verdoppelt und in die Entsendung von *skilled labour* in die Pflege-, Medizin- und Bausektoren sowie in den Hotelbereich investiert werden soll. Im Jahr 2006 kündigte der damalige Minister für Arbeit und Transmigration Erman Soeparno an, bis zum Jahr 2009 Rücküberweisungen von etwa 168 Milliarden Rupiah (etwa 15,14 Milliarden Euro) pro Jahr zu erzielen (Susilo 2006). Verglichen mit den offiziellen Zahlen von 3 Milliarden US-Dollar für das Jahr 2005 (Hugo 2007) sind das ambitionierte Ziele. Es bedeutet, so viele Arbeitskräfte wie möglich zu mobilisieren. Die Rücküberweisungen der ArbeiterInnen stellen bereits die größte Deviseneinnahmequelle nach den Erdöl- und -gaseinnahmen dar (Economic & Business 03.11.09).

“obedient, docile, loyal, hard work, well-motivated, cooperative and high discipline“

Bedingungen für Organisationsprozesse

Über die Situation von ArbeitsmigrantInnen und die Ausbeutung, die sie erfahren, kann man fast jeden Tag in den indonesischen Zeitungen lesen. Manche Formen der Ausbeutung bleiben in den überwiegenden Berichten von körperlicher Gewalt allerdings unsichtbar. Hausarbeit, Versorgungsarbeit, Betreuung und Pflege ist stark von vergeschlechtlichten und ethnisierten Rollenbildern geprägt. Die Arbeit im direkten Kontakt mit Menschen ist emotionale Arbeit und bedeutet einen hohen Aufwand, der bei der Beschreibung dieser Tätigkeiten oftmals unsichtbar bleibt. Haus- und Pflegearbeit wird weder in Indonesien noch in den Zielländern als ‚echte Arbeit‘ begriffen, womit die Abwertung dieser Arbeiten und entsprechend niedrige Löhne gerechtfertigt werden sowie Arbeitsrechte nicht gewährleistet werden. Die Bezeichnung indonesischer Arbeitsmigrantinnen als *Tenaga Kerja Wanita* (TKW, „weibliche Arbeitskräfte“) durch Regierungsstellen wie durch die Medien anstelle der Bezeichnung *Buruh Migran Indonesia* (BMI, „migrantische ArbeiterInnen aus Indonesien“) ist für die Abwertung dieser Tätigkeiten bezeichnend. Die Nutzung

des Begriffs *Tenaga Kerja* („Arbeitskraft“) stellte bereits während der Suharto-Diktatur eine De-Politisierung des Begriffs *buruh* dar. *Buruh* steht für ArbeiterIn und hat Tradition in der ArbeiterInnenbewegung. Die Einforderung des Begriffs *buruh* stellt also auch ein Einfordern der Anerkennung von Haus-, Pflege- und Versorgungsarbeit als Arbeit dar. Die Abwertung dieser Arbeit ist offensichtlich gesellschaftlich sehr verfestigt, so ist „es genauso schwer, die Bezeichnung BMI populär zu machen und in der Öffentlichkeit durchzusetzen, wie der Unterbezahlung Widerstand zu leisten“, wie Mega Vristian schreibt (09.08.2008). Die Gesetze, die ArbeitsmigrantInnen betreffen, fallen dementsprechend auch nicht unter das Arbeitsrecht, was bedeutet, dass etwa das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren, nicht gewährleistet ist. Auch werden die MigrantInnen nicht als ArbeiterInnen wahrgenommen, wenn sie als Opfer von „Menschenhandel“ (*Trafficking*) verhandelt werden, so wie es häufig in der Medienberichterstattung geschieht. Verletzungen der Arbeitsrechte fallen bei der Konzentration auf Fälle von *Trafficking* unter den Tisch. Die Problemdeutung als Problem von Menschenhandel dominiert auch die Interpretation vieler NGOs und der größten internationalen Organisation im Migrationsbereich *International Organisation for Migration*. Das macht nicht zuletzt die Fallarbeit bei arbeitsrechtlichen Fragen schwierig. Fälle von Misshandlungen durch die ArbeitgeberInnen, Betrugsfälle durch Rekrutierungsagenturen und *Trafficking* sind gut dokumentiert und dominieren die Medien in Indonesien, wenn es um ‚TKW‘ geht. Es geht dabei allerdings

häufig um individualisierte Einzelfälle. Der prominenteste Fall in den Medien im Jahr 2009 war der Fall Siti Hajars, die in Malaysia von ihrer Arbeitgeberin miss-handelt wurde.(1) Auch hier ging es nicht um arbeitsrechtliche Fragen. Die rückgekehrten ‚Heldinnen der Devisen‘, wie indonesische Haus- und Pflegerarbeiterinnen etikettiert werden, nehmen sich selbst dabei häufig auch nicht als ArbeiterInnen wahr. Oder mit anderen Worten: es gibt kein Klassenbewusstsein.



Herr Präsident, wann wird die Konvention über MigrantInnen von 1990 ratifiziert???

Foto: Samia Dinkelaker

Selbstorganisationsprozesse finden bisher nur auf der lokalen Ebene und relativ vereinzelt statt. Eine gewisse Vorbildfunktion für solche Prozesse nimmt die Bewegung migrantischer HausarbeiterInnen in Hong Kong ein, wo sich HausarbeiterInnen gewerkschaftlich organisieren können (2), zu Tausenden auf der Straße demonstrieren wie zum Beispiel bei den WTO-Protes-

ten im Jahr 2006 und wo Organisationen von ArbeitsmigrantInnen ihre Rechte einfordern. Bei diesen Protesten nahmen sie Themen auf, die über die eigenen Arbeitskämpfe hinausgehen, wie globale Gerechtigkeit und neoliberale Globalisierung. Seit den 1990ern protestieren organisierte HausarbeiterInnen in Hong Kong gegen Lohnkürzungen, die Abschaffung des Mutter-schutzes oder ein Verbot für MigrantInnen, Auto zu fahren. Die beiden größten Organisationen indonesischer HausarbeiterInnen sind die *Indonesian Migrant Workers Union* (IMWU) und die *Coalition of Indonesian Migrant Workers Organisation* (KOTKIHO). Nicht nur im asiatischen Kontext, auch global gesehen stellen die organisierten migrantischen Hausarbeiterinnen in Hong Kong eine Ausnahme dar.

Ein Großteil der sieben Millionen im Ausland arbeitenden IndonesierInnen kommt vom Land, wo Verarmung und Arbeitslosigkeit stark zugenommen haben und Menschen sich nicht weiter subsistent versorgen können. Ins Ausland zu gehen und in Haus-halten als Kinderbetreuerinnen oder Haus- und Pflegerarbeiterin zu arbeiten, stellt insbesondere für viele Frauen eine Alternative dar. Die Auswirkungen der Arbeitsmigration auf gesellschaftliche Verhältnisse sind deutlich zu spüren: Grundstückspreise steigen an, Vermittlungs-agenturen sprießen aus dem Boden kleinerer Städte auf dem Land und Mittelsmänner (so genannte *broker*), die in abgelegenen Gegenden zukünftige ArbeiterInnen rekrutieren, erzielen Gewinne im Migrationsgeschäft. Konsumgüter erobern abgelegene Dörfer auf dem Land, und traditionelle Hierarchien der Entscheidungsmacht in Haushalten werden neu verhandelt und führen nicht selten zu Konflikten und Identitätskrisen.

Indonesische ArbeiterInnen, die außerhalb Indonesien beschäftigt sind, fangen die Auswirkungen akuter wirtschaftlicher Krisen auf, die Indonesien und die gesamte Region mehrmals getroffen haben (Komnas Perempuan 2009). Die Rolle, die die Migration für die Gesellschaft einnimmt, spiegelt sich jedoch nicht in der staatlichen Unterstützung der migrantischen ArbeiterInnen wider. So werden die fehlenden Bemühungen der Regierung in Verhandlungen mit den Empfängerländern kritisiert, oder es wird angemerkt, dass Indonesien die internationale Konvention zum Schutz der Wanderarbeiternehmer und ihrer Familien noch nicht ratifiziert hat. Das Gesetz, das im Jahr 2004 nach scharfer Kritik gegenüber der Regierung erlassen wurde und den Schutz der ArbeiterInnen gewährleisten sollte, weist viele Defizite auf. Das UU 39/2004 wird anstelle der Gewährleistung von Rechten dem Paradigma ‚Indonesische ArbeitsmigrantInnen als Ware‘ gerecht, wie es die KritikerInnen auf den Punkt bringen. So wird zum Beispiel die Verantwortung über Vermittlung und Ausbildung an private Vermittlungsagenturen übertragen, denen als Akteure auf dem Migrationsmarkt bisher wenig an der Gewährleistung der Rechte der ArbeiterInnen gelegen ist. (Uwiyono 2004)

Selbstorganisation – das *Migrant Center* in Tulung Agung, Ostjava

Einige NGOs machen Kampagnenarbeit und unterstützen ArbeitsmigrantInnen, indem sie Fälle bei Miss-handlungen, nicht ausgezahltem Lohn oder Ausbeutung und Betrug bearbeiten. In Folge von Massendeportationen illegalisierter ArbeitsmigrantInnen in Malaysia und der in den Auffanglagern in Nunukan, Kalimantan, sich abzeichnenden humanitären Katastrophe im Jahr 2002 gründete sich die Arbeitsgemeinschaft KOPBUMI (*Konsorsium Pembela Buruh Migran Indonesia*, Arbeitsgemeinschaft der VerteidigerInnen indonesischer ArbeitsmigrantInnen), welche die mit der Arbeitsmigration verbundenen gesellschaftlichen Probleme und den fehlenden Schutz des Staates öffentlich machten. Aus diesem Zusammenhang ging auch die Gründung der *Serikat Buruh Migran Indonesia* (Gewerkschaft Indonesischer ArbeitsmigrantInnen) hervor, deren Organisationsansatz jedoch einer von oben ist.

Das *Migrant Center* in Tulung Agung in Ostjava stellt dagegen ein Pilotprojekt dar, um Selbstorganisationsprozesse von zukünftigen und zurückgekehrten ArbeitsmigrantInnen von unten zu initiieren. Tulung Agung ist eine der Regionen Ostjawas, aus der die meisten im Ausland tätigen ArbeiterInnen herkommen. Ausschlaggebend für die Wahl Tulung Agungs für dieses Pilotprojekt war, dass sich hier noch keine politisch einflussreiche Organisation der ArbeiterInnen gebildet hat. Ansätze der Gewerkschaftsbewegung, der Bauernbewegung und von Frauenorganisationen finden hier in einem Trainings- und Informationszentrum Anwendung, das eine Plattform für Begegnung für die ArbeiterInnen und andere Gesellschaftsglieder sein soll. Die Idee ist, dass zurück-gekehrte und zukünftige Arbeitsmigrantinnen ihr Wissen über Migration und Rechte weitergeben, und die Rücküberweisungen für Formen kollektiven Wirtschaftens genutzt werden sollen. Möglichst viele Menschen sollen so von den Rücküberweisungen profitieren, anstatt dass mit ihnen die in die Höhe schießenden Grundstückspreise eines individuell genutzten Landstücks oder Konsumgüter finanziert werden. Mit diesem Ansatz soll eine der Ursachen für die Notwendigkeit der Migration angegangen werden – die Verarmung der Bauern und Bäuerinnen, den Familien der Arbeiterinnen, auf dem Land.

Am Anfang standen viele Fragen im Raum. Wird das *Migrant Center* ein weiteres Projekt sein so wie viele andere, die in einer Zeit entstanden, als Migrations-Projekte bevorzugt von Geldgeberinstitutionen gefördert wurden? Welche Ansätze sind zur Organisation geeignet? Ist diese soziale Gruppe überhaupt organisierbar? Wie kann gewährleistet werden, dass hier tatsächlich Selbstorganisation stattfindet und nicht neue Formen von Repräsentationspolitik durch andere gebildet werden?

Die Initiative des *Migrant Center* in Tulung Agung ging vom Programm 'Advocacy of Indonesian Migrant Workers' des *Network of Volunteers for Humanity* (*Jaringan Relawan Kemanusiaan*, JRK) aus. Keineswegs allerdings werden Organisationsprozesse erst mit dem Ankommen der Organisation aus Jakarta in Gang gesetzt. Das *Migrant Center* wird in erster Linie getragen von zurückgekehrten ArbeitsmigrantInnen, die sich bereits in lokalen kleinen Gruppen zusammengeslossen haben sowie von anderen UnterstützerInnen aus Tulung Agung. Bei den ersten Besuchen von JRK in Tulung Agung fand ein Austausch über die Realitäten von ArbeitsmigrantInnen sowohl in Tulung Agung als auch in den Arbeitsverhältnissen im Ausland statt. Begegnungen mit den zurückgekehrten ArbeiterInnen gaben Einblicke in Kämpfe, die sie all-täglich führen. Sie sprachen zum Beispiel über Aus-handlungen, welche Familienmitglieder die Rücküberweisungen erhalten sollen, nachdem viele Arbeiterinnen die Erfahrung machen, dass ihrer Ehemänner mit dem rücküberwiesenen Geld neue Ehen eingehen, oder über die begrenzten Möglichkeiten des Austauschs mit anderen ArbeiterInnen während der Arbeit im Ausland.

Tulung Agung stellt eine der größten Entsenderegionen Ostjawas dar. Jährlich werden über 22 Mio. Euro nach Tulung Agung überwiesen. Diese Summe übersteigt die meisten Exporteinnahmen und macht etwa 23% des regionalen Bruttoinlandsprodukts aus (FDC 2007). Die Arbeitsmigration aus Tulung Agung geht bereits auf die Kolonialzeit zurück, als Menschen aus Tulung Agung auf den Plantagen in Sumatra arbeiteten. ArbeiterInnen aus Tulung Agung erfahren Ähnliches wie MigrantInnen aus anderen Regionen Indonesiens: Vermittlungsagenturen fordern bis zu sieben Monats-löhne. Zurückgekehrte ArbeiterInnen, die im Rahmen des Organisationsprogramms des *Migrant Centers* in Gruppen ein *Mapping* ihrer Dörfer durchgeführt haben, stellten zum Beispiel fest, dass viele ArbeitgeberInnen in Singapur ihre indonesischen Angestellten zurückschickten mit der Begründung, diese seien psychisch krank. Die Recherche der eigenen Bedingungen ergab auch, dass sie nicht alleine sind, wenn sie die Erfahrung machen, dem starken Druck ausgesetzt zu sein, erfolgreich sein zu müssen und sich im Falle eines ‚gescheiterten‘ Migrationsprojekt, d.h. etwa einer frühzeitigen Rückkehr oder einer Rückkehr ohne Lohn, schämen zu müssen. Weiter berichten viele zurück-gekehrte Arbeiterinnen davon, dass sie alleinerziehend werden und ihre Ehemänner die rückgesendeten Beträge zur Gründung einer neuen Familie nutzen. Tatsächlich haben die Scheidungsraten in Tulung Agung enorm zugenommen und übersteigen 500 Fälle pro Monat. Die meisten derjenigen, die sich für das *Migrant Center* engagieren, leben alleinerziehend.

In vielen Dörfern organisieren sich zurückgekehrte ArbeitsmigrantInnen und bauen Projekte von Kleinproduktion wie z.B. Ziegenzucht auf. Sie wissen,

Ansätze von Selbstorganisation stellen Selbsthilfe zur Problembewältigung dar, ohne dass bisher politische Forderungen aus den bisherigen Erfahrungen der Selbstorganisation hervorgingen. Anspruch des *Migrant Centers* ist, eine Bewegung von ArbeitsmigrantInnen aufzubauen, die politische Subjekte ihrer eigenen Kämpfe sind, die politische Forderungen stellen und Veränderungen bewirken. Die Recherche der eigenen Bedingungen stellt den Ansatzpunkt für die Organisation dar. Durch Befragungen im eigenen Umfeld definieren rückgekehrte und zukünftige ArbeitsmigrantInnen ihre Probleme selbst. Außerdem werden während dieses *Mappings* Kontakte aufgebaut, die für die Aktivitäten des *Migrant Centers* angesprochen werden können. Mit einem alternativen Bildungsprogramm sollen Fähigkeiten in Organisation, Schreiben sowie Wissen über Rechte, über die Migrationsgeschichte Tulung Agung und die Geschichte sozialer Bewegungen sowie die Rolle patriarchaler Gesellschaftsstrukturen vermittelt werden. Nach Paulo Freires Konzept der ‚Pädagogik der Unterdrückten‘ mit dem Ziel zur Selbstermächtigung soll die Weitergabe von Wissen *peer to peer* stattfinden, d.h. dass Lerninhalte von den ArbeiterInnen selbst erarbeitet und an andere weitergegeben werden. Eine Herausforderung stellt ein weiteres Standbein des Programms des *Migrant Centers* dar: Der Aufbau einer kollektiven Produktionsbasis. Durch Ansätze kollektiven Wirtschaftens soll die Abhängigkeit vom Markt sowie vom Migrationszyklus verringert werden. Zurückgegriffen werden kann dabei auf die Erfahrung von Bauern-*communities*, die in Kooperativen für ihre eigene Versorgung produzieren.

Obwohl das Organisationsprogramm des *Migrant Center* noch am Anfang steht, ist es bereits Begegnungsort – so werden dort etwa lokale Radioprogramme gemacht. Ungeschriebenes Ziel ist, dass die Aktivitäten des *Migrant Center* erfolgreich sind, wenn die Arbeitsmigrantinnen ins lokale Parlament einziehen und eine zurückgekehrte Arbeitsmigrantin Bürgermeisterin von Tulung Agung wird. <>

Literatur und Quellen:

Constable, Nicole 2009: Migrant Workers and the many States of Protest in Hong Kong. In: *Critical Asian Studies* Volume 41, Number 1. S. 143-164.

Foundation for Development Cooperation 2007: *Leveraging Remittances with Microfinance: Indonesia Country Report*. Brisbane.

Hugo, Graeme 2007: Indonesia's Labor looks abroad. In: *Migration Information Source*. Online: <<http://www.migrationinformation.org/Feature/display.cfm?ID=594>>, abgerufen am 29.03.2010.

Komnas Perempuan 2009: *Daftar Masalah Buruh Migran*. Mengharap Lagi Tanggungjawab Negara. Diah Irawaty. <Online: <http://www.komnasperempuan.or.id/2009/12/daftar-masalah-buruh-migran-mengharap-lagi-tanggungjawab-negara/>>. Abgerufen am 18.03.2010.

National Board for the Placement and Protection of Indonesia Overseas Workers: *Informationsbroschüre*. Jakarta.

Presiden Republik Indonesia 2006: *Lampiran Instruksi Presiden No. 3 Tahun 2006 tanggal 27 Februari 2006 tentang Kebijakan Perbaikan Iklim Investasi*.

Sassen, Saskia 2008: *Two Stops in Today's New Global Geographies. Shaping Novel Labor Supplies and Employment Regimes*. In: *American Behavioral Scientist*, Volume 52, Number 3. S. 457-496.

Susilo, Wahyu 2006: *Tambal Sulam Kebijakan Buruh Migran*. In: *Media Indonesia* 31.06.2006.

Uwiyono, Aloysius 2004: *Undang-undang Buruh Migran Indonesia yang Seharusnya*. Jakarta.

Vristian, Mega 2008: *Buruh Migran Indonesia Dan Sastra Menyimpan Banyak Pertanyaan*. Forumeintrag vom 09.08.2008. Online: <<http://old.nabble.com/-sastra-pembebasan--Buruh-Migran-Indonesia-Dan-Sastra-Menyimpan-Banyak-Pertanyaan-td18902477.html>>. Abgerufen am 18.03.2010.

Vristian, Mega 2009: *SMS Ulah Buat Negeriku*. In: *Kompas* 11.08.2009

(1) Siti Hajars Fall war in den Medien als besonders brutaler Fall von Misshandlung sehr präsent. Drei Jahre lang wurde sie mit heißem Wasser verbrannt und geschlagen. Sie bekam nur zwei Mal am Tag Reis zu essen und wurde als Muslimin dazu gezwungen, Schweinefleisch zu essen. SBY nahm sich des Falles an und versprach Siti Hajar per Telefon, für Gerechtigkeit in ihrem Fall zu sorgen (The Jakarta Post 12.06.2009)

(2) Die Möglichkeiten des Protests gelten nicht für alle MigrantInnen. MigrantInnen vom chinesischen Festland haben nicht die gleichen Möglichkeiten zur Mobilisierung und zum Protest, wenn sie Bürgerrechte einfordern. Ihr Anspruch auf Staatsbürgerschaft stellt mehr als die Forderung nach der Einhaltung von Arbeits- und Menschenrechten durch migrantische HausarbeiterInnen aus Indonesien, den Philippinen, Thailand, Nepal, Vietnam und anderen Ländern eine Herausforderung an den Staat dar. Die Möglichkeiten des Protests für HausarbeiterInnen ist eng verbunden mit ihrem Status als Nicht-StaatsbürgerInnen und ihrer Rolle, die sie für das Funktionieren der ‚Global City‘ Hong Kong einnehmen (Constable 2009).

Kleinschürfer ebnen den Weg

Im Goldgräberlager in Sulawesi

von Marianne Klute

„Unser angestammtes Land nicht für Goldminen!“ Mit allen Kräften hat sich die Bevölkerung von Poboya 2003 gegen den Goldabbau in ihrem Land, dem Großen Waldpark (*Taman Hutan Raya*, Tahura) Poboya, gewehrt. Hier wollte Rio Tinto, weltgrößter Bergbau-Konzern in britisch-australischem Besitz, Gold und Mineralien abbauen. Poboya blieb verschont, vorerst. Doch seit 2009 graben Kleinschürfer die Berge um.

Zum Ende der Suhartoära gelangte ein Zehntel der Fläche von Zentral-Sulawesi in die Hand Rio Tintos. (*Contract of Work*, Brief des Präsidenten der Republik Indonesien No. B-143/Pres/3/1997 vom 7. März 1997) Rio Tintos Tochter PT Citra Palu Minerals (CPM) hielt über die East Kalimantan Coal Pte Mining Konzessionen über 561.050 Hektar, darunter auch Tahura Poboya. Nach Suhartos erzwungenem Rücktritt führte CPM ohne Genehmigung des Forstministeriums Probebohrungen im Tahura Poboya durch. Ein neues Forstgesetz von 1999 verbietet Bergbauaktivitäten in Schutzwäldern, wird aber im Laufe der Jahre immer wieder unterlaufen und letztendlich durch widersprüchliche Verordnungen ausgehöhlt. Es ist die Zeit der harten Auseinandersetzungen zwischen Naturschutz und den Interessen der internationalen Bergbau-Industrie.

Bergbauindustrie: schleichende Übernahme

Poboya ist ein Schauplatz dieses Konfliktes. Trotz des Gesetzes gingen die Probebohrungen weiter. Weder eine Eingabe des Forstministeriums vermochte sie zu stoppen noch das Engagement lokaler Politiker, zum Beispiel des damaligen Gouverneurs Prof. Aminuddin Ponulele, eines Ökologen. Auch der Widerstand der Bevölkerung, die 2003 ihren Protest sogar in London bei der Hauptversammlung von Rio Tinto vorbrachte, nützte nicht viel. (1)

2005 wird CPM verkauft. 99,9% gehen an PT Bumi Resources, ein Unternehmen der Bakrie-Gruppe des damaligen Koordinierenden Sozialministers im Kabinett SBY-Kalla und heutigen Vorsitzenden der Golkar Partei, Aburizal Bakrie. Kapitaleigner an Bumi Resources sind auch US-amerikanische Banken (JP Morgan Chase

Bank mit 1.95%, Bank of New York mit 1.89%), neben PT Samuel Sekuritas Indonesia 3.69%, Jupiter Asia 4.30%. und dem Mutterunternehmen PT Bakrie and Brothers mit 14.28%. Bumi Resources ist zwar ein *Newcomer* auf dem Gebiet der Extraktiven Industrien, hat es jedoch geschafft, innerhalb weniger Jahre Indonesiens größter Kohleproduzent zu werden, indem es die großen internationalen Kohleunternehmen aufgekauft hat. PT Arutmin Indonesia, PT Kaltim Prima Coal und PT Kalimantan Coal Limited gehören jetzt Bakrie. (2)

Bumi Resources hat ehrgeizige Pläne. Die Produktpalette soll ausgeweitet werden, unter anderem auf Gold. Während internationale Investitionen seit einigen Jahren wegen rechtlicher Unsicherheiten stagnieren, ja



Goldschürfer im Tahura Poboya

Foto: Marianne Klute

sogar zurückgehen, expandiert die Bakrie-Gruppe. Intensives *Lobbying* ausländischer Gruppen, mit dem Ziel, das Investitionsklima auch im Sektor Bergbau zu verbessern, führen nur begrenzt zum gewünschten Erfolg. Das neue Bergbaugesetz Nr. 4/2009, welches Anfang 2009 in Kraft trat, erfüllt die Erwartungen internationaler Wirtschaftskreise nicht. Zwar ist es im Ansatz nach deren Einschätzung moderner als das alte, aus dem ersten Jahr der Suhartoära (1967) stammende, auf Freeport zugeschnittene Gesetz, doch habe es noch viele Schwächen. Während das frühere *Contract of Work*-System flexible Aushandlungen erlaubte, schränkt das neue Gesetz die Tätigkeiten von Bergbaugesellschaften ein. Darunter fallen Kürzungen der Laufzeiten, Obergrenzen für die Konzessionsflächen sowie die Verpflichtung, vorrangig nationale Firmen zu beauftragen.

Fehlende Durchführungsbestimmung und konstante rechtliche Unsicherheit führten 2009 zu einem drastischen Rückgang internationaler Investitionen um fast 30%. Dagegen befördert das Bergbaugesetz wegen seines deutlich protektionistischen Charakters nationale Investitionen. Diese stiegen im gleichen Zeitraum um fast 90%. Allein in Sulawesi wurden 2009 mehr als 40 neue Konzessionen vergeben. Ähnlich sieht es auf anderen ostindonesischen Inseln bis hin zu Papua aus: Unter dem Label „Förderung der Entwicklung“ wird der Osten nun für die Ausbeutung der Naturressourcen erschlossen. Bei der Auseinandersetzung zwischen Naturschutz und den Interessen der internationalen Bergbauindustrie bleibt die Natur auf der Strecke, die Ausländer im Wartesaal. Und die Gewinner sind....

Bumi Resources plant, 2012 mit der Ausbeutung der Goldvorkommen in der CPM-Konzession zu beginnen. Der Profit scheint garantiert, schätzt man doch die Goldvorkommen allein in Tahura Poboya auf zwei Millionen Unzen. Sogar George Soros soll Bumi-Resources-Aktien gekauft haben, als er das erfuhr. Es wäre fast ein Wunder, wenn der Große Waldpark verschont bliebe.

Ortsbesichtigung: wildes Goldgräberlager in Poboya

Schutzgebiete sollten in der Theorie für industrielle Aktivitäten tabu bleiben, gleichgültig, ob internationale oder lokale Betreiber betroffen sind. In der Realität werden oft einfach Tatsachen geschaffen. Was möglich ist, wird gemacht, und wenn es nicht möglich ist, wird ein Weg geschaffen. Nach dieser Devise mag ein Straßenbau-Unternehmen der Bakrie-Gruppe vorgegangen sein, als es 2008 begann, eine Straße durch Zentralsulawesi zu bauen.

Die Straße soll auch durch Tahura Poboya führen. Der Widerstand der Poboyaner flammte erneut auf. Heute sind die Hänge in der Umgebung von Palu übersät mit Hunderten von kleinen Betrieben. Vor einem Jahr gab es sie noch nicht, da waren hier Gärten und

Felder. Die neuen Betriebe sind in aller Eile errichtete Schutzdächer, unter denen sich jeweils zehn bis zwanzig Trommeln drehen, einfache Anlagen ohne komplizierte Technik. In diesen *Tromol* genannten Betrieben wird Gold im Amalgamverfahren aus Gestein gelöst. Vor unseren Augen fließt der quecksilberhaltige Schlamm in Becken ab. Die Holzumrandung ist nicht dicht; das Quecksilber sickert in den Boden oder rinnt die Hänge herab, auf Palu zu.

Wir fahren mit dem Motorrad weiter hoch in die Berge, in das Poboya-Schutzgebiet. Auf halber Strecke kommen uns Lastwagen entgegen, bis oben beladen mit weißen Säcken. Oben ist ein Goldgräberlager entstanden. Goldsucher aus ganz Indonesien strömen seit ein paar Monaten hierher. Mit Hacken zerschlagen sie das weiße Gestein. Die Arbeit ist kräftezehrend. Es ist glühend heiß, staubig und trocken.

Wir sprechen mit den Arbeitern. Am besten verdienen die nach dem Toyota-Transporter *Kijang* benannten Träger, erzählen sie. Diese schleppen die schweren Steine in 80-kg-Säcken die steilen Hänge herab ins Lager.

„Seit siebenundzwanzig Jahren arbeite ich als Goldschürfer und *Kijang*“, sagt der 42-jährige Dharman. „Ich war schon auf Java, in Sulawesi, Kalimantan und



Ein „Kijang“ mit 80 kg Goldgestein

Foto: Marianne Klute

Papua, folge meinem Boss überall hin, wo eine neue Mine aufmacht, oder ich arbeite in einer Gruppe. In den neuen Minen verdient man besser. In Papua habe ich am besten verdient, aber hier in Poboya fühle ich mich zum ersten Mal frei und sicher. Dies ist das einzige Goldschürferlager ohne staatliche Sicherheitskräfte.“

Die meisten Männer hier stammen aus Manado, Makassar oder kommen von Kalimantan. Sie müssen Abgaben für die Ausstellung der Kleinschürfer-Ausweise an die lokale Bevölkerung abführen. Zwar arbeiten kaum Poboyaner in der Mine, doch als diejenigen, die über die Landrechte verfügen, haben sie Anteil am Profit.

Um die Kleinmine patrouillieren, mit *Walkie-Talkie* und Schlagstock ausgerüstet, schwarz gekleidete Männer. Die lokale Bevölkerung Sorge hier selbst für die Sicherheit, sagt einer der Wächter. Alkohol und Prostitution seien verboten, Übertretungen würden traditionell nach dem Adat, dem traditionellen Rechtssystem, geahndet. „Wir achten darauf“, erklärt er weiter, „dass die Goldschürfer den Menschen hier keine Schwierigkeiten machen. Wir achten auch darauf, dass Quellen und Wasserläufe geschützt sind.“

Damit spricht der Wächter die Probleme an, die Goldabbau, auch solcher im Kleinmaßstab, hervorruft: Umweltzerstörung und soziale Konflikte. Trotz jahrzehntelanger Schädigung ist Poboya ökologisch immer noch einzigartig, eine Oase inmitten der trockenen Region Palu, und für die Wasserversorgung der Stadt überlebenswichtig. Unkontrollierter Goldabbau hat fatale Konsequenzen für Palu, ganz zu schweigen von der drohenden Quecksilberverseuchung der Bucht.

Unterhalb der *Tromol* wächst gerade eine neue Siedlung. An jedem Haus steht „*Beli Emas*“ – Ankauf von Gold. Wie die *Tromol*-Besitzer sind auch die Goldkäufer Fremde, meist aus Manado und Kalimantan. Das Geschäft blüht, denn der Goldgehalt des Gesteins ist hoch.

Es sieht für fremde Besucher fast so aus, als ob Poboya im volkswirtschaftlichen Sinn ein erfolgreiches Modell für *small scale mining* wäre. Einige Bewohner von Poboya profitieren von der wirtschaftlichen Entwicklung. Zum Ende des Jahres 2009 stieg auch der ein oder andere Bürger Palus in das Geschäft ein. Wirt-

schaftlich gesehen scheint die Stadt vom Goldboom zu profitieren. Die Arbeitslosigkeit sinkt und weniger junge Menschen drängt es zur Abwanderung nach Makassar oder Jakarta.

Andererseits weichen landwirtschaftliche Nutzflächen der Kleinmine und den *Tromol*, wodurch sich für viele die Einkommen verringern. Der Zustrom an Geschäftsleuten und Wanderarbeitern von auswärts verändert das soziale Gefüge, und sozialer Neid und Missgunst machen sich breit.

Kleinschürfen in der Volkswirtschaft

Der Goldrausch in Poboya ist kein Einzelfall. An vielen Orten in Indonesien graben Menschen in Kleinminen nach Gold, Kohle oder Nickel. Meist sind sie Wanderarbeiter und ziehen von einem Schürfgebiet zum nächsten. Manche sind Angestellte eines kleinen bis mittleren Unternehmens, andere ziehen auf eigene Faust los oder arbeiten in einer festen Gruppe.

Das so genannte *small scale mining* beschäftigt viel mehr Arbeitskräfte als die großen Minen, gerade auch solche ohne spezielle Ausbildung, die in hochtechnisierten Betrieben keine Chance haben. Auch wenn ihre Einkommen niedriger sind als die der in den Unternehmen der internationalen Bergbau-Konzerne Beschäftigten, so tragen sie doch in nicht geringem Maße zum Bruttoinlandsprodukt bei. Genaue Angaben über die Zahl der Kleinschürfer existieren nicht, doch sollte sie nicht unterschätzt werden.

Die Arbeit als Kleinschürfer kann, muss aber nicht illegal sein. Illegal sind nur die PETI (*Pertambangan Tanpa Izin* – Mining ohne Lizenz). PETI finden sich meist auf den Abraumhalden der großen Minen, zum Beispiel auf den *Tailings* der Freeportmine in Papua, wo es mehrfach schon zu Erd-

stößen mit Todesfolge und zu brutalen Vertreibungen durch die Sicherheitskräfte gekommen ist. In die zweite Kategorie des *small scale mining* fällt das traditionelle Schürfen. Dies wird geduldet, wenn es nur gelegentlich und nicht auf Arealen von Großminen erfolgt. Die dritte Kategorie ist die der Dorfkooperativen (KUD, *Koperasi Unit Desa*). Die KUD benötigen eine Lizenz, die al-



Tromol-Betrieb mit Blick auf Palu

Foto: Marianne Klute

lerdings schwierig zu bekommen ist. Einfacher zu erlangen ist die Lizenz für alluviales Gold aus Gewässern, das so genannte *community mining* (*Pertambangan Rakyat*).

Poboya fällt eigentlich in keine der vier genannten Kategorien. Eine große Mine mit Abraum gibt es (noch) nicht, traditionell und gelegentlich kann man den Ausbruch des Goldfiebers nicht nennen, und Lizenzen für KUD und *community mining* liegen nicht vor.

Wirtschaftlich positive Aspekte auf der einen Seite, Rechtsunsicherheit, Umweltschäden und soziale Konflikte auf der anderen Seite – das kennzeichnet die Situation in den Schürfgebieten. Nicht selten sind die Kleinschürfer die Pioniere des großflächigen Abbaus. Trifft dies auch auf Poboya zu?



Adat-Sicherheitsdienst

Foto: Marianne Klute

Areal jetzt Bumi gehört. Ich setze mich aber dafür ein, dass Bumi 500-1000 Hektar für *community mining* freigibt.“

Was den Briten und Australiern nicht gelang, nämlich eine Goldmine im Poboya-Schutzgebiet zu errichten, könnten die Indonesier nun ganz allein schaffen. Zwar war schon vor einem Jahr der Weg für CPM/Bumi Resources mit dem neuen Bergbaugesetz, dem Straßenplan und einem durchdachten Sicherheitszenario geebnet, doch es gab ein Hindernis: den Widerstand der Bevölkerung. Nicht von ungefähr lässt man die Kleinschürfer gewähren, bis die Einigkeit der Poboyaner ins Wanken gerät. So glaubt man den Widerstand unter Kontrolle zu bekommen. Statt als Umweltzerstörer steht Bumi Resources nun als ein Unternehmer da, dass sich sei-

ner sozialen Verantwortung bewusst ist und den Kleinschürfern sogar 500 Hektar überlassen will. Die Bakrie-Gruppe präsentiert sich als modernes, auf dem internationalen Parkett respektiertes Unternehmen, wenn sie nun die Anforderung des *Indonesian Code of Good Corporate Governance (ICGCG)* der Börse von Jakarta erfüllt. <>

Unternehmen: Soziale Verantwortung

Die Behörden duldeten zunächst die Aktivitäten der Kleinschürfer und schritten lange nicht ein. Doch ein Jahr nach Ausbruch des Goldfiebers, im Februar 2010, scheint der Boom den Behörden über den Kopf zu wachsen. Die *Tromol* haben sich wie Pilze nach dem Regen vermehrt, immer mehr Fremde kommen nach Palu, und inzwischen sind auch Einheimische Goldgräber und *Tromol*-Unternehmer geworden.

Plötzlich, nach einem Jahr des Schweigens, zieht die Regierung die Umweltkarte: wegen der Quecksilberverseuchung sollten die *Tromol* schließen und die Kleinschürfer abziehen. Im Februar 2010 schritt die Polizei von Palu gesetzlich gegen den Wildwuchs ein. Etliche *Tromol* wurden konfisziert, vorerst vergeblich. Arbeitswillige stehen in Poboya immer noch Schlange.

Die Bergbau-NGO JATAM hat von Anfang an vor den sozialen und ökologischen Folgen des Goldabbaus gewarnt. Sie fragt, warum die Behörden so lange warteten. Die Antwort gab der Bürgermeister von Palu persönlich. Rusdi Mastura, Golkar-Politiker wie Aburizal Bakrie, deutete Ende 2009 an, dass Tahura Poboya sowieso dem Bergbau weichen muss: „Die *Tromol* sollen schließen. Die Leute sollen doch verstehen, dass das

Anmerkungen:

(1) Zum Widerstand gegen Citra Palu Minerals siehe: Klute, Marianne: Kristallklar. Widerstand gegen Rio Tintos Goldmine in Poboya auf Sulawesi; In: Indonesien-Information 2/2003)

(2) Zu Bumi Resources der Holding Bakrie & Brothers siehe: *Annual Report PT Bumi Resources 2008* und Klute, Marianne: Die Bakrie-Gruppe; In: SUARA 1/2009

In den Krallen des Goldes

Sozio-ökonomische Veränderungen in Poboya

von Andika*

Indonesiens Wirtschaft beruht hauptsächlich auf der Ausbeutung der Naturressourcen, wobei die Mineralien und Metalle eine bedeutende Rolle spielen. Unter dem alten Bergbaugesetz, das von 1967 – 2009 in Kraft war, hat das Ministerium für Bergbau und Energie (jetzt: Ministerium für Energie und Mineralressourcen) mehr als 900 Bergbau-Konzessionen vergeben, insgesamt über eine Fläche, die in etwa der Hälfte des Staatsgebietes entspricht. Nicht eingerechnet sind Konzessionen auf der Basis von Verträgen mit den Provinzen.

Mineralien und Metalle sind der wichtigste Wirtschaftsfaktor Indonesiens. Die Betreiber der Minen sind große internationale und indonesische Unternehmen, die Bevölkerung aber ist benachteiligt. Immer mehr Menschen suchen als Kleinschürfer (*small scale mining, community mining*) ihr Auskommen. An vielen Orten in Indonesien waschen oder graben Leute nach Gold und lösen es mit Quecksilber aus dem Gestein oder Sand. Zum Teil geschieht dies direkt, zum Teil nach dem *Tromol*-Verfahren (siehe dazu vorherigen Artikel). In Sulawesi treffen wir an vielen Orten auf dieses Phänomen der kleinen Goldschürfer: in Mubagu, Gorontalo, Minahasa und aktuell auch in Poboya bei Palu, der Hauptstadt der Provinz Zentralsulawesi.



Andika

Foto: Marianne Klute

Ein karger Ort: Poboya

Poboya liegt in den semi-ariden Bergen östlich von Palu. Tahura Poboya, der Große Waldpark (*Taman Hutan Raya Poboya*), ist das für die Stadt lebenswichtige und daher geschützte Wassereinzugsgebiet. Hier lebt die Ethnie der *Kaili*. Ihre bis heute lebendige Sprache ist das *Kaili Tara*. Ein Siedlung "Poboya" ist seit 1812 schriftlich belegt. Die Nachkommen des ersten "Königs" von Poboya namens Rujunjobu stellen bis heute die Bürgermeister und halten die Entscheidungsgewalt über Landbesitz.

Die *Kaili* in Poboya sind arm. Sie leben als Subsistenzbauern und betreiben etwas Viehzucht. Auf den kargen, trockenen Böden werden nur Zwiebeln, Tomaten, Mais und Chili angebaut. Seit Jahrzehnten stagniert die Bevölkerungszahl um 1.600 Personen (auf 14.035 Hektar), denn Armut und harte Lebensbedingungen locken keine Migranten an. Nach Angaben der Behörden ist der Bildungsstand niedrig; acht Personen haben Hochschulbildung, der Großteil hat nur die Grundschule besucht, und viele sind des Lesens und Schreibens nicht mächtig. Soziale Unterschiede sind gering – doch seit einem Jahr verändert das Gold alles.

Ein dynamischer Prozess: *Tromol*-erobern Poboya

Dass die Berge von Poboya voller Gold sind, ist schon lange bekannt. Doch erst seit der Heirat eines jungen Mannes aus Nordsulawesi namens Dani mit einer Frau aus Poboya bleibt es nicht mehr unter der Erde. Dani ist von Beruf Goldsucher. In Poboya begann er, in einem Bach Alluvialgold auszuwaschen. Der lokalen Presse gab er an, dass er täglich 5-10 Gramm Gold fände. Nicht lange nach dem Interview folgte eine Gruppe Kleinschürfer aus seiner Heimat seinem Beispiel. Das war im April 2009.

Mit Argusaugen beobachteten die Poboyaner die Aktivitäten der Männer aus Nordsulawesi. Als die Goldwäscher begannen, in den Bergen Steine zu brechen, beschlagnahmten die Leute aus Poboya ihre Ausrüstung und einen Lastwagen voller Goldgestein. Nach harten Verhandlungen wurde man sich einig: die Einheimischen sollten die Technik des Goldschürfens erlernen und genauestens über Gehalt und Profit informiert werden.

Das goldhaltige Gestein wurde anfangs nach Gorontalo und Manado gebracht und nicht an Ort und Stelle verarbeitet, weil das manuelle Verfahren nach dem Amalgamverfahren (mit Quecksilber) nur bei kleineren Lagerstätten attraktiv ist und eine schlechte Ausbeute liefert. Es dauerte nicht lange, da kam der erste Unternehmer aus Kalimantan und baute eine Anlage, eine so genannte *Tromol*-Maschine, mit der mehr Gold aus dem Gestein herausgelöst werden kann als mit der manuellen Methode. Dies war der erste *Tromol*-Betrieb in ganz Zentralsulawesi.

Immer mehr Leute aus Manado und Gorontalo kamen ab Mitte 2009 nach Poboya. Das Goldlager, nah der Stadt und von Palu aus über eine gute Straße leicht erreichbar, lockt auch immer mehr Einheimische an. Innerhalb kürzester Zeit sind Hunderte von *Tromol*-Betrieben am Fuß der Berge entstanden. Ende 2009, nur fünf Monate nach dem Ausbruch des Goldfiebers, arbeiteten 7.000 Goldsucher aus ganz Indonesien in den Bergen, fünfmal so viel, wie Poboya Einwohner hat. 600 Leute aus Pakava, einem Bergdorf bei Palu, erledigen die härteste Arbeit, das Schleppen der Säcke mit dem schweren Goldgestein. Auch 200 junge Erwachsene aus Poboya haben an den *Tromol*, als Gräber oder Träger Arbeit gefunden.

Monat für Monat haben die Neuankömmlinge das Goldabbaugebiet vergrößert, bis hin zum Fluss Poboya, wo sich jetzt auch *Tromol*-Betriebe ausdehnen. Schon sind die Zwiebelfelder verschwunden, und die ehemaligen Äcker sind von kapitalkräftigen *Tromol*-Unternehmern gepachtet worden. Dem Gold folgen andere Wirtschaftszweige. Allerlei Geschäftsleute versuchen ihr Glück, Händler verkaufen Lebensmittel und Kleidung, sogar Autohändler haben sich in Poboya niedergelassen und auch sexuelle Leistungen werden angeboten. Die Preise sind gestiegen, während sie in den Nachbargemeinden auf niedrigem Niveau geblieben sind. Aus

dem verschlafenen Poboya ist ein geschäftiger Ort geworden. Herumlungernde Jugendliche sieht man kaum noch. In Poboya gelten schon die Werte und Regeln einer industrialisierten Gesellschaft, und Zeit ist Gold.

Ein Schatten auf Poboya: sozio-ökonomische Veränderungen

Waren es in den ersten Monaten nur Unternehmer aus Kalimantan, Manado und Gorontalo, die in die *Tromol* investierten, so sind jetzt auch Einheimische beteiligt. Unternehmer und vermögende Bürger Palus klinken sich in das Goldgeschäft ein. Sie handeln mit der lokalen Bevölkerung Pachtverträge aus und setzen dann ihre *Tromol*-Anlagen auf das gepachtete Land. Schaut man genauer hin, so stellt man jedoch fest, dass nur wenige Familien am Profit teilhaben. Da ist zum Beispiel ein Paluer Bauunternehmer, die Familie des Adat-Ältesten von Poboya und die Familie des *Bupati* von Parigi Moutong.

Die meisten Poboyaner aber sind Verlierer der Industrialisierung. Ihnen fehlt es an Kapital, um selbst *Tromol*-Unternehmer zu werden, ihnen mangelt es an Bildung, um einen ordentlich bezahlten Job zu finden. Gute Verdienstmöglichkeiten haben nur Techniker, und die sind lokal nicht vorhanden, sondern kommen von außerhalb. So benötigt jeder *Tromol*-Betrieb fünf Techniker. Alle *Tromol*-Unternehmer haben ihre Techniker mitgebracht, während die Einheimischen ohne Ausbildung höchstens Hilfsarbeiter werden können. Dies sei nur vorübergehend, sagen die *Tromol*-Betreiber, bis auch Poboyaner technische Kenntnisse hätten.

Geschäftigkeit und dynamische Veränderung haben ihre Schattenseiten. Die nicht auf Geldwirtschaft beruhende Subsistenzwirtschaft löst sich bereits auf. Aus Zwiebelbauern werden Goldschürfer und Hilfsarbeiter, denn, ob sie wollen oder nicht, müssen sich die Poboyaner an die rasanten wirtschaftlichen Veränderungen anpassen.

Damit verbunden sind sozio-kulturelle Veränderungen. Aus einer einfachen dörflichen Gemeinde ist innerhalb der kurzen Zeit von einem Jahr eine Klassengesellschaft geworden: Poboya hat jetzt einige Kapitalisten und eine Arbeiterschicht von Besitzlosen, die ihre Arbeitskraft verkauft und in vorher unbekannte Abhängigkeiten gerät.

Gold beherrscht auch die Medien. Sie berichten ausführlich über die Giftigkeit des „Mobil-Quecksilbers“, wie sie es nennen. Das Quecksilber aus den *Tromol* dringt in den Boden ein, wird von den Pflanzen aufgenommen, die von den Ziegen gefressen werden, welche wiederum von den Menschen verspeist werden. Der ehemalige WALHI-Direktor Chalid Muhammad warnt bereits vor einem neuen Minamata. Chalid führt an, dass Quecksilber ins Meer gelangt, die Fische vergiftet

und Neugeborene behindert zur Welt kommen können. Die Gesundheitsbehörde fand bei der Untersuchung der Gewässer höchst bedenkliche 0,05 ppm (Grenzwert deutsche Trinkwasserverordnung 0,001 ppm; http://bundesrecht.juris.de/trinkwv_2001/BJN-R0959100_01.html). Und in der Öffentlichkeit stehen die Poboyaner nun als Umweltverschmutzer da.

Adat und Feudalherren

Die *Kaili* regeln Landnutzung entsprechend ihrem *Adat*, dem traditionell verankerten Sitten- und Rechtssystem, weshalb man erwarten sollte, dass negative Folgen des Goldabbaus eingeschränkt werden könnten. Tatsächlich ist das *Adat* in Poboya noch sehr lebendig; es betrifft spirituelle Aspekte ebenso wie praktische. Insbesondere regelt das *Adat* die Beziehung zur Natur, die Nutzung des Wassers und Familienangelegenheiten, wie zum Beispiel Hochzeiten.

Alle Entscheidungen, die den Goldabbau betreffen, sind vom *Adat*-Rat getroffen worden, anfangs zusammen mit der Bevölkerung mittels traditioneller Konsens-Beschlüsse (*musyawarah*). Es war vorgesehen, dass mit dem Geld aus den Gebühren für die Kleinschürfer die Moschee renoviert werden sollte. Doch nach zwei Monaten, als bereits 150 Mio. Rupiah zusammen waren, hatte der *Imam* noch nichts entschieden, und der *Adat*-Älteste übergab das Geld an seinen Sohn. Es gibt keine Kontrolle dieser Gelder, und so kommt es, dass sie in unbekannte Kanäle verschwinden.

Nach Aussagen der Bevölkerung werden Entscheidungen nicht mehr nach dem *musyawarah*, sondern von Ali Jalaludin allein getroffen. So hat er entschieden, dass der *Adat*-Rat mit der Vereinigung der Kleinschürfer Indonesiens, *Asosiasi Pertambangan Rakyat Indonesia*, für die Sicherheit sorgt. Mit diesem Ansatz, so scheint es, könnte vermieden werden, dass staatliche Sicherheitskräfte das Ruder in die Hand nehmen. Doch vor Ort zeigt sich: Der Leiter des Sicherheitsdienstes, ein gewisser James, gehörte früher der Schlägertruppe der Partei Golkar, *Pemuda Pancasila*, an. Seine Sicherheitsleute agieren kaum anders als die Soldaten auf dem Freeport-Gelände in Papua: die mit den roten Abzeichen kontrollieren den Zugang zum Lager und machen Razzien, die mit den gelben Abzeichen erheben Gebühren in den *Tromol* und in der Mine.

Ali Jalaludin bestätigte der Presse, dass er von den Kleinschürfern zweierlei Gebühren erhebt: für Eintrittstickets und für den Kleinschürfer-Ausweis, der alle drei Monate verlängert werden muss. Mit den Erlösen solle eine Straße in das Abbaugelände gebaut werden, eine Moschee und Gebäude für die Sicherheitsdienst. Bei 5.000 und mehr Goldschürfern von außerhalb ergibt sich eine Summe von weit mehr als einer Milliarde Rupiah.

„Da oben ist eine Goldquelle, hier unten sitzt er in einer Goldkutsche“, sagen die Leute, ungehalten über Willkür und Betrug, die sie von ihrem *Adat*-Ältesten erfahren. Da alle Bergbauaktivitäten seine Zustimmung erfordern, hat er in kurzer Zeit seine Machtposition ausgebaut und handelt wie ein Feudalherr oder kleiner König. So wird Poboya zu einem Fallbeispiel für die Verwandlung eines traditionell sinnigen Systems in eine Feudalstruktur, gewürzt mit frühkapitalistischen Elementen.

Ein Ende mit Schrecken oder ein Schrecken ohne Ende?

Für das auch von der Entwicklungspolitik gepriesene Kleinschürfer-Modell, nach dem viel mehr Menschen über Einkommen verfügen als mit Bergbau im Großmaßstab, ist Poboya kein positives Beispiel. Die meisten Poboyaner sind von der Wirtschaftsentwicklung ausgeschlossen, müssen aber erleben, dass sie für die Umweltzerstörung verantwortlich gemacht werden. Die aktuelle Verseuchung mit Quecksilber ist wahrscheinlich nur ein Bruchteil dessen, was auf Zentralsulawesi zukommt, wenn PT Bumi Resources in Kürze hier Gold abbaut.

Auch der Anschein trügt, dass die Poboyaner im Sinne des Wortes *community mining* betreiben, bei dem Kontrolle und Gewalt durch Staat und Industrie außen vor bliebe. Zu denken gibt, dass in der Anfangsphase Mitte 2009 nach Aussagen der Poboyaner mehr als einhundert Polizisten als Kleinschürfer tätig waren. Sie gehörten zu den treibenden Kräften, das Gold von Poboya in ganz Indonesien bekannt zu machen. Sie sind inzwischen verschwunden. Dafür entstehen rund um Poboya neue Einrichtungen der Sicherheitskräfte: In Kawantuna, Poboy und Jabal Nur werden Kasernen der Mobilbrigaden der Polizei (Brimob) gebaut. 680 Sicherheitskräfte sollen dafür sorgen, dass die Kleinschürfer verschwinden und Bakrie Platz machen.

Die Frage bleibt: was passiert mit den Menschen von Poboya? Ihnen ergeht es wie Affen zwischen kämpfenden Elefanten: *“Gajah berkelahi pelanduk mati di tenggah”* (Wenn Elefanten kämpfen, sind die Lemuren zwischen ihnen tot.) <>

* Der Autor ist Campaigner von JATAM (*Mining Advocacy Network*) Zentralsulawesi.

Der Artikel ist ein Ausschnitt aus einer umfangreichen Studie zum Goldabbau in Poboya. Übersetzt und bearbeitet von Marianne Klute

Bedrohte Rechte

Arbeiterinnen auf Ölpalmlantagen

von Vinka Siregar*

Drei Viertel aller Arbeitskräfte auf Ölpalmlantagen sind weiblich. Ihre Situation ist bisher kaum erforscht, und es gibt so gut wie keine Publikationen zur weiblichen Seite des Plantagensektors.

Die größten Ölpalmlantagen der Welt liegen in Indonesien. Auch als Palmölproduzent hat Indonesien Malaysia inzwischen überholt und ist damit weltweit an erster Stelle. Nach Daten der indonesischen NGO Sawit Watch steigerte sich die Anbaufläche für Ölpalmen von 5,6 Mio. Hektar (2006) auf 8 Mio. Hektar (2009). Diese rasante Expansion hat Auswirkungen auf vieles, auch auf das soziale Leben. So verändert sich die Art des Erwerb des Lebensunterhalts, was wiederum die sozialen Beziehungen beeinflusst. Man kann beobachten, dass die betroffenen Menschen individualistischer werden und sich zunehmend an Geld orientieren. Indigene, die bisher als Subsistenzbauern überlebten, müssen sich nun auf ein Leben als Plantagenarbeiter einstellen, da, als direkte Folge der Expansion der Ölpalmlantagen, immer weniger landwirtschaftliche Fläche zur Verfügung steht.

Gesundheit und soziale Situation der Arbeiterinnen

Frauen spielen als Arbeitskräfte auf Ölpalmlantagen eine zunehmend wichtigere Rolle. Die Unternehmen bevorzugen weibliche Arbeiter, weil dies nach ihren

Erfahrungen gehorsamer, fleißiger und zuverlässiger sind, aber auch, weil sie weniger aufmucken. Arbeiten, die vor allem von Frauen verrichtet werden, sind Sprühen (von Herbiziden/Pestiziden), Düngen, Beschneiden und Bestäuben. Viele dieser Arbeiten sind gesundheitsschädigend, da auch gefährliche Chemikalien eingesetzt werden. Der allgemeine Gesundheitszustand der Arbeiterinnen ist durchgehend schlecht. Die meisten sind dünn und blass, sie haben morgens nach dem Aufstehen Atemschwierigkeiten und nach der Arbeit Kopfschmerzen. Häufig müssen sie sich übergeben, husten Blut, und viele sterben.



Arbeiterin beim Bestäuben der Blüte

Bei der Bestäubung der Blüte muss die auf dem Boden stehende Arbeiterin die mit Chemikalien versetzten Pollen mit dem Mund ansaugen und mit Hilfe eines Schlauchs nach oben direkt in die Blüte pusten. Als Arbeitsgerät benutzt sie eine Säuglingsflasche mit einem Schlauch. Es besteht die Gefahr, dass sie den Staub aus Pollen und Chemikalien einatmet oder verschluckt. Der mit Chemikalien versetzte Blütenstaub kann die Lungen schädigen.

* Die Autorin hat im Rahmen ihrer Diplomarbeit über die Folgen der Palmölexpansion auf Kleinbauern in Indonesien geschrieben. Bei Feldstudien und Interviews sind ihr dabei die bedrohten Rechte der Arbeiterinnen bewusst geworden. Leider konnte sie ihre Erkenntnisse zur Lage der Frauen nur beschränkt in die Diplomarbeit einfließen lassen. In diesem Beitrag, der im Rahmen eines Praktikums bei Watch Indonesia! entstand, versucht sie dies nachzuholen.

Wiederum anders ist die Situation der Sprüherinnen. Jede von ihnen trägt einen schweren Kanister von 5 kg Nettogewicht auf dem Rücken. Der Kanister fasst 22 Liter Pestizide, deren Einsatz in Europa und Amerika verboten ist. Teils sind die Pestizide mit Wasser verdünnt, teils verwendet man sie unverdünnt. Besonders bei unverdünnten Pestiziden erleiden die Sprüherinnen Atemschwierigkeiten und brennende Augen. Der Geruch der Chemikalien haftet ihrem Körper tagelang an. Früher haben die Sprüherinnen ihre Arbeit manuell ausgeführt und die Pestizide per Hand aus dem 22 Liter Kanister gepumpt. Heute haben die Unternehmen ein neues Sprühverfahren eingeführt, die so genannte Mikron-Methode. Hierbei drückt die Sprüherin nur noch auf einen Knopf und muss nicht mehr per Hand pumpen. Der Nachteil der Mikron-Methode ist, dass die Pestizide meist hochkonzentriert vorliegen und die Sprüherinnen dem feinen Pestizidnebel stärker ausgesetzt sind. Unabhängig von der Methode sind Gesundheit und Sicherheit der Sprüherinnen gefährdet, da ihnen keine Schutzbekleidung wie Masken, Schutzbrillen und Handschuhe zur Verfügung steht. Sie tragen höchstens Gummistiefel. Die Chemikalien fließen oft in die Stiefel und führen zu Verätzungen.



Sprüherinnen

Foto: Sawit Watch

Der Arbeitsschutz auf den Ölpalmlantagen erfüllt internationale Standards nicht. Als Folge des mangelnden Schutzes leiden alle weiblichen Arbeitskräfte unter chronischen Krankheiten, auch mit Todesfolge. Parsia, eine Sprüherin, die seit acht Jahren auf der Plantage des Unternehmens Sacfindo arbeitet, sagte aus, dass sie durch den kontinierlichen Kontakt mit Pestiziden eine Allergie entwickelt habe. Dies ist ein Risiko, dass alle Sprüherinnen tragen, wobei es zuerst zu Irritationen der Haut kommt, besonders wenn direkter Kontakt der Pestizide mit dem Körper besteht oder der Kanister leckt. In der Folge erleiden sie Irritationen der Augen. Diese sind kaum zu vermeiden, wenn Gifte gegen Rau-

penbefall gespritzt werden, wobei die Arbeiterinnen den Sprühstab mit der Pestizidflasche über ihre Köpfe hoch bis in die Blüte strecken müssen.

Es ist tragisch, dass die Palmölunternehmen keine Schulungen zur Handhabung der Pestizide und zum Gesundheitsschutz der Sprüherinnen durchführen. Genau das wäre sehr wichtig, um die Gefährdung durch die Pestizide zu verringern. Die Arbeiterinnen erhalten nicht nur keine Trainings, sie müssen darüber hinaus ihre Erkrankungen selbst behandeln. Die „Selbstmedikation“ beschränkt sich auf rezeptfreie Schmerzmittel, die sie von ihrem eigenen Geld in kleinen Läden oder Kiosken kaufen müssen.

Darüberhinaus werden den Arbeiterinnen zuerkannte Rechte oft nicht bewilligt. Zum Beispiel ist es für die Frauen äußerst schwierig, Mutterschutzurlaub in Anspruch zu nehmen. Die Ölpalmunternehmen verkürzen die gesetzlich festgelegten drei Monate willkürlich auf zwei Monate und kürzen häufig ohne Begründung den Lohn. Wenn die Arbeiterinnen die ihnen zustehenden Rechte einfordern, werden sie häufig mit Entlassung bedroht. Dies musste auch Ngatirah erleben, eine Plantagenarbeiterin, die schon seit acht Jahren auf einer Ölpalmlantage arbeitet. (vgl. Studie von *Perhimpunan Lentera Rakyat*)

Während der Arbeitszeit können die Arbeiterinnen ihre Kinder abgeben. Viele Unternehmen bieten diesen Service an, bzw. stellen Angestellte dafür. Die Kinder werden jedoch nicht wie in Kindergärten betreut, sondern bloß verwahrt. Sie bekommen auch kein Essen. Die Mütter müssen also selbst dafür sorgen und den Kleinen Essen mitgeben. Für die Arbeiterinnen ist es sehr schwierig, die Arbeitszeit mit den Aufgaben in der Familie zu verbinden, weshalb alle die Doppelbelastung als sehr ermüdend empfinden.

Weibliche Arbeitskräfte berichten von alltäglichen Sanktionen und Einschüchterungen. Ein weiteres Problem ist die oft menschenunwürdige Behandlung der Frauen durch die Vorarbeiter, einschließlich sexueller Belästigungen. Darüber können sie mit niemandem sprechen, erst recht nicht mit ihrem Ehemann, weil sie Angst haben, dass dies neue Probleme verursacht. Hier zeigt sich der starke Einfluss des Adat (ungeschriebenes Recht indonesischer Kulturen, das auch die Beziehungen der Menschen untereinander regelt) und der Traditionen auf die Rolle der Dorffrauen; die Tradition fordert, dass Frauen nicht reden und ihre Ansichten nicht äußern. Wie die meisten indonesischen Frauen passen sich die Arbeiterinnen dem Adat an, ergeben sich ihrem Schicksal und bringen nur selten den Mut auf, ihre Situation zu verändern.

Mit der zunehmenden Ausweitung der Ölpalmlantagen entstehen neue soziale Probleme. Zum Beispiel gibt es im Umkreis der Plantagen Kioske oder kleine Läden, in denen sich die männlichen Arbeiter treffen. An diesen Orten blüht die Prostitution. Einige der Arbeiter erklärten, dass sie mit ihren Ehefrauen keinen Geschlechtsverkehr mehr haben wollen, weil der Kör-

per der Frau tagelang nach Chemikalien riecht. (Interview mit Ka Fathilda, Mitarbeiterin von Sawit Watch).

Ansätze zur Lösung der Probleme?

Gerade auf dem Land, in Dörfern und auf Plantagen werden die Rechte der Frauen nur mangelhaft geschützt. Zwar existieren Regierungsprogramme für Frauenrechte, doch werden diese nicht ernsthaft durchgeführt. Besser verlaufen im Gegensatz dazu die Aktivitäten einiger indonesischer NGOs. Hier wird von ersten Erfolgen berichtet, doch es wird deutlich, dass bis zur Durchsetzung der Rechte der Frauen noch viel Zeit verstreichen wird. Auch können viele Dorffrauen nicht an NGO-Projekten teilnehmen, weil die Familie sie unter Druck setzt, besonders bei Projekten zu Frauenrechten. Abgesehen von gezieltem Druck der Männer hindert ihre traditionelle soziale und familiäre Stellung, der zufolge Frauen das zweite Geschlecht sind, sie daran, aktiv für ihre Rechte einzutreten.

Doch es gibt auch Lichtblicke. Eine meiner Interviewpartnerinnen, eine Grundschullehrerin, die nicht namentlich genannt sein möchte, ist über die Folgen der Palmölexpansion auf die Lage der Frauen bestürzt. Sie beobachtet, dass Frauen ihren Mann unterstützen und zum Lebensunterhalt beitragen wollen, aber nicht wissen, welche Möglichkeiten es außer der Arbeit auf einer Plantage gibt. In der Realität bringen die meisten Männer ihre Frauen und Kinder mit auf die Plantage, damit das von den Unternehmen gesetzte Arbeitsoll erfüllt werden kann. Die Unternehmen akzeptieren dies stillschweigend, weil so das Soll erreicht wird, ohne dass diese „Freiwilligen“ bezahlt werden müssen.

Die Lehrerin ist überzeugt, dass Frauen auch auf andere Weise zum Einkommen der Familie beitragen können. „Frauen müssen selbständig sein und ihre Rechte kennen und sie bekommen“, sagte sie im Inter-

view. Im Ansinnen, ein positives Beispiel zu geben, hat sie ein kleines Unternehmen zur Produktion von *Tempe* (fermentierte Sojabohnen) gegründet. Sie beschäftigt drei Frauen aus ihrem Dorf, die bestätigen, dass dieses für sie gewagte Projekt ihnen Unabhängigkeit und Zufriedenheit verschafft. Der kleine Betrieb arbeitet trotz etlicher Hindernisse seit zwei Jahren mit Erfolg, wobei die Isolierung vom sozialen Leben das belastendste Hindernis ist.

Der Mut dieser Lehrerin, die Situation im Dorf zum Wohle der Frauen zu verändern, könnte ein Ansporn für andere sein und sie motivieren, für die Rechte aller Frauen zu kämpfen, damit eines Tages auch die Rechte der Arbeiterinnen gewürdigt und geschützt werden. Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass die Situation der Arbeiterinnen auf den Ölpalmlantagen verbessert werden muss, insbesondere weil sie das Gros der Arbeitskräfte stellen und in der Realität eine wichtige Rolle bei der Produktion von Palmöl spielen. Dazu muss es gesetzliche Regelungen zum Schutz ihrer Rechte geben. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die verschiedenen Akteure zusammenarbeiten: staatliche Stellen, NGOs, aber auch führende Persönlichkeiten der lokalen Gesellschaft (Adat-Älteste z.B.) und nicht zuletzt die Frauen selbst. <>

Literaturhinweise:

Zu Pestiziden siehe auch: Falke, Thimo: Die Masse macht das Gift. Paraquat auf Ölpalmlantagen, SUARA 2/2007

Perhimpunan Lentera Rakyat: Peternakan Manusia di Perkebunan, Rantauprapat, Nordsumatra (interner Bericht, o.A. ca. 2004-2005)



Gromoxone



Roundup



Rhodamine



Ally

Pestizide auf indonesischen Ölpalmlantagen

G30/S im Supermarkt der Naturkatastrophen

100 Tage nach dem Erdbeben in Padang

von Alex Flor

Am 30. September 2009 erschütterte ein Erdbeben der Stärke 7,6 (Richterskala) die Stadt Padang in Westsumatra. 1.127 Tote, 1.214 Schwerverletzte, 249.833 beschädigte Gebäude, davon 114.797 schwer bzw. total zerstört, so lautet die statistische Bilanz der Katastrophe. Ein Stadtrundgang 100 Tage danach.

Der 30. September wurde nach der Machtergreifung durch General Suharto zum Tag der nationalen Katastrophe erhoben. Unter dem Kürzel G30/S, *Bewegung des 30. September*, wurde alljährlich der Ermordung von Generälen im Rahmen eines angeblich kommunistisch gesteuerten Putschversuches 1965 gedacht. Die Zelebrierung des Gedenkens diente der Legitimierung des Systems der *Neuen Ordnung*. In Anlehnung daran bemühen Aktivisten in

Padang den Termin G30/S nunmehr für eine Katastrophe, die ungleich mehr Leid für die gemeine Bevölkerung mit sich brachte als die Ermordung der Generäle vor nunmehr 45 Jahren: das verheerende Erdbeben, welches die Stadt Padang, Provinzhauptstadt von Westsumatra, und die benachbarten Landkreise am 30. September 2009 erschütterte.

Für wenige Tage beherrschten die Meldungen über dieses Erdbeben die Schlagzeilen der internationalen Medien. Angesichts der jüngsten verheerenden Beben in Haiti, Chile und der Türkei verblasst die Erinnerung an diese Katastrophe. Doch bereits zuvor war es still geworden um Padang.

Über E-mail und SMS-Kontakte wusste ich längst, dass alle meine Freunde und Bekannten wohlauf waren. Einige hatten geschrieben, dass ihr Haus zerstört sei. Ein Gesamtbild der Lage erschloss sich aus diesen eher persönlichen Berichten jedoch nicht. Ich wusste daher nicht, was mich erwarten würde, wenn ich nach Padang reiste. Keine Ahnung, ob es noch – oder wieder – ausreichend Übernachtungsmöglichkeiten in Hotels geben würde. Meine Frage an einen Freund wurde dahingehend beantwortet, dass ich doch bitte bei ihm mein Quartier aufschlagen sollte. Ich nahm sein Angebot gern an, aber seine Antwort ließ mich weiterhin darüber im Ungewissen, was ich von dieser Stadt, die mir seit 20 Jahren vertraut ist, noch wieder erkennen würde.

„Auf dem Weg vom Flughafen hierher und hier in



Zerstörtes Gebäude in der Altstadt

Foto: Alex Flor

der Gegend selbst sind keine Schäden zu erkennen," meinte ich bei meiner Ankunft. „Doch!," erwiderte mein Gastgeber und zeigte auf ein paar Haarrisse in den Fliesen seiner Veranda. Ich nahm den Schaden zur Kenntnis, prägte mir für den Fall eines neuerlichen Bebens den Fluchtweg ein und legte mich schlafen. Einsturzgefährdete Häuser sehen anders aus.

„Ich wollte mir mal mit eigenen Augen ein Bild davon machen, wie es euch hier mittlerweile geht und was von Padang noch steht. In den großen indonesischen Zeitungen und den internationalen Medien liest man ja nichts mehr über die Folgen des Erdbebens," erklärte ich am nächsten Morgen beim Kaffee den inzwischen zahlreich erschienenen Freunden. „Was erwartest du von den großen Zeitungen? Selbst für unsere provinzielle Lokalpresse hier ist das kein Thema mehr. Schon lange bestimmen tagespolitische Ereignisse wieder die Berichterstattung," gab mir Teddy zur Antwort.



Zerstörter moderner Betonbau

Foto: Alex Flor

wie verletzlich die Stadt Padang mit ihren mittlerweile 900.000 Einwohnern im Falle der ungleich höheren Welle eines Tsunami sein würde.

Das gesamte Stadtgebiet liegt auf einer Küstenebene nur knapp über dem Meeresspiegel. Über mehr als 10 km bietet die Stadt der Zerstörungskraft eines Tsunami eine breite Angriffsfläche. Das Zentrum und nahezu allen wichtigen Gebäude liegen in der unmittelbaren Gefahrenzone. Das drohende Ausmaß der Zerstörung ist schier unvor-

stellbar und könnte die Folgen des Tsunami in Aceh zu Weihnachten 2004 im Vergleich schier verblässen lassen.

Es schien somit zunächst wie Glück im Unglück, dass das G30/S-Beben keinen Tsunami auslöste. Doch die Gefahr besteht unvermindert weiter. Geowissenschaftler erklärten schon kurz nach der Katastrophe, dass dies noch nicht das „große“ Beben war, das seit längerem für Padang prognostiziert wird. Die Spannung zwischen der australischen und der asiatischen Platte, die vor der Westküste Sumatras aufeinander treffen, sei unvermindert hoch. Wie bei einem Reißverschluss baut sich diese Spannung durch heftige Erdbeben ab. Das Beben 2004 in Aceh war nur der Anfang. Kurz darauf folgte das schwere Beben auf Nias. Während die Gefahr für Aceh und Nias damit freilich keineswegs gebannt ist, wird nun als nächstes Glied des Reißverschlusses ein schweres Beben zwischen Padang und den Mentawai-Inseln erwartet. WANN dies passieren wird, vermag niemand seriös vorherzusagen. Aber DASS es passiert, scheint so gut wie sicher.

Das Angebot des Supermarktes

Kein Thema mehr? Wie in kaum einer anderen Region dieser Welt ist die Bedrohung durch Natur- und menschengemachte Katastrophen in Westsumatra allgegenwärtig. Mitarbeiter von SCEDEI, einer lokalen NGO, sprechen von einem „Supermarkt der Naturkatastrophen“. Neben häufigen Erdbeben hält eine Reihe von aktiven Vulkanen, die immer mal wieder ausbrechen, die Bevölkerung in Angst und Schrecken. Eine der höchsten Niederschlagsraten der Welt von 4.500 mm jährlich und darüber – das Acht- bis Zehnfache des Niederschlages in Berlin – führt regelmäßig zu Überschwemmungen und begünstigt Erdbeben, besonders an solchen Stellen, wo der Mensch durch den Bau von Straßen und Siedlungen in die Natur eingegriffen hat. In der Trockenzeit kommt es zu Waldbränden, und bisweilen fegen heftige Stürme über Land und Meer, die meterhohe Monsterwellen auslösen können. Vor zwei Jahren zerstörte eine solche Welle zahlreiche Häuser entlang der Küste, und nur wenige Tage vor meinem Besuch im Januar wurde ein Schüler von einer Welle erfasst und getötet. Dies führt einem vor Augen,

Spaziergang im Katastrophengebiet

Angebote, mich bei meiner Erkundungstour durch die Stadt zu begleiten, lehnte ich dankend ab. Ich wollte selbst entdecken, Orte besuchen, die ich von früher gut kannte, und mir selbst ein Bild der Lage machen. Es war ein heißer und sonniger Tag im ansonsten verregneten Januar. Überall nutzten Leute das schöne Wetter, um an ihren Häusern zu arbeiten. Da wurde gemauert, gezimmert, verputzt und gestrichen.

Die fleißigen Arbeiter schärfen meinen Blick, denn schon bald lerne ich zwischen frisch gestrichenen Mauern, neu eingedeckten Dächern und alter unbeschädigter Bausubstanz zu unterscheiden. Bei einigen scheinbar unversehrten Gebäuden musste ich meine Erinnerung bemühen, um festzustellen, dass sie nun ein Stockwerk niedriger waren als früher. Langsam erschloss sich mir das ganze Ausmaß der Zerstörung, und ich verspürte großen Respekt angesichts der in drei Monaten geleisteten Wiederaufbauarbeit. Dass freilich nicht alle geleisteten Reparaturarbeiten einer baustatischen Prüfung standhalten würden, steht auf einem anderen Blatt. Angebrochene Betonpfeiler können schon mal mit ein wenig Putz und Farbe wieder in einen äußerlich gut aussehenden Zustand gebracht werden.

Die schwersten Schäden zeigten sich bei Gebäuden an zwei Enden derselben Skala: die ältesten Häuser, die noch aus der Kolonialzeit stammen, und die pseudo-modernen mehrstöckigen Betongebäude, viele davon öffentliche Gebäude wie Behörden und Hotels.

Einiges an historischer Bausubstanz der unter Denkmalschutz stehenden Altstadt Padang scheint für immer verloren. Trotz einiger ermutigender Beispiele von bereits restaurierten Gebäuden bleibt abzuwarten, inwieweit der Wiederaufbau in Einklang mit dem denkmalgeschützten Gesamtbild der Altstadt stehen wird.

Von den modernen Betonbauten ist ein großer Teil irreparabel beschädigt. Doch nur wenige wurden völlig dem Erdboden gleichgemacht. Ein besonders extremes Beispiel ist das Hotel Ambacang. Alleine unter den Trümmern dieses Luxushotels fanden mindestens 80 Menschen den Tod. Das ursprünglich zweistöckige Gebäude aus der Kolonialzeit war vor einigen Jahren entgegen aller bautechnischer Standards auf drei bis teilweise sechs Etagen aufgestockt worden. Nicht-fundierte Pfeiler der oberen Stockwerke rasten bei dem Beben wie Torpedos durch die Decken und brachten das gesamte Gebäude zum Einsturz. Planung, Genehmigung und Durchführung solcher Baumaßnahmen sind unverantwortlich – erst recht in einem bekanntermaßen erdbebengefährdeten Gebiet. Die unter den Trümmern begrabenen Toten klagen an. Sie wurden nicht Opfer einer Naturkatastrophe, sondern mussten wegen – mutmaßlich auf Geldgier beruhender – grober Fahrlässigkeit ihr Leben lassen.

Möglicherweise fielen noch viele weitere Menschen der Fahrlässigkeit zum Opfer. Anders als seinerzeit nach dem Tsunami in Aceh wurden Einrichtungen der Infrastruktur wie Straßen, Brücken, Strom-, Wasser- und Telefonleitungen nicht nachhaltig beschädigt. Binnen weniger Tage ließ sich das meiste wieder reparieren. Unvorstellbar bleibt jedoch das Leid der Menschen in den ersten Tagen nach der Katastrophe. Sie nächtigten im Freien, es war dunkel, es regnete in Strömen. Verschüttete versuchten per Handy Lebenszeichen zu senden und flehten um Rettung. Bis das Mobilfunknetz

wieder funktionierte, war es für die meisten zu spät. Die Akkus ihrer Handys waren erschöpft, wenn sie bis dahin nicht ohnehin ihren Verletzungen, Hunger oder Durst erlegen waren. Ein nicht nur auf schnellen kommerziellen Erfolg, sondern auf Redundanz ausgelegtes Mobilfunksystem hätte viele Menschenleben retten können.

Ist Padang vorbereitet auf die nächste Katastrophe?

Die Bedrohung ist keineswegs abstrakt, und aus den Erfahrungen des Bebens vom 30. September 2009, dem Tsunami in Aceh und anderen Katastrophen ließen sich eine Menge Lehren ziehen. Dennoch zeigen sich die Stadt Padang und die Provinz Westsumatra unzureichend auf das nächste Ereignis vorbereitet. SCEDEI bemängelt eine ganze Reihe von Missständen: ein Frühwarnsystem existiert nur in Ansätzen, unzureichende Evakuierungspläne, nicht vorhandene Zufluchtsstätten, nicht vorhandene Notfallausrüstung, unzureichende behördliche Zuständigkeit für Katastrophenschutz, zu geringe Haushaltsmittel für Ausnahmesituationen, ungenügende Vorbereitung der Bevölkerung auf den Ernstfall u.v.m.

Die Lokalregierung bekräftigt, künftig verstärkt auf erdbebensicheres Bauen zu achten und Zufluchtsmöglichkeiten bereitzustellen. So soll beispielsweise der zentrale Markt erdbebensicher wieder aufgebaut werden und, statt bisher zwei, künftig vier Stockwerke umfassen, so dass die vierte Etage den MarkthändlerInnen und KundInnen als Zufluchtsort im Falle eines Tsunamis zur Verfügung stehen würde. Die MarkthändlerInnen selbst protestieren freilich gegen die ihrer Meinung nach allzu lange Übergangsphase und fordern eine zügige Wiederherstellung ihrer alten Verkaufsstände.

Gewichtiger als eine Lösung für einzelne Objekte wie



Die traurigen Überreste des Hotel Ambacang

Foto: Alex Flor

den zentralen Markt wäre die flächendeckende Schaffung von Fluchtmöglichkeiten. Die zwei Hauptverkehrserschlagadern der Stadt verlaufen in nur wenigen hundert Meter Entfernung parallel zur Küste. Nach



Fluchtwegbeschilderung

Foto: Alex Flor

Norden laufen die beiden Straßen zusammen und führen über eine schmale Brücke weiter in Richtung Flughafen. Zu einem im Falle eines Tsunami als Zufluchtsort geeigneten nahen Hügel im Süden der Stadt begrenzt ein Fluss den Zugang, der nur über zwei Straßenbrücken sowie eine Hängebrücke für Fußgänger zugänglich ist. Es gibt bislang praktisch nur eine größere

Straße, die direkt von der Küste ins Landesinnere führt. Bei der „Generalprobe“ am 30. September 2009 war diese Straße von sich stauenden Fahrzeugen hoffnungslos blockiert. „Ich brauchte 5 Stunden bis nach Hause,“ erzählte mir eine Bekannte, die aus der küstennahen Innenstadt in ihr höher gelegenes Wohnviertel zu fliehen suchte.

Eine traurige Lehre aus der Tsunami-Tragödie von Aceh ist, dass deutlich mehr Frauen und Mädchen ums Leben gekommen sind als Männer. Ein Grund dafür war, dass der Tsunami Frauen zu Hause überraschte, während viele Männer irgendwo unterwegs waren, wo sie sich retten konnten. Ein anderer Grund war, dass im Gegensatz zu Männern die wenigsten Frauen und Mädchen schwimmen konnten. Eine gezielte Berufsförderung für Frauen und Schwimmunterricht für alle wären somit zwei von vielen Maßnahmen, die auch in Hinblick auf einen drohenden Tsunami lebensrettend sein könnten.

Aber leider scheinen meine Freunde recht zu haben. Die Frage des Überlebens im „Supermarkt der Naturkatastrophen“ hat in der Tagespolitik keine Priorität. Glaubt man den an den Straßen und öffentlichen Gebäuden hängenden Plakaten, den Äußerungen von LokalpolitikerInnen und des Volkes Meinung, so liegen die wesentlichen Herausforderungen für Westsumatra in der Bekämpfung von außerehelichem Sex (*maksiat*) und Drogenmissbrauch. Und Frauen sollten unbedingt islamische Kleidung und ein Kopftuch tragen. Auch wenn das beim Schwimmen hinderlich sein könnte... <>



Abriss in Padang

Foto: Alex Flor

Ninjas, Machos und Hahnenkämpfe

von Unsicherheit und dem Sicherheitssektor in Osttimor

von Henri Myrntinen

Der Sicherheitssektor in Osttimor, ein seit der Unabhängigkeit problematischer Bereich, ist in den letzten Monaten des Jahres 2009 und Anfang 2010 ein weiteres Mal durch negative Nachrichten in die Schlagzeilen gekommen. Statt Reformprozess beherrschen wilde Schießereien die Szene.

In der Kritik stehen sowohl die internationalen Sicherheitskräfte, sprich die Polizeitruppe der Vereinten Nationen (*United Nations Police* – UNPOL) sowie die australisch-neuseeländische *International Stabilisation Force* (ISF) als auch die nationalen Sicherheitskräfte, die Armee (*FALINTIL-Forças de Defesa de Timor-Leste*, F-FDTL) und die Polizei (*Policia Nacional de Timor-Leste*, PNTL). Kritisiert werden sowohl die praktische Arbeit der Sicherheitskräfte als auch die konzeptionelle Ebene, auf der diese Arbeit basiert. Zeitgleich zu der Kritik aus dem In- und Ausland hat die PNTL, unter dem wachsenden und misstrauischen Blick der F-FDTL, eine ihrer größten Operationen gestartet – gegen einen unsichtbaren und höchstwahrscheinlich physisch nicht-existenten Gegner, die so genannten Ninjas.



Macho im Kampf gegen Ninjas

Foto: Henri Myrntinen

Men behaving badly

Disziplinlosigkeit, Parteilichkeit sowie unangemessene Androhung und Anwendung von Gewalt sind leider keine neuen Probleme, weder bei den osttimoresischen noch bei den internationalen Sicherheitskräften im Lande. Trotz intensivierten Trainings und neuer Richtlinien seit der Krise 2006 zeigt ein Blick zurück auf die letzten Monate, dass die Probleme nicht überwunden worden sind: portugiesische und osttimoresische Polizisten standen sich mehrmals bei Raufereien in Nachtclubs und Bars gegenüber. Es kam auch zu Schießereien zwischen internationalen und nationalen Polizisten, die ernst genug waren, dass die US-amerikanische Botschaft ihren MitbürgerInnen im Juli 2009 empfahl, Lokale, in denen sich Polizisten der UN aufhalten, aus Sicherheitsgründen weitestgehend zu meiden. Mitglieder der

unter UN-Kommando stehenden portugiesischen *Guardia Nacional Republicana* (GNR) werden zudem beschuldigt, bei einem Einsatz in Dili Anfang 2010 eine schwangere osttimoresische Frau physisch misshandelt zu haben. Australischen ISF-Soldaten wurde derweil im März 2010 vorgeworfen, offen Partei gegen Fretilin-Mitglieder ergriffen zu haben.



Hahnenkämpfe

Foto: Henri Myrntinen

Auch den nationalen Sicherheitskräften wird sowohl Parteilichkeit als auch übermäßige Gewalt angelastet. Im Juni 2009 griff zum Beispiel der F-FDTL in Maliana in die Beilegung eines Streits zwischen zwei Gangs ein – obwohl die Armee nicht für die innere Sicherheit zuständig sein sollte. Bei dem Vorfall soll die F-FDTL auch mit Waffengewalt UNPOL daran gehindert haben ihrerseits einzugreifen. Bei dem Versuch, eine Party von Jugendlichen in Dili am 28. Dezember 2009 aufzulösen, erschoss die PNTL den populären jungen Musiker Baldir Lebre ‚Kuka‘ Correia. Bei der Austragung des internationalen Fischereiwettbewerbs auf der Insel Atauro wurde ein Jugendlicher unprovokiert von der PNTL krankenhauserreif geprügelt – während UN Polizisten tatenlos zusahen. (1) Währenddessen mischte sich der charismatische Armeechef Taur Matan Ruak in die Tagespolitik ein, zum Beispiel mit der (an und für sich durchaus nicht unlogischen) Forderung nach einer Temtisierung des Justizwesens.

Der daraus resultierende Gesamteindruck ist geprägt von nationalen und internationalen Sicherheitskräften, die zwar viel Zeit, Geld und Aufwand in protzige militärtechnische Ausrüstung und martialisches Auftreten

stecken, aber leicht ihre eigene Kraftmeierei, politischen Ansichten und persönlichen Rivalitäten überhandnehmen lassen. Die praktischen Probleme sind zumindest teilweise auch auf konzeptionelle und politische Probleme zurückzuführen, die in der unklaren Rollenverteilung zwischen den Sicherheitskräften, in der dysfunktionalen Beziehung zwischen den nationalen und internationalen Akteuren aber auch in einem tieferen Sinne in der Konzeptualisierung des Begriffes der Sicherheitsgewährleistung – sollen die Sicherheitskräfte primär die Sicherheit des Staates und seiner Organe gewährleisten, oder aber die gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnisse priorisieren? Und inwieweit dürfen und sollen die Sicherheitskräfte dabei Gewalt einsetzen?

Sicherheitssektorreform – UN-koordiniert, UN-gewollt, UN-motiviert

Die Reform der osttimoresischen Sicherheitskräfte sollte das Herzstück des Mandats der UN-Mission UNMIT nach der Krise 2006 werden. Dass dieser Prozess seit längerem in tiefen Schwierigkeiten steckt, war lange ein offenes Geheimnis, und ist inzwischen durch mehrere kritische Studien und Stellungnahmen innerhalb und außerhalb Osttimors öffentlich diskutiert worden. (2) Ein ebenso offenes Geheimnis waren und sind die – gelinde gesagt – nicht zum besten stehenden Beziehungen zwischen den nationalen und internationalen Sicherheitskräften. Von Alkohol und Testosteron beflügelten Schießereien in den einschlägigen Nachtclubs Dilis mal abgesehen, herrscht zwischen den beiden Seiten oft wortwörtlich Funkstille, und es kommt beispielsweise auch schon mal vor, dass die lokale Polizei in Dili wie im Anfang dieses Jahres ihre Zusammenarbeit mit der UNPOL einfach einstellt (3) Der Reformprozess der Polizei ist von der UN bestenfalls halbherzig und mit relativ wenig konzeptioneller Vorarbeit geführt worden und ist von vielen der sicherheitspolitisch relevanten osttimoresischen Akteure mehr oder weniger ignoriert worden.

Während die UN Polizei und die PNTL sich gegenseitig misstrauen und gering schätzen, steht es um das Verhältnis zwischen PNTL und F-FDTL auch nicht zum Besten. Zwar sind die Beziehungen zwischen den beiden nationalen Sicherheitskräften besser als vor der Krise 2006, aber das grundsätzliche Problem der fundamentalen Rollenverteilung, sprich wer für die innere und wer für die äußere Sicherheit zuständig sein soll, ist weiterhin ungelöst. Unter dem neuen Kommandanten Longuinhos Monteiro hat sich der Trend zur Paramilitarisierung der Polizei fortgesetzt. Seitens der Ausrüstung machen das neue Batallion der Öffentlichen Ordnung (*Batalhão de Ordem Pública*, BOP) und die Sondereinsatzkompanie (*Companhia de Operações Especiais*, COE) der F-FDTL Konkurrenz, während die Grenzschutzeinheiten der PNTL die Rolle der F-FDTL

in Sachen externe Sicherheit teilweise in Frage stellen. Die Rolle der F-FDTL bei der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit wird derweil durch die Institutionalisierung der *Joint Commands* zementiert, bei denen PNTL und F-FDTL zusammen auf Patrouille gehen.⁽⁴⁾ Diese unklare Rollenverteilung und dadurch entstehende Rivalitäten und Ressourcen-kämpfe werden von internationalen Beobachtern routinemäßig kritisiert, jedoch geht die internationale Gemeinschaft mit schlechtem Beispiel voran: die ISF-Streitkräfte führen regulär Operationen aus, die eigentlich in den Kompetenzbereich der Polizei fallen sollten, während die UNPOL (insbesondere die *Formed Police Units* (FPU) aus Bangladesch, Malaysia, Pakistan und Portugal) oft eher wie militärische Einheiten als wie zivile Polizisten auftreten und agieren.

Trotz öffentlicher Bekundungen, die nationalen und internationalen Sicherheitskräfte würden auf ein gesamtheitliches, auf die realen Bedrohungen basierendes und in der Bevölkerung verankertes Sicherheitskonzept hinarbeiten, geht der Trend eher in eine entgegengesetzte Richtung. Die Paramilitarisierung der Polizei, der Einsatz des Militärs im Inneren, aber auch die zahlreichen Übergriffe und Vorfälle exzessiver Gewaltanwendung sind auch indikativ für ein Konzept der Sicherheitsgewährleistung, die auf demonstrative, massive Präsenz des staatlichen Gewaltmonopols setzt und Konflikte durch Einschüchterung statt durch Dialog zu lösen sucht. Diese Zurschaustellungen der polizeilichen und militärischen Macht sind auch stark mit dem männlichen Selbstverständnis der Sicherheitskräfte, sei es seitens der portugiesischen GNR oder der lokalen BOPs, verbunden. Die Schaffung von Sicherheit in der Gesellschaft wird mit der demonstrativen Präsenz militarisierter Männlichkeit gleichgesetzt, ohne zu hinterfragen, ob diese Präsenz von der breiteren Öffentlich-



Zurschaustellung der Macht

Foto: Henri Myrntinen

keit, insbesondere von Frauen, Jugendlichen oder Kindern, auch wirklich als sicherheitsstiftend empfunden oder eher als Unsicherheitsfaktor angesehen wird.

Der Ninja-Einsatz – Reaktion auf eine unsichtbare Gefahr mit politischen Hintergedanken

Der Großeinsatz der osttimoresischen Sicherheitskräfte gegen die Ninjas in den Distrikten Bobonaro und Covalima (Suai) ist ein gutes Beispiel dafür, wie diese Art von Sicherheitsgewährleistung in der Praxis aussieht. Die Ninja-Affäre fand ihren Anfang mit dem Mord an zwei jungen Frauen im Distrikt Bobonaro. Lokale Gerüchte, dass es sich bei den Mördern um Ninjas handelte, machten schnell die Runde und wurden auch rasch per SMS nach Dili weitergeleitet, wo sie sogleich von der Presse aufgegriffen und zum Politikum wurden.

Die allgemeine Ninja-Panik kann teilweise durch die Geschichte des Begriffs erklärt werden. Während der indonesischen Okkupation wurden von den indonesischen Streitkräften bei Nacht schwarz gekleidete Todesschwadronen – Ninjas – ausgeschiedt um Regimegegner zu ermorden oder zu entführen. Seitdem hat das Phänomen der Ninjas an ethnographischer Farbe gewonnen, den Schattenmännern werden gar magische Kräfte und dunkle Beweggründe nachgesagt. Die Ninjas, ob sie nun im physischen Sinne real existieren oder nicht, sind als Angst einflößendes Phänomen durchaus existent und potent sowie symptomatisch für eine zutiefst verunsicherte Gesellschaft.⁽⁵⁾

Die Polizeioperation gegen die Ninjas begann am 22. Januar 2010. Die PNTL verlegte 140 Mitglieder der Sondereinheiten BOP und COE nach Zumalai, obwohl dort weder Ninjas gesichtet worden waren noch der Ort etwas mit den Morden zu tun hatte. Die Operation wurde von Anfang an durch reges Interesse von Politik und Medien begleitet. Leider hat dieses Interesse auch dazu geführt, dass sowohl die PNTL als auch die Parteien und Medien bei der Berichterstattung und Debatte rund um den Polizeieinsatz ziemlich fahrlässig mit der objektiven Wahrheit umgehen und statt dessen mit sensationellen Nachrichten (z.B. von über 350 Festnahmen oder einer Flucht der Ninjas nach Dili) zu punkten trachten.

Manche osttimoresische und ausländische Beobachter munkeln, dass hinter der großangelegten Operation weniger eine konkrete Angst vor Ninjas als eher handfeste politische Kalkulationen stehen, für die die Ninja-Panik instrumentalisiert wurde. Zum einem nutzte die PNTL die Gelegenheit, um gegen politisch unbequeme Gruppen vorzugehen: im Rahmen der Ninja-Operation gerieten die regierungskritische Veteranenorganisation CPD-RDTL und die rituelle Bua Malus-Gruppe schnell ins Visier der PNTL. Mehrere Mitglieder wurden in den Distrikten Bobonaro und Covalima festgenommen –

jedoch größtenteils auch sofort entlassen.⁽⁶⁾ Zum anderen geht es um die Machtposition der PNTL vis-à-vis den anderen Sicherheitskräften. Durch die massive Machtdemonstration kann sich die PNTL als der dynamischste und effektivste Sicherheitsgewährleister darstellen und dadurch die vermeintliche Impotenz der UNPOL aber auch der F-FDTL hervorheben. Die Art der Machtdemonstration, mit einer hervorgehobenen Rolle der paramilitärischen BOP und COE, passt in das „robuste“ Polizeikonzept von PNTL-Kommandeur Monteiro, der höchstpersönlich die Operationen vor Ort leitete. Längerfristig soll eine neue „joint task force“ von PNTL und F-FDTL für Ordnung in der Gegend sorgen – ein weiterer Fall der Verwischung des Unterschiedes zwischen der Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit.

Ob aber die Polizeioperation wirklich so dynamisch und effektiv war, wie es der Polizeichef in der Presse gerne darstellt, und ob wirklich Sicherheit statt Unsicherheit in den betroffenen Gebieten hergestellt wurde, ist fragwürdig. Die Menschenrechtsorganisation Yayasan HAK zumindest berichtet von unangemessener Polizeibrutalität, willkürlichen Übergriffen auf Jugendliche und vermutete Mitglieder der CPD-RDTL oder Bua Malus-Gruppe. Auch wird die Effizienz der polizeilichen Seite der Arbeit der PNTL in Frage gestellt. Übereinstimmend mit anderen Beobachtern vor Ort zweifelt Yayasan HAK daran, ob es der Polizei wirklich um das erklärte Ziel der Ninja-Bekämpfung ging. Neben den bereits erwähnten politischen Hintergedanken und Machtdemonstrationen scheint es sich bei der Aktion eher um eine medienrätliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Super-Cops aus der Hauptstadt gehandelt zu haben – die lokalen Polizeikräfte hatten die Mordfälle schon so gut wie aufgeklärt, die Sondereinsatzkommandos kamen nicht einmal in die Nähe der Tatorte - und Ninjas, so scheint es, waren zumindest diesmal nicht am Werk.<>

Anmerkungen:

(1) Der Vorfall wurde gefilmt und einige Monate später bei YouTube ins Internet gestellt, was die osttimoresische Regierung und UN bewog, den Vorfall zu untersuchen.

(2) Siehe zum Beispiel Della-Giacoma, Jim, 'The UN's lame security review for Timor-Leste' in *The Interpreter: Weblog of the Lowy Institute for International Policy*; Funaki, Yoshino, *The UN and Security Sector Reform in Timor-Leste: A Widening Credibility Gap*, (New York: Center on International Cooperation, 2009); International Crisis Group, *Timor-Leste: The Flawed Logic of the UN Police Handover* (Dili/Brussels: ICG, 2010); Myrntinen, Henri, 'Poster Boys No More' - *Gender and Security Sector Reform in Timor-Leste*, DCAF Policy Paper No. 31 (Geneva: Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces, 2009); Peake, Gordon. 2009, 'A Lot of Talk

But Not A Lot of Action: The Difficulty of Implementing SSR in Timor-Leste,' in *Security Sector Reform in Challenging Environments*, DCAF Yearbook. Eds. Hans Born and Albrecht Schnabel. LIT Verlag; Pinto, Júlio T., 'Reforming the Security Sector: Facing Challenges, Achieving Progress in Timor Leste', *Tempo*

Semanal, 18 August 2009; Wilson, Bu, *Smoke and mirrors: institutionalising fragility in the Polícia Nacional Timor-Leste*, Präsentation bei der 'Conference on Democratic Governance in Timor-Leste: Reconciling the National and the Local', Charles Darwin University, Darwin, 7-8 Februar 2008

(3) Siehe z.B. Nolan, C., 'Is policing in Timor-Leste a spectator sport?,' *The Interpreter*, Lowy Institute for International Policy, 24.02.2010

(4) Die ersten gemeinsamen Operationen des Joint Command der F-FDTL und PNTL wurden als Reaktion auf die Vorfälle vom 11. Februar 2008 geführt, als bei einem Schusswechsel vor der Residenz des Präsidenten Jose Ramos-Horta der meuternde Major Alfredo Reinado zusammen mit einem seiner Anhänger erschossen und Ramos-Horta schwer verwundet wurde. Während der gemeinsamen Operation kam es laut osttimoresischen Menschenrechtsorganisationen zu zahlreichen Fällen von übermäßiger Gewalt seitens der Sicherheitskräfte gegen Zivilisten und zu nicht gerechtfertigten Festnahmen.

(5) Ähnliche Fälle von Ninja-Panik werden auch aus West-Papua und, während der chaotischen *Reformasi*-Jahre, auch aus Ost-Java berichtet. In allen Fällen gibt es eine starke Korrelation zwischen einer durch Konflikte und/oder rapiden gesellschaftlichen Veränderungen verunsicherten Bevölkerung, der Verbreitung von furchteinflößenden Gerüchten und der Präsenz von Sondereinheiten der jeweiligen Sicherheitskräfte, deren Beziehung zu den Ninjas bestenfalls als ambivalent angesehen werden kann, da sie einerseits für die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung und inneren Sicherheit stehen, andererseits im Verdacht stehen, mit dem Instabilitätsfaktor der Ninjas im Bunde zu stehen.

(6) Bei der CPD-RDTL handelt es sich um eine sogenannte Veteranenorganisation, obwohl ein Gros der Mitglieder viel zu jung ist, um „damals“ aktiv im Unabhängigkeitskampf dabei gewesen sein zu können. Wie auch ähnliche Gruppen ist die Organisation ein Sammelbecken für hauptsächlich junge Männer, die mit den Früchten der Unabhängigkeit unzufrieden sind. Über Bua Malus ist relativ wenig bekannt, außer dass es sich um eine eher lokale ‚rituelle‘ Gruppe handelt. <>

Verurteilungen, Begnadigungen und eine begrabene Wahrheit

Der Prozess gegen die Attentäter auf Ramos-Horta und Xanana Gusmão

von Monika Schlicher

2006 stürzte Osttimor in eine schwere gesellschaftspolitische Krise, die mit mysteriösen Attentaten auf den Präsidenten und den Premierminister einen traurigen Höhepunkt fand. In der Aufarbeitung bleibt Osttimor in den Verhaltensmustern verhaftet, die sich während der Widerstandszeit gegen Indonesien herausgebildet haben.

In den frühen Morgenstunden des 11. Februar 2008 fuhr der flüchtige Alfredo Reinado, Major der Militärpolizei, mit zehn seiner Gefolgsleute zur Residenz von Präsident José Ramos-Horta. Es kam zum Feuergefecht mit den Sicherheitskräften, Major Alfredo und sein Leibwächter Leopoldino Esposto starben im Kugelhagel. Als sich der Präsident, der zum morgendlichen *walking* am Strand war, seinem Haus näherte, wurde er von den Rebellen niedergestreckt und schwer verletzt. Eine zweite Gruppe von abtrünnigen Soldaten, angeführt von Leutnant Salsinha, griff eine Stunde nach dem Attentat auf Ramos-Horta den Autokonvoi von Premierminister Xanana Gusmão an. Dieser konnte unverletzt entkommen. Ein versuchter Staatsstreich.



Trauer um Alfredo Reinado

Foto: Timor, hi5.com

Soweit die offizielle Verlautbarung der Regierung zu Intention und Tathergang, auf der die Staatsanwaltschaft ihre Anklage aufbaute.

Polizei und Militär bildeten nach den Attentaten ein gemeinsames Kommando und machten Jagd auf die Rebellen. Einige konnten verhaftet werden, die meisten ergaben sich Ende April 2008. Die Regierung richtete letzteren einen feierlichen Empfang aus und erklärte die Rebellion für beendet. 28 Personen mussten sich in den vergangenen siebeneinhalb Monaten vor dem Distriktgericht in Dili verantworten. Am 4. März 2010 sprach das Gericht 24 von ihnen des gemeinsam ausgeführten bewaffneten Angriffs für schuldig. Salsinhas Truppe erhielt Haftstrafen von durchschnittlich 9 Jahren, Alfredos verbliebene Männer wurden zu bis zu 16 Jahren verurteilt.

Angelita Pires, die Partnerin von Major Alfredo, wurde freigesprochen. Ramos-Horta hatte von Anbeginn öffentlich mit dem Finger auf sie gezeigt, sie diffamiert und ihr vorgeworfen, seine Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Konflikts mit Alfredo unterminiert zu haben. Das Gericht wies die Beweisführung der Staatsanwaltschaft, Frau Pires hätte Alfredo zu den Attentaten angehalten und sei die indirekte Urheberin, als unzureichend zurück. Soweit zu den Urteilen.

Staatsstreich oder Hinterhalt?

Doch was ist am 11. Februar 2008 vorgefallen? Was waren die Motive der Rebellen? War es ein Putschversuch, wollten sie die Staatsmänner als Geiseln nehmen

oder wurden sie in einen Hinterhalt gelockt? Wenn ja, von wem? Welche Rolle spielte das Attentat auf Xanana? Bis heute halten sich Gerüchte, dass er womöglich den Hinterhalt selbst initiiert hat. Alfredo hatte wenige Wochen zuvor in einem Interview Xanana bezichtigt, die Krise 2006, wie auch ihn persönlich, für seine politischen Ziele instrumentalisiert zu haben und gedroht, weitere Details öffentlich zu machen. Darauf wies Tiago Sarmiento, der frühere Direktor des *Judicial System Monitoring Programme* (JSMP) im Interview mit Watch Indonesia! 2007 hin: „Xanana hat von Anbeginn Leutnant Salsinha und die Petitionäre (Gruppe der unzufriedenen, meuternden Soldaten, Red.) benutzt, gleichfalls Major Alfredo Reinado. Heute haben sie längst ihre Dienste getan und sehen sich im Abseits. Aber beide Männer wissen um die Schwächen von Xanana, also wird man eine Einigung suchen und die liegt sicher nicht in einer strafrechtlichen Aufarbeitung.“

Der Protest der unzufriedenen Soldaten war ein Auslöser der schweren Krise 2006, aber nicht deren Ursache. Vielmehr haben zentrale Akteure aus Regierung wie Oppositionskreisen den Sicherheitssektor – und dazu dürfen wir auch die Petitionäre zählen –, auf Kosten der Bevölkerung zur Festigung ihrer persönlichen Macht und politischen Interessen genutzt. Nach zähem Ringen trat Premierminister Mari Alkatiri zurück, die Wahlen 2007 brachten den Regierungswechsel. Statt der Fretilin regiert heute eine Koalitionsregierung, geführt von Xanana Gusmão.

Um es vorweg zu nehmen: Aufklärung über die Motive der abtrünnigen Soldaten brachte der mit Spannung erwartete Prozessausgang nicht. Doch das Gericht erteilte der offiziellen Version zum Tathergang eine Absage. Es vermochte Ungereimtheiten und Zweifel daran zu bestätigen.

Francisco Marcel, ein dem osttimoresischen Militär F-FDTL angehörender Personenschützer Ramos-Hortas, der an jenem Morgen Dienst hatte, sagte vor Gericht aus, er habe die tödlichen Schüsse auf Major Alfredo und Leopoldinho aus ca. dreißig Meter Entfernung abgegeben. Doch anhand eines ballistischen Gutachtens, das bei der *Australian Federal Police* (AFP) in Auftrag gegeben wurde, stammen die Kugeln nicht aus seiner Waffe. Überdies konnte über forensische Gutachten und einen Autopsiebericht nachgewiesen werden, dass die beiden Männer aus kurzer, nicht mehr als 10cm entfernter Distanz erschossen wurden. Dies lässt sich an Hand der Verbrennungen an den Wunden nachweisen. Leopoldinho wurde durch einen Genickschuss, Alfredo durch Brust und linkes Auge gerichtet. Die Schüsse wurden aus zwei verschiedenen Waffen abgefeuert, von denen keine bislang abgegeben oder aufgefunden werden konnte. „Die Fakten unterstützen den Schluss, dass Francisco Marcel und weiteres F-FDTL Personal vor Gericht falsch ausgesagt haben“, so der aus Australien stammende Anwalt von Angelita Pires gegenüber der Nachrichtenagentur AAP. Für ihn lässt

dies nur einen Schluss zu: Francisco Marcel und die Kollegen, die seine Aussage stützten, lassen die Untersuchungsbehörden über Tathergang und die Identität der Schützen im Unklaren, weil sie sehr wohl darum wissen, ein Verbrechen begangen zu haben. Die Anwälte von Frau Pires, die wegen Anstiftung vor Gericht stand, argumentierten, Alfredo und seine Männer seien in eine Falle gelockt worden und es sei nicht ausreichend erwiesen, dass sie mit der Absicht, den Präsidenten zu ermorden, nach Dili kamen. Die Richter sprachen Frau Pires frei, sie hielten fest, dass Marcel nicht der Schütze gewesen sei und werteten die Aktion der Rebellen als bewaffneten Angriff.

Im Dunkeln bleibt, wer die Schüsse auf den Präsidenten abgegeben hat. Ramos-Horta hält den Rebellen Marcelo Caetano zweifelsfrei für den Täter, er habe ihn an seinen Augen erkannt, wie er noch wenige Stunden vor Urteilsverkündung erneut betonte. Doch erneut passen Projektil und mutmaßlicher Schütze nicht zueinander. Das Gericht folgte auch hier der Expertise der Ballistiker: die Kugeln stammen nicht aus Caetanos Waffe, wie im übrigen auch aus keiner anderen der bei den Rebellen sichergestellten Waffen. Das wirft die Frage auf, welche Rolle Hortas militärisches Sicherheitspersonal gespielt hat? Ramos-Horta, wie auch seine beiden Leibwächter, identifizierten als Schütze einen maskierten Mann. Caetano bestritt vor Gericht, dass er oder einer der anderen Beteiligten jemals eine Maske getragen hätten.

Begrabene Wahrheit

Das Gericht konnte die bisherige Version der Geschehnisse an jenem Morgen gewichtig korrigieren, allerdings vermochte es nicht den tatsächlichen Tathergang aufzudecken. Offensichtlich zogen es alle Beteiligten vor, die Wahrheit zu vertuschen. Die Rebellen schwiegen sich über ihre Motive aus. Mehr als Schüsse in die Luft hätten sie nicht abgegeben. Schon vor Prozessbeginn suchte Präsident Ramos-Horta die Angeklagten im Gefängnis auf. Das *East Timor Law Journal* bezeichnete dies als politische Einflussnahme und schwere Verletzung des Prinzips der Gewaltenteilung. Von Anbeginn sicherte der Präsident den Rebellen öffentlich zu, sie später zu begnadigen. Er bekräftigte dies am Tag der Urteilsverkündung erneut. Damit habe Horta Einfluss auf den Prozessverlauf genommen, so Rogério Vicente Viegas von der Menschenrechtsorganisation HAK. Geht das Schweigen der Angeklagten auf Hortas Zusicherungen zurück? Die Abgeordnete Fernanda Borges von der Partei PUN schlussfolgert, Horta habe damit verhindert, dass die wahren Urheber der Krise von 2006 ans Licht kommen. Sie legt damit die Fährte auf eine tiefe Verstrickung der Elite des Landes, die sehr viel Sprengstoff birgt, wenn sie sich als wahr erweisen sollte.

Sowohl Ramos-Horta als auch Xanana weigerten

sich, vor Gericht zu erscheinen und sich von der Verteidigung ins Verhör nehmen zu lassen. Die Staatsanwaltschaft glänzte durch schlampige Ermittlungen, damals noch geführt unter der Verantwortung von Longuinos Monteiro, der inzwischen von Xanana zum Polizeichef befördert worden ist. Wichtiges Beweismaterial, wie das Handy von Alfredo, ist inzwischen verschwunden. Ankläger Felismino Cardoso Garcia erklärte gegenüber Verteidigung und Gericht, es gebe kein Bildmaterial von den Autopsien. Zig Fotos, die der Presse zugespielt wurden und inzwischen im Internet stehen, zeigen jedoch ihn und andere für die Kamera posierend bei den Autopsien. Die Anwälte bezeichneten die Urteile als unfair und kündigten an, in Revision zu gehen. Vielleicht kommt der Präsident ihnen ja mit Begnadigungen zuvor. Schon im Mai, sagte er jüngst, werde es soweit sein; vielleicht finden sich manche von den heute Verurteilten morgen in lukrativen Positionen wieder.

Problemlösung à la Osttimor

Kein geringerer als Taur Matan Ruak, der Befehlshaber von Osttimors Armee, sprach nach dem Prozessausgang von der „Kriminalisierung“ von Mitgliedern der Sicherheitskräfte, die ihr Land im Zustand des Krieges verteidigt hätten. „Unser Premierminister Xanana hat im Dschungel seine Heimat verteidigt und wurde vom Gericht in Indonesien als Krimineller verurteilt, und nun werden wir für die Verteidigung unseres Landes kriminalisiert,“ so der Brigadegeneral in Radio Televisaun Timor Leste am 12. März. Des weiteren forderte er, dass Gerichtsverhandlungen in Tetum geführt werden sollen, damit die Angeklagten auch folgen könnten. Letzterer Punkt führte zu Debatten, und fand auch die Unterstützung des Parlamentsvorsitzenden Fernando de Araujo. Die kontroverse Sichtweise des Befehlshabers über die Landesverteidigung fand dagegen ebenso wenig Medienecho wie der hoch brisante Vorwurf der Kriminalisierung. Die lokalen Medien scheuten sich, dieses Thema aufzugreifen. Die Biographien der Soldaten der F-FDTL – und nicht nur ihre – sind untrennbar verbunden mit der Geschichte des Widerstandes gegen die indonesische Besatzungsmacht. Sie kennen keine andere Logik als die Logik des Krieges. Taten, die im Namen der Gerechtigkeit und im Leisten von Widerstand begangen werden, gelten als legitim. Die Umstände haben sie erforderlich gemacht.

Von der Politik wird diese Einstellung bedient, indem die heroische Seite des Widerstandskampfes der Osttimoresen gegen die indonesischen Besatzer betont, die dunkle Seite aber – die Verbrechen und zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, die hierbei begangen wurden – tabuisiert wird. Somit findet keine Übernahme von Verantwortung für eigene Täterschaft statt,

und im Scheinwerferlicht steht die Opferidentität. Eine Aufarbeitung im wirklichen Sinne findet nicht statt. Ramos-Horta hält die Begnadigungen der Rebellen für gerechtfertigt, weil er in ihnen Opfer der Umstände sieht, Opfer der Krise von 2006.

Major Alfredo hat den Heldenmythos aus den Widerstandsjahren bedient: er war für viele, insbesondere im Westteil des Landes, ein neues Idol. Einer, der mutig gegen die Regierung rebellierte und für eine gerechte Sache kämpfte. Seine Verbrechen – er wurde u.a. wegen Mordes gesucht und war aus dem Gefängnis ausgebrochen –, wurden von ihm, wie auch von seinen Anhängern ausgeblendet.

Gleichfalls sehen sich auch viele Milizionäre von 1999, die verantwortlich waren für Mord, Zwangstreibung und Zerstörung, als Opfer. Ihrem Empfinden nach herrschte 1999 Krieg. Sie haben sich gewehrt und müssen sich somit auch keiner Schuld bewusst sein. Dank Hortas Amnestiefreudigkeit sitzt heute gerade mal noch einer der Täter von damals im Gefängnis.

Der innere Ablaufplan der Krise 2006 war geschrieben von den Verhaltensmustern aus den Widerstandsjahren, die im Hintergrund weiterleben und sich in neuen Situationen wiederholen. Die Tabuisierung der während des Bürgerkrieges untereinander und nachfolgend während der indonesischen Besatzungszeit begangenen Verbrechen behindert die Bildung von Verantwortungsnahme. Es wird auf Altbekanntes zurückgegriffen, eine Bewusstseinsänderung hat noch nicht ausreichend stattgefunden. Chancen zur Veränderung, wie auch der Prozess gegen Salsinha und seine Soldaten eine war, wurden vergeben. Der Prozessausgang hat mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. Das nährt den Boden für Verschwörungstheorien. Was tun, wenn alte Verhaltensmuster und Logiken nicht angerührt werden sollen?

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Berufung gegen den Freispruch von Angelita Pires eingelegt. Frau Pires traf einen Nerv, indem sie die Revision als „politische Hexenjagd“ bezeichnete. Denn auch die jüngste Kriegserklärung von Polizeichef Longuinhos Monteiro gegenüber den als „Ninjas“ bezeichneten Mördern, die derzeit ihr Unwesen treiben sollen, kann angesichts der Mysteriosität dieser Täter und ihrer Motive nur als Hexenjagd verstanden werden (siehe Myrttinen, Henri: Ninjas, Machos und Hahnenkämpfe, in diesem Heft auf Seite 49). Unterstützung erhält die Polizei bei ihrer Jagd durch die Armee, die mehr und mehr Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit erhält. Auch hierbei greift man auf Bekanntes zurück: auf vertraute Praktiken der sozialen Kontrolle, auf die Doktrin „Dwifungsi“, die militärische und soziopolitische Doppelrolle des indonesischen Militärs. Osttimor agiert weiterhin in alten Mustern, die auf die Zeit des Widerstandes zurückverweisen. <>

Angesagt - aus der Arbeit von Watch Indonesia!

Dezember 2009 – März 2010

Vernetzungsarbeit und Teilnahme an Tagungen

Gemeindearbeit für den Frieden in West-Papua

Zusammen mit unserem Partner JASOIL (*Jaringan Advokasi Sosial dan Lingkungan*, Netzwerk für Soziale und Umweltfragen) führt Watch Indonesia! seit 2009 ein Projekte im Distriktes Manokwari in West-Papua, durch.

Ziel des Projektes, das mit finanzieller Förderung des Auswärtigen Amtes und des Instituts für Auslandsbeziehungen (IfA) erfolgt, ist es, Potentiale zur friedlichen Konfliktbearbeitung zu nutzen. In sechs Dörfern der Region Manokwari, in der alteingesessene Papuas und Zugewanderte leben, werden Vermittler ausgebildet, die als Multiplikatoren im Friedensprozess wirken. Außerdem soll ein Verständigungsprozess zwischen den Gemeinden, Unternehmen und der lokalen Regierung eingeleitet werden.

Am Ende des ersten Projektjahres reiste unsere Mitarbeiterin Marianne Klute nach Manokwari zur gemeinsamen Evaluierung des Projekte mit JASOIL. Frau Klute hatte Gelegenheit zu vielen Gesprächen. Sie besuchte zwei Projektdörfer, Ölpalm- und Kakaoplantagen sowie das Abholzungsgebiet für die Neuplantage. Alle Beteiligten bejahten sichtbare Wirkungen des Projekts auf Dorfebene. Die betroffenen Papua suchen nach friedlichen Konfliktlösungen, neu gegründete Dorfgenossenschaften bieten Raum zur Überwindung von Clanrivalitäten und der Dialog mit Politikern und Palmölindustrie ist möglich. Man gab aber zu bedenken, dass äußere Konfliktursachen nicht beeinflussbar seien und im schlimmsten Fall die Wirkungen zunichte machen könnten.

Bei der Arbeitstagung des Pastorats Moile Meach zu den drängenden Problemen, mit denen die Bevölkerung aktuell konfrontiert ist, gestalteten die NGOs JASOIL und PERDU zusammen mit Watch Indonesia! die Sit-

zung zu sozialen und ökologischen Fragen, wobei Marianne Klute einen Vortrag zur „Internationalen Energiepolitik und die Folgen für Manokwari“ hielt.

Umweltprobleme in Südsulawesi: WALHI-Seminar, Makassar, 16. Dezember 2009

Themen des Seminars, an dem Marianne Klute teilnahm, waren die aktuelle Umweltproblematik in Sulawesi, die Wirtschafts- und Energiepolitik Indonesiens, Folgen von Transmigration, Dezentralisierung und Fälle von Landraub. Südsulawesi hat bereits gravierende Umweltprobleme durch Nickelminen und Ölpalmplantagen. Die Regierung will die wirtschaftliche Entwicklung Ostindonesiens fördern, besonders in Papua und auf Sulawesi. Dabei setzt sie auf die Ausbeutung der Naturressourcen. Allein in Südsulawesi sind in den letzten Monaten des Jahres 2009 elf neue Bergbaulizenzen vergeben worden. Die Bevölkerung wird von der Entwicklung überrollt und NGOs sehen sich mangels Ressourcen kaum in der Lage entgegenzuwirken.

Kooperation mit JATAM - Zentralsulawesi

Zentralsulawesi soll ein Zentrum des Bergbaus werden. Seit 2009 werden massiv Konzessionen vergeben. In Sorge um die ökologischen und sozialen Probleme, die auf die Provinz zukommen, sucht die Bergbau-NGO JATAM internationale Unterstützung. Auf Einladung von JATAM reiste Marianne Klute Ende Dezember 2009 nach Palu. Sie besuchte das Goldabbaugebiet im Schutzgebiet Poboya und betroffene Dörfer. Bei dem von JATAM veranstalteten Seminar „Bergbau in Zentralsulawesi – Analysen, Stakeholder und Strategien“ in Palu, an dem auch zahlreiche andere NGOs teilnahmen, stellte Marianne Klute unsere Arbeit im Bereich Umwelt vor. Siehe dazu: Klute, Marianne: Kleinschürfer ebnen den Weg sowie Andika: In den Krallen des Goldes, in diesem Heft auf Seite 35 bzw. 39)

Arbeitsgemeinschaft Wald: REDD, der deutsche Wald und Indonesien

Bei der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Wald am 15.-16. Januar 2010 in Bielefeld drehte sich die Debatte um den Stand der REDD-Diskussion nach der Weltklimakonferenz in Kopenhagen und um die Positionierung deutscher NGOs zu zentralen Fragen der deutschen Waldpolitik. Auf dem Programm stand auch Indonesien. Basierend auf den Ergebnissen der letzten Indonesienreise stellte Marianne Klute von Watch Indonesia! die Problematik um den Goldabbau in Sulawesi sowie den aktuellen Stand der Expansion der Ölpalmindustrie nach West-Papua vor. Peter Gerhardt von Robin Wood informierte über Landrechtskonflikte auf Sumatra.

„Abgeholzt und Ausverkauft. Der Regenwald im Pazifik“

„Die Plünderung des Pazifik: Ressourcenreichtum als Ursache für gesellschaftliche und ökologische Konflikte“ war das Thema eines Seminars des Pazifik-Netzwerks am 6. Februar 2010 in Dresden, bei dem über den Stand der Rohstoffnutzung im Pazifik und die Auswirkungen auf das soziale Gefüge diskutiert wurde. Marianne Klute sagte in ihrem Referat „Abgeholzt und Ausverkauft. Der Regenwald im Pazifik“, die Wälder im Pazifik seien einmalig in ihrer Artenvielfalt, gefährdet durch ihre Isolation und menschliche Aktivitäten. Die größte Bedrohung seien der massive Raubbau für Tropenholz - und neuerdings für Energie. Außerdem gab es Beiträge zu Bergbau, Konflikten und Ressourcennutzung.

Energie ohne Übersee Biomasse. Fachtagung in Freiburg

Die Fachtagung am 18.-19. März 2010 wurde eingeläutet mit einer öffentlichen Podiumsdiskussion, bei der Bischof José Luis Astigarraga aus Peru, Douglas Estevam von der Landlosenbewegung Brasiliens, Peter Mayer von der Badenova und Marianne Klute von Watch Indonesia! über Agrokraftstoffe, Energiepflanzen und Biomasse diskutierten. Am zweiten Tag beteiligte sich Frau Klute mit einem Impulsreferat am Workshop „Nachhaltigkeitszertifizierung für importierte „Biomasse“ – Pro und Kontra“. Frau Klute hinterfragte den Sinn einer Zertifizierung, wenn vorher grundlegende Probleme wie Land- und Indigenenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Korruption nicht angegangen werden. Palmöl aus Indonesien könnte einer Zertifizierung, die ökologische und soziale Kriterien effektiv kontrolliere, nicht standhalten.

Workshop: Gedenkarbeit als Möglichkeit der Vergangenheitsaufarbeitung aus zivilgesellschaftlicher Perspektive, Banda Aceh, 17.-19. März 2010

Der Workshop, an dem unser Mitarbeiter Fabian Junge teilnahm, wurde ausgerichtet vom International Center for Transitional Justice (ICTJ), der Koalition NGO HAM Aceh (Koalition Acehnesischer Menschenrechtsorganisationen), KontraS Aceh und LBH Aceh. Rund 30 Mitglieder von Opferverbänden und Menschenrechtsorganisationen aus ganz Aceh erörterten konkrete Handlungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene. Zum Einstieg fragten die Teilnehmenden, welchen Aspekt der Geschichte des Konfliktes sie und zukünftige Generationen nicht vergessen dürfen. Die eigentlich gesuchte Antwort auf diese Frage war überlagert von den persönlichen Erfahrungen:

„Als ich verhaftet wurde, mit dem Helikopter zur Polizeistation gebracht und gefoltert wurde. Die Erinnerung an die Armeeuniformen und den Geruch der Soldaten kann ich nicht vergessen. Ich fühle mich immer noch traumatisiert von diesem Erlebnis.“

„Die Entführung meines Ehemannes vor meinen Augen und denen meines Kindes. Ich werde traurig, wenn ich über Wahrheit spreche, denn bis heute gibt es keine Wahrheit für mich. GAM-Soldaten (Unabhängigkeitskämpfer) haben meinen Ehemann bei Nacht geholt, und tagsüber kam die TNI (Indonesiens Streitkräfte). Ich vermisse meinen Mann, ich vermisse sein Grab, denn ich weiß nicht, wo er begraben liegt.“

„Die Geschichten und Erfahrungen der Opfer müssen wach gehalten werden. Es sind die Stimmen der Opfer, die ich nicht vergessen kann“.

Im weiteren Verlauf wurden mögliche Hindernisse für Gedenkarbeit auf verschiedenen Ebenen identifiziert:



Workshop Gedenkarbeit

- Auf der individuellen Ebene seien vor allem Angst und Traumatisierung hinderlich;
- auf Familien- und Gemeindeebene behinderten u.a., dass viele Täter in den Gemeinden leben, und die schwachen Organisationsstrukturen der Opfergruppen;
- auf der staatlichen Ebene werde der Spielraum eingeschränkt durch den fehlenden politischen Willen zur Aufarbeitung und die in Regierungskreisen verbreitete Ansicht, dass dies den Frieden stören würde;
- auf der internationalen Ebene wurde die mit Ende des Wiederaufbaus abnehmende Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft an Aceh als hinderlich identifiziert.

Trotz der vielfältigen Hindernisse gibt es aber auch Spielraum und es konnten viele unterstützende Faktoren identifiziert werden: einzelne Opferverbände verfügen über gesammeltes Material und Wissen zu während des Konfliktes begangenen Menschenrechtsverletzungen, es gibt Unterstützung durch zivilgesellschaftliche Organisationen. Die Sympathie und Offenheit einzelner lokaler Regierungsvertreter seien hier beispielhaft genannt. Auch haben einige der teilnehmenden Organisationen in den vergangenen Jahren Gedenkveranstaltungen durchgeführt zu Massakern und haben Massengräber mit Gedenksteinen markiert. Diesen Erfahrungsschatz konnten sie mit den andern Teilnehmenden teilen.

Die Diskussionen wurden ergänzt durch Präsentationen zum Umgang mit der belasteten Vergangenheit in anderen Ländern. Fabian Junge vermittelte einen Überblick über Geschichte und Formen der Erinnerung an die NS-Verbrechen. Auch wenn klar war, dass sich Gedenkarbeit in den örtlichen Kontext einpassen muss, warfen die Präsentationen zentrale Fragen auf, die in den Diskussionen aufgegriffen wurden: Wer oder was soll erinnert werden? Sollen z.B. individuelle Opfer, gewaltvolle historische Ereignisse oder bestimmte Arten von Menschenrechtsverletzungen wie das Verschwindenlassen im Mittelpunkt des Gedenkens stehen? Ist es möglich, eine „einzig wahre“ Version der Geschichte zu erinnern, oder muss Gedenkarbeit Raum bieten für unterschiedliche, vielleicht sogar widersprüchliche Narrationen? Und in welcher Form können staatliche Akteure eingebunden werden?

Im letzten Teil des Workshops trugen die Teilnehmenden Ideen für ihre zukünftige Gedenkarbeit zusammen, wie z.B.: einen Gedenktag für alle Opfer des Konfliktes schaffen und lokale Veranstaltungen mit gemeinsamen Gebeten, kulturellen Aktivitäten und öffentlichen Zeugnissen von Opfern an Orten von Menschenrechtsverletzungen abhalten. Diese Orte können auf einer Karte markiert werden, die im Büro der Dorfverwaltungen öffentlich ausgehängt wird.

Kampagnenarbeit

Watch Indonesia! unterstützt osttimoresische NGOs in ihrem Bemühen um Gerechtigkeit: Schreiben an den UN-Sicherheitsrat

Im Februar beratschlagte der UN Sicherheitsrat über eine Verlängerung des Mandates für die UN-Mission (UNMIT) in Osttimor. Im Vorfeld haben Organisationen aus Osttimor, unterstützt von zahlreichen NGOs weltweit, darunter Watch Indonesia!, in einem Schreiben an den Sicherheitsrat auf die anhaltende Straflosigkeit für schwere Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der indonesischen Besatzung hingewiesen. Es läge in der Verantwortung der UN, dass die in Osttimor begangenen Verbrechen geahndet werden. Sie empfehlen in das Mandat für UNMIT mit aufzunehmen, dass während der Mission Mechanismen etabliert werden, die es ermöglichen, ein internationales Tribunal einzurichten. Das Mandat des *Serious Crimes Investigation Team* (SCIT) wäre auf den gesamten Besatzungszeitraum zu erweitern, nicht nur auf Verbrechen, die 1999 verübt wurden. Somit hätte es Handhabe Massaker zu untersuchen, welche von der Bevölkerung als herausragend und besonders schmerzlich wahrgenommen werden. Das SCIT sollte Befugnis und ausreichend Ressourcen erhalten, um Anklagen für Fälle, die es untersucht hat, vorzubereiten und öffentlich zu machen. Das bisherige Mandat von SCIT lässt lediglich Untersuchungen zu. Damit, so befürchten die Unterzeichner, wird sich der Kreislauf der Straflosigkeit nicht beenden lassen.

Der Sicherheitsrat hat am 26. Februar 2010 die UNMIT einstimmig um ein weiteres Jahr verlängert. Er betonte wiederholt die Wichtigkeit der laufenden Bemühungen um Gerechtigkeit und *Accountability* und unterstrich die Bedeutung eines koordinierten Ansatzes zur Reform des Justizwesens in Osttimor. Weiterhin ersuchte er UNMIT die Regierung von Osttimor dabei zu unterstützen, die Empfehlungen der unabhängigen Untersuchungskommission zu den Ursachen der Ausschreitungen im April und Mai 2006 umzusetzen. Damit ist der Sicherheitsrat bei seinem bisherigen Sprachgebrauch geblieben.

Toka Tindung-Goldmine: Watch Indonesia! unterstützt offenen Appell an drei Banken

Die Kampagne gegen die Toka Tindung-Goldmine in Nordsulawesi bleibt ein wichtiges Thema für Watch Indonesia!. Nach dem Rückzug der West LB aus dem Investorenkonsortium sucht der Betreiber Archipelago Resources nach neuen Finanzquellen. Gegenwärtig führen drei Banken, die BNP Paribas (Frankreich), Standard Bank (Südafrika) und ANZ (Australien), ein Prüfungsverfahren des Goldminenprojekts durch. In einem offenen Appell der Finanz-NGO BankTrack ruft Watch

Indonesia! die Finanzhäuser gemeinsam mit zwölf anderen Organisationen dazu auf, sich sofort aus dem Projekt zurückzuziehen, da Umweltschäden, die durch Giftabfälle und Infrastrukturmaßnahmen entstehen, die heimische Landwirtschaft, Fischerei und Tourismusindustrie bedrohen. Die einzigartige und hohe Biodiversität der Region ist durch die Mine gefährdet. Die lokale Bevölkerung ist gegen die Goldmine und wurde im Vorfeld nicht konsultiert. Gewalt und Kriminalisierung von Personen, die sich öffentlich gegen die Mine einsetzen, fanden wiederholt statt und wurde nicht aufgeklärt. Parlament und Gouverneur der Provinz haben sich gegen die Mine ausgesprochen. Die rechtliche Situation bezüglich der Lizenz der Mine ist ungeklärt, gegenwärtig läuft ein Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen Umweltminister wegen Kompetenzüberschreitung.

Die Ausbeutung der Bodenschätze auf dem Gelände der Toka Tinding-Mine hat noch nicht begonnen. Der Bau der nötigen Infrastruktur geht jedoch weiter voran. Eine Finanzspritze durch die genannten Banken würde das Projekt und seine negativen Wirkungen beschleunigen und bestärken.

Kampagne 125 Jahre Afrika-Konferenz

Watch Indonesia! ist Mitunterzeichner der Kampagne „erinnern-aufarbeiten-wiedergutmachen“ anlässlich des 125. Jahrestages der Berliner Afrika-Konferenz. Die Kampagne setzt sich für die Aufarbeitung deutscher und europäischer Kolonialvergangenheit ein. Der Kampf gegen das Vergessen vergangener Menschenrechtsverletzungen und das Einfordern der Verantwortung Europas gegenüber dem globalen Süden sind zentrale Anliegen von Watch Indonesia!. Als eine Organisation, die durch ihre Arbeit mit indonesischen und osttimoresischen Partnern täglich erlebt, wie das ungleiche Nord-Süd-Verhältnis bis heute von Rassismus geprägt ist, ist die Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus für uns ein wichtiges Thema. Am 27. Februar nahmen wir am feierlichen Festakt zur Umbenennung des Kreuzberger Gröbenufers in May-Ayim-Ufer teil. Veranstalter waren die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg & und der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER).



Kurz belichtet:

Indonesien – Asiatische Mittelmacht

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung nehmen wir am 10. Februar 2010 an einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Indonesien – Asiatische Mittelmacht zwischen Demokratie und Islam“ teil. Es diskutierten Jürgen Klimke, MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Vincent Houben, Professor für Geschichte und Gesellschaft Südostasiens, Humboldt-Universität zu Berlin und Winfried Weck, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jakarta/Indonesien. Moderatorin war Sabine Porn vom Inforadio (Rundfunk Berlin-Brandenburg rbb). Der Sender war Mitveranstalter und strahlte die Diskussion im Radio aus. Alex Flor von Watch Indonesia! begrüßte in einen Redebeitrag das Niveau der Diskussion, warnte aber zugleich davor, den Blick nur auf den Islam zu beschränken. In Indonesien sei beispielsweise auch bei Christen eine Tendenz hin zu einer stärkeren Religiosität zu verspüren.

Ausschuss für Menschenrechte

Wir nahmen am Empfang für Nichtregierungsorganisationen des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages am 24.Februar 2010 in Berlin teil.

Berliner Entwicklungspolitisches Bildungsprogramm

Beim Netzwerktreffen des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags (BER) zu Perspektiven der Berliner Landesentwicklungspolitik - Diskussion mit der Staatssekretärin aus der Wirtschaftsverwaltung Frau Nehring-Venus – am 03. März 2010 thematisierten wir die Städtepartnerschaft mit Jakarta und fragten nach Möglichkeiten, diese stärker zu beleben.

Sicherung des Friedens in Timor Leste

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen lud am 10. März 2010 zum Gespräch: Die Vereinten Nationen und die Sicherung des Friedens in Timor-Leste. Die aktuelle Situation in Timor Leste analysierten: - Ekkehard Griep, Leiter der Studienreise nach Timor Leste 2009, Sylvia Maus, TU Dresden und Dr. Rolf Mützenich, MdB, Beirat der Deutschen Osttimor Gesellschaft e.V. Fortgang, so berichtete Monika Schlicher von Watch Indonesia! in der Diskussion, gäbe es auch bei der Vergangenheitsaufarbeitung: Osttimors Parlament habe einen Ausschuss beauftragt, konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen der nationalen Wahrheitskommission sowie der bilateralen Freundschafts- und Versöhnungskommission zwischen Osttimor und Indonesien auszuarbeiten. Sie regte politische Unterstützung des Deutschen Bundestages hierfür an. <>

Watch INDONESIA!

Planufer 92 d, 10967 Berlin
Tel./Fax: +49-30-698 17 938
e-mail: watchindonesia@watchindonesia.org
www.watchindonesia.org

Für Demokratie, Menschenrechte und Umwelt in Indonesien und Osttimor e.V.

Impressum

SUARA 19. Jahrgang, Nr. 1, Mai 2010
ISSN 1867-3554, vierteljährlich

Verlag und Herausgeber:
Watch Indonesia! e.V.
Planufer 92 d
10967 Berlin

Tel./Fax: 030 – 698 17 938
e-mail: watchindonesia@watchindonesia.org
www.watchindonesia.org

ViSdP: Alex Flor

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, Berlin
Registernummer: 14809 Nz
Steuernummer: 27/681/50628

SUARA bestellen

Abopreise:
Für jeweils 6 Ausgaben inkl. Versand berechnen wir:
Deutschland: € 25,-
Europa: € 35,-
Übersee: € 45,-
Einzelheft: € 3,00 (ohne Versand)
Senden Sie uns Ihre Bestellung bitte an o.g. Anschrift.

Bitte überweisen Sie die Abogebühr an:
Watch Indonesia! e.V.
Kto.-Nr.: 2127 101
Postbank Berlin (BLZ: 100 100 10)
IBAN: DE96 1001 0010 0002 1271 01
BIC/SWIFT: PBNKDEFF



Über uns

Watch Indonesia! versteht sich als Brücke für die indonesischen und osttimoresischen Zivilgesellschaften, für deren Anliegen wir die Öffentlichkeit in Deutschland sensibilisieren möchten. Wir setzen uns ein für die Einhaltung der Menschenrechte, die Förderung eines umfassenden Demokratisierungsprozesses, den Schutz der Umwelt und eine friedliche Lösung von Konflikten. Diese Ziele verfolgen wir durch politische Bildung, interkulturellen Austausch, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Projekte mit unseren zivilgesellschaftlichen Partnern in Indonesien und Osttimor. Wir verfügen über ein breites Netzwerk und bieten einen aktuellen und umfassenden Informationspool.

Die Palette von Themen, zu denen wir arbeiten, reicht von Aufarbeitung der belasteten Geschichte, Versöhnung und Friedensförderung, Beendigung der Straflosigkeit, bis hin zu Klimagerechtigkeit, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten sowie Land- und Indigenenrechten.

Watch Indonesia! wurde 1991 von Indonesiern und Deutschen in Reaktion auf das Santa Cruz Massaker in Osttimor gegründet. Seit 1994 ist Watch Indonesia! ein eingetragener Verein.

Menschenrechtsarbeit braucht einen langen Atem. Bitte unterstützen Sie uns mit einer Spende. Watch Indonesia! e.V. ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt und Spenden sind steuerabzugsfähig.